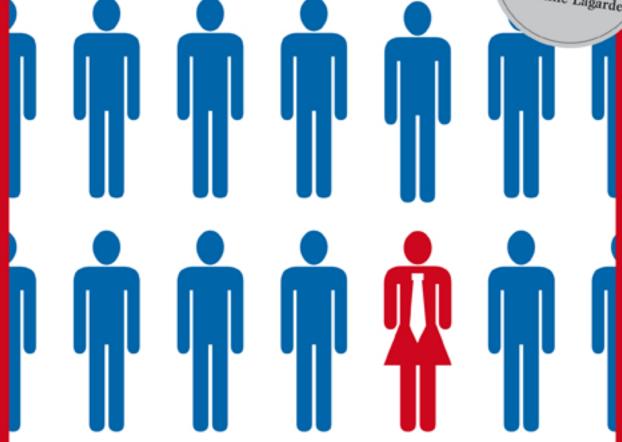


# **Faktor Frau**

Mit Beiträgen von Michelle Bachelet Hillary Clinton Christine Lagarde





#### **Pazifik**

Das "pazifische Jahrhundert" und seine Protagonisten: Was China und Indien erwarten

#### Russland

"Gefällt mir" – nicht mehr: Vom politischen Erwachen der russischen Generation Facebook

#### Iran

Nur eine glaubwürdige militärische Drohkulisse kann Teheran an den Verhandlungstisch bringen

#### **Faktor Frau**

Dies sind die Tatsachen: In vielen (ärmeren) Ländern dürfen Frauen kein Eigentum besitzen, nicht erben, keine Unternehmen gründen. Länder aber, in denen die Kluft zwischen Frauen und Männern geringer ist, sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Frauen sind global im politischen Leben weit unterrepräsentiert. Werden sie aber (wie seit einigen Jahren in indischen Kommunen) gezielt einbezogen, klappt's auch besser mit der bürgernahen Verwaltung. Sie sind Hauptopfer der asymmetrischen Konflikte des 21. Jahrhunderts. Aber an Friedensverhandlungen werden sie kaum beteiligt. Dabei erweisen sich Friedenslösungen, an denen auch die vom Konflikt betroffenen Frauen mitwirkten, als wesentlich dauerhafter.

Gleich, ob als Direktorin von UN Women, amerikanische Außenministerin, Sonderbotschafterin für Frauenfragen oder IWF-Chefin: Die in diesem Heft vertretenen Autorinnen kommen zu einem ähnlichen Schluss: Wissen ist der wichtigste Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Auf Know-how, Talent, Potenzial zu verzichten, nur weil es in einem weiblichen Körper wohnt, ist geradezu sträfliche Dummheit. Denn Frauenförderung hat nichts mit Ideologie, viel mit der längst fälligen Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten und ganz eindeutig mit kluger Politik zu tun. Der "Faktor Frau" – er ist in der Außenpolitik, die ja immer auch Wirtschafts-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ist, nicht zu unterschätzen.

Unsere Abonnenten möchten wir in diesem Heft nicht nur auf die Titelstrecke hinweisen. Zum ersten Mal liegt der *IP* ein "Länderporträt" bei, das fortan drei Mal jährlich erscheinen und sich vor allem der Wirtschaft eines bestimmten Landes widmen wird. Begonnen haben wir mit Ägypten: Es ist das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt und von erheblicher strategischer Bedeutung für den Nahen Osten und für Europa. Seine Zukunft wird davon abhängen, wie es seine gegenwärtigen drängenden ökonomischen Probleme lösen kann: Grund genug, sich genauer mit Ägyptens Wirtschaft zu beschäftigen.

DR. SYLKE TEMPEL Chefredakteurin



# IP

## Inhalt

Klug und mächtig
Gute Politik kann auf
intelligente Frauen nicht

34 Bunt und prächtig

Warum wir auf Vielfalt setzen müssen, wenn wir erfolgreich sein wollen 4 IP-Forsa-Frage: Atommacht Iran?

Schwerpunkt

#### **Faktor Frau**

8 Michelle Bachelet

## Grundbedingung der Demokratie

Warum das 21. Jahrhundert das Zeitalter der Gleichberechtigung sein muss

10 Interview mit Melanne S. Verveer

#### Ignorieren auf eigene Gefahr

Die US-Botschafterin für globale Frauenfragen über ungenutzte Potenziale

16 Hillary Rodham Clinton

## Kriegsopfer, aber keine Friedenspartner

Was Frauen zu Konfliktlösungen beitragen könnten – wenn man sie ließe

20 Gil Yaron

#### Kleine Stiefel, große Fähigkeiten

Wehrpflicht für Frauen: Was sich von Israel Iernen ließe

28 Interview mit Christine Lagarde

### Von Regeln und Role Models

Die IWF-Chefin über Quoten, Qualität und fehlende Vorbilder

34 Katharina Lotter

#### Vielfalt, die sich auszahlt

Warum wir es uns nicht leisten können, Frauen ökonomisch auszuschließen

## $120\,$ Meer als Mittler

Als Europas Politiker sich auf den Weg machten, die Länder der Arabellion zu bereisen und Solidarität zu bekunden, fiel auf, wie fremd ihnen die Region war. Dabei gälte es, das Bindende des Mittelmeers zu entdecken

#### Pazifisches Jahrhundert

44 Eberhard Sandschneider

#### Gestaltungsmacht China

Mit Kooperation zur Ko-Evolution

52 Interview mit Robert D. Kaplan

Codewort Pazifik

Warum der Region die Zukunft gehört

55 Priya Shankar

#### Hoffen und Bangen in Neu-Delhi

Indien und Amerikas pazifische Wende

#### Gegen den Strich

62 Thorsten Benner

#### Responsibility to Protect

Schwierige Schutzverantwortung

#### Russland

68 Simon Shuster

#### "Gefällt mir" – nicht mehr

Das Erwachen der Facebook-Generation

76 Interview mit Ilia Ponomarew

#### Putin: Revolutionär Nr. eins

Der Noch-Premier mobilisiert die Russen

#### Sicherheitspolitik

80 Patrick Keller, Almut Möller, Svenja Sinjen und Johannes Varwick

#### Zivilmacht mit Zähnen

Deutsche Vorschläge für die GSVP

88 Andreas Rinke und Christian Schwägerl

#### Die erforschte Zukunft

Szenarien für Sicherheitsgefahren

#### Frankreich

94 Christian Schubert

#### Zwischen Schweiß und Träumen

Hadern mit den Politikern und der Krise

#### Großbritannien

100 Alan Posener

#### Unerlässliche Europäer

Warum wir die Briten brauchen

#### Iran

108 Jean-Loup Samaan

#### Die Zeit ist noch nicht reif

... für einen Militärschlag gegen Teheran

#### Irak

114 Florence Gaub

#### Die schwere Wiedergeburt

Stabilität in einer instabilen Region

#### **Essay**

120 Thomas Schmid

#### Mare nostrum

Die Agora für Europa und Nordafrika

128 Brief aus ... Tokio | Christoph Neidhart

#### Die Flüchtlinge von Kazo

130 Internationale Presse | Henning Hoff
Schottlands "little Englander"

134 Buchkritik | Gunter Hofmann /

Paul Hockenos

144 Schlusspunkt | Derek Scally

Merkels ungehaltene Rede

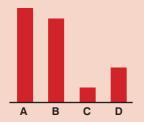
142 Impressum

IP · März/April 2012 3

#### **Atommacht Iran?**

IP-Forsa-Frage IP | 03/04 | 12

Wenn der Iran in der Lage wäre, Atomwaffen zu bauen, sollte die internationale Gemeinschaft folgende Maßnahmen ergreifen:



- A weiter mit dem Iran verhandeln 71 %
- **B** die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen den Iran noch verstärken 63%
- C gezielte Militärschläge gegen iranische Atomanlagen durchführen 11 %
- D die internationale Gemeinschaft wird sich mit einem Iran als Atommacht arrangieren müssen 26%

	Α	В	С	D
CDU/CSU	73	69	13	24
SPD	74	69	10	27
Linke	79	55	5	25
Grüne	77	68	6	29
Piraten	76	64	17	30

Datenbasis: 1002 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 13.-14. Februar 2012.

Statistische Fehlertoleranz: +/- 3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

Die Anhänger der FDP sind nicht ausweisbar aufgrund zu geringer Fallzahl.

Über ein Viertel der Bürger teilt die Ansicht, dass die Weltgemeinschaft sich mit einer Atommacht Iran arrangieren müsse. Tendenziell gilt dies eher für ältere Deutsche und solche mit Abitur bzw. Hochschulbildung. Unter den Anhängern der Grünen und der Piraten sind sogar knapp ein Drittel dieser Meinung.

Eine klare Mehrheit der Befragten spricht sich für eine Kombination aus fortlaufenden diplomatischen Verhandlungen und verschärften Wirtschaftssanktionen aus. Ganze 71 Prozent sind dafür, weiterhin auf Verhandlungen mit dem Iran zu setzen, 63 Prozent würden eine Verschärfung der bestehenden Wirtschaftssanktionen unterstützen.

Gezielte Militärschläge gegen iranische Atomanlagen jedoch werden von der überwiegenden Mehrheit der Befragten abgelehnt, nur 11 Prozent befürworten einen gezielten Militärschlag. Interessanterweise sehen aber 17 Prozent der Anhänger der Piratenpartei ein militärisches Eingreifen als Lösungsoption – das sind mehr als die Anhänger in allen anderen Parteien. Wie zu erwarten war, lehnen die Anhänger der Grünen und der Linken einen Angriff mehrheitlich ab, nur 5 beziehungsweise 7 Prozent sprechen sich dafür aus. Signifikante Unterschiede im Antwortverhalten ergeben sich ansonsten weder aus dem Ost-West-Vergleich noch aus den unterschiedlichen Bildungsgraden.

#### Zahlen

Wie die ARD vor kurzem im Weltspiegel berichtete, schien es im Sommer vergangenen Jahres, als habe die japanische Regierung mit der Ankündigung eines

60

Teilausstiegs aus der Atomkraft vor, ernsthafte Konsequenzen aus der Nuklearkatastrophe in Fukushima zu ziehen. Lediglich ein halbes Jahr später wird den 54 Atommeilern eine Laufzeitverlängerung von bis zu 60 Jahren genehmigt. Da Japans Energiemix zu 30 Prozent aus Atomkraft besteht, scheint der Ausstieg trotz Super-Gau für die Regierung

nicht machbar. Tepco plant, die Sperrzone im Frühjahr 2012 schrittweise zu verkleinern und die Bevölkerung in ihre Heimatdörfer zurückzuschicken.

Laut WHO sind in Haiti seit dem Ausbruch der Cholera-Epidemie 515 699 Menschen erkrankt, 6942 Menschen starben an den Folgen der Krankheit (Stand 30. November 2011). Als Ursache der bakteriellen Infekti-

515 699

onskrankheit gilt mangelnde Hygiene, etwa mit Fäkalien verunreinigtes Trinkwasser. In Haiti, so vermutet man inzwischen, wurde die Epidemie von nepalesischen Blauhelmsoldaten ausgelöst.

Ihr Abwasser soll in einem Fluss entsorgt worden sein, der einigen Anwohnern als Trinkwasserquelle diente.

Wie eine Studie von Associated Press herausfand, wurden in den zehn Jahren nach dem 11. September weltweit 35 117 Menschen als Terroristen verurteilt. Mit 12 897 Fällen ist die Türkei für 37 Prozent, also mehr

37

als ein Drittel aller Schuldsprüche, verantwortlich. Sie liegt damit auf dem ersten Platz, noch weit vor der Volksrepublik China, wo rund 7000 Verurteilungen gezählt wurden. Laut Human Rights Watch kommt es in der Türkei

immer wieder zu Massenverhaftungen von kurdischen Aktivisten und Politikern, denen die Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen vorgeworfen wird.

Berichten der israelischen Streitkräfte zufolge wurden 2011 insgesamt 680 Raketen und Mörsergranaten aus dem Gaza-Streifen auf das südliche Israel gefeuert. Im Laufe des Jahres stationierte die israelische Armee erstmals mobile Raketenabwehrsysteme des Typs "Iron Dome" in den Städten Beersheba, Ashkelon und Ashdod, um diese vor vermehrten Angriffen zu schützen.

Die Zahl der Auslandsstudenten hat sich laut Angaben des Institute of International Education von 522 996 im Hochschuljahr 2001 auf 723 277 in 2011 ge-

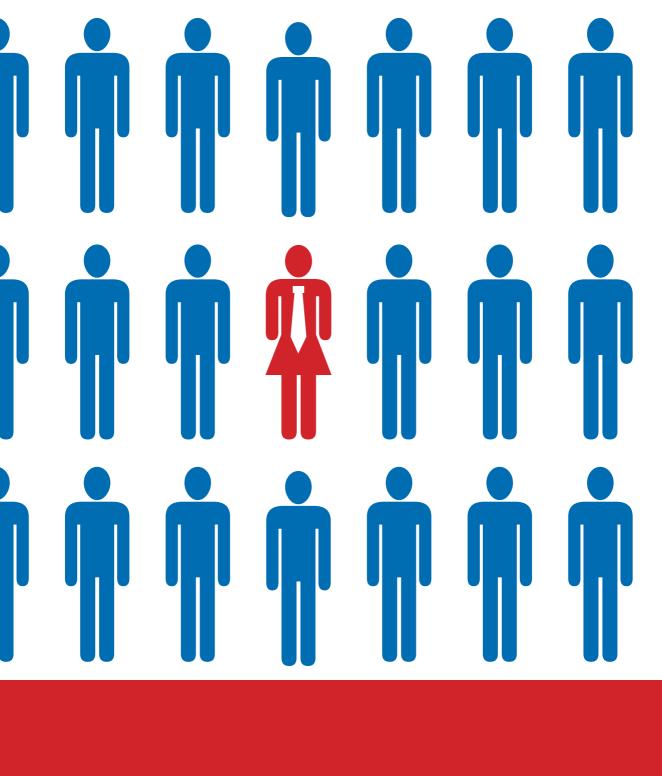
157 558

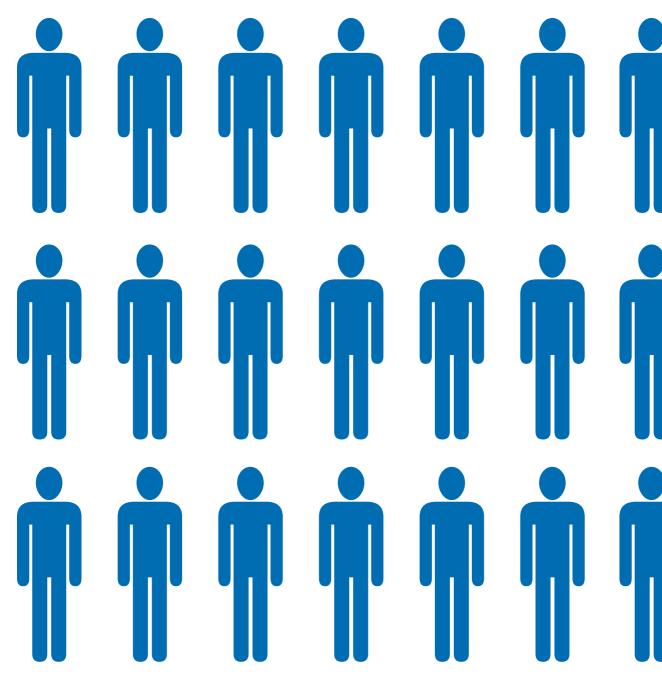
steigert. Der Zuwachs besteht größtenteils aus Studierenden, die nicht aus OECD-Staaten stammen. Die Zahl der chinesischen Auslandsstudenten hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, weltweit waren sie 2011 mit 157 558 Studierenden die größte Gruppe. Alle euro-

päischen Staaten zusammen kommen nur auf 84 296 Studenten. Als Empfängerland jedoch bleibt China mit einem Anteil von nur 1,7 Prozent aller Auslandsstudierenden hinter vielen populäreren Studiendestinationen zurück.

IP · März/April 2012

5





## **Faktor Frau**

Amerikas Bruttoinlandsprodukt ließe sich um 9 Prozent steigern, das der Euro-Zone um 13 Prozent und das Japans um 16 Prozent, wenn es gelänge, die Hürden für eine höhere Beschäftigungsrate von Frauen abzubauen. Wie wir Politik und Wirtschaft dazu bringen können, den Großteil des Potenzials ihrer Bevölkerungen nicht länger brachliegen zu lassen: Ein Schwerpunkt über einen Wandel, der sich für alle rechnen wird.

## Grundbedingung der Demokratie

Warum das 21. Jahrhundert das Zeitalter der Gleichberechtigung sein muss

Michelle Bachelet | In Regierung und Parlament bleiben sie unterrepräsentiert, Gewalt gegen sie ist eines der am wenigsten geahndeten Verbrechen weltweit: Die Benachteiligung von Frauen verletzt nicht nur fundamentale Menschenrechte, sie ist auch wirtschaftlich ineffizient. Viel zu tun für Organisationen wie UN Women, die 2010 gegründete Frauenorganisation der UN.

Gleichberechtigung bringt nicht nur Frauen, sondern allen Menschen enormen Nutzen: In dieser Überzeugung wurde UN Women im Juli 2010 gegründet. Gleichgültig, ob wir über grüne Ökonomie, die Entwicklung in der arabischen Welt oder generell über die Förderung von Frieden, Gerechtigkeit und Chancengleichheit sprechen: Die Welt kann bessere Lösungen finden, wenn die Erfahrungen und das Potenzial all ihrer Bewohner einbezogen werden.

Heute verfügen wir über klare Erkenntnisse, dass die Benachteiligung von Frauen nicht nur fundamentale Menschenrechte verletzt. Sie ist vor allem wirtschaftlich ineffizient. Chancengleichheit für alle herzustellen ist nicht nur richtig, es ist vor allem klug. Und der beste Zeitpunkt ist jetzt. Frauen zu fördern ist kein Kostenfaktor, es ist eine Investition in unser aller Zukunft. UN Women hat sich klare Ziele gesetzt: Wir wollen die Anzahl von Frauen in politisch führenden Positionen und ihre Anteilnahme am politischen Prozess erhöhen; ihre wirtschaftliche Kraft stärken; die Gewalt gegen Frauen und Mädchen, gerade in asymmetrischen Konflikten, eindämmen und sicherstellen, dass Frauen eine zentrale Rolle in Friedensverhandlungen und bei der Stabilisierung von Post-Konflikt-Regionen erhalten.

Seit UN Women ins Leben gerufen wurde, haben wir tief greifende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen erlebt. Das birgt Chancen – gleichzeitig müssen wir dafür Sorge tragen, nichts zu gefährden, was Frauen bereits errungen haben. Die Warnung ist angebracht: Weil Frauen die von der Wirtschaftskrise verursachten Einkommenseinbrüche für ihre Familien zu kompensieren versuchen, wurden sie immer stärker in fragile und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse gedrängt. Sie waren am stärksten von der Streichung vieler Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst oder der Kürzung von staatlichen Geldern für die Kinderbetreuung betroffen. Gerade jetzt, da smarte Lösungen

Vikimedia/ Agência Brasil

der gegenwärtigen Krisen gefragt sind, müssen wir für eine volle und gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in der Wirtschaft sorgen. Wir müssen die sozialen Programme erhalten, die ihnen das erlauben. Wir können es nicht zulassen, dass Sparpolitik auf Kosten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung geht. Frauen möchten Teil der Lösung sein, sie möchten, dass man ihre Stimmen hört, sie möchten frei von Furcht leben. Und sie wollen, dass man ihre Rechte respektiert.

Im vergangenen Jahr sind wir Zeugen geworden, wie Frauen sich in der arabischen Welt Gehör verschafft haben. Als die Proteste begannen, hat UN Women sofort Unterstützung für die Frauen Ägyptens und Tunesiens bereit-

gestellt. Und wir werden auch weiterhin Unterstützung gewähren, denn die Sehnsucht nach Veränderung bleibt nicht nur in der arabischen Welt groß. Unsere wichtigste Aufgabe ist es nun, den Frauen, die auf den Straßen von Tunis und Kairo so prominent für Freiheit und Veränderungen gekämpft haben, auch dabei zu helfen, einen promi-

Wir müssen den Frauen, die auf den Straßen von Tunis und Kairo gekämpft haben, einen Platz in der Politik verschaffen

nenten Platz in der Politik zu finden; gemeinsam mit ihnen abzusichern, was sie schon gewonnen haben und gemeinsam mit ihnen dafür zu sorgen, dass die Verankerung von Frauenrechten in den zukünftigen politischen Entwicklungen nicht zu kurz kommt.

Im März 1911, als Frauenrechtlerinnen in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz zum ersten Mal den Internationalen Frauentag begingen, besaßen Frauen in nur zwei Ländern das Wahlrecht. Heute ist dieses Recht beinahe universell. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte haben wir außergewöhnliche Fortschritte zum Schutz der Rechte von Frauen gemacht. Aber es ist ein Fortschritt, der uneben bleibt.

Häusliche Gewalt gegen Frauen ist in 125 Ländern strafbar, sexuelle Belästigung in 117 Ländern. 187 Nationen haben die Konvention zur Eliminierung jeglicher Diskriminierung gegen Frauen ratifiziert. Aber es bleibt ein weiter Weg, bis wir wirkliche Gleichheit erreichen. Gewalt gegen Frauen ist eines der am weitesten verbreiteten Verletzungen der Menschenrechte und gleichzeitig eines der am wenigsten verfolgten und geahndeten Verbrechen.

In der Politik und unter Entscheidungsträgern sind Frauen nach wie vor völlig unterrepräsentiert. Nur zehn Prozent der Staats- und Regierungschefs und nur ein Fünftel der Parlamentarier weltweit sind Frauen. Die kritische Marke von 30 Prozent, die eine bestimmte Gruppe erreichen muss, um wirkliche Veränderungen bewirken zu können, wurde bislang nur in 28 Ländern weltweit erreicht oder überschritten.

Die volle und gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ist eine Grundbedingung der Demokratie. Das 21. Jahrhundert sollte endlich das Jahrhundert sein, in dem wir diese Gleichberechtigung auch verwirklicht sehen.



MICHELLE BACHELET ist Geschäftsführende Direktorin von UN Women. Von 2006 bis 2010 war sie als erste Frau Staatspräsidentin von Chile.

## Ignorieren auf eigene Gefahr

Interview mit Melanne Verveer, US-Sonderbotschafterin für globale Frauenfragen

"Frauenangelegenheiten" sind keine Angelegenheiten nur für Frauen. Von ihrer Integration profitiert die ganze, profitieren alle Gesellschaften. Denn sämtliche Erfahrungen zeigen: Regierungen, die aufgeschlossen genug sind, den Großteil des Potenzials ihrer Bevölkerungen nicht einfach brachliegen zu lassen, betreiben schlichtweg intelligente Politik.

**IP**: US-Außenministerin Hillary Clinton sieht den Bereich "Frauenförderung" als elementaren Bestandteil ihres Konzepts einer außenpolitischen "Smart Power". Wie macht sich das bemerkbar?

Melanne Verveer: Wir wollen eine Teilhabe von Frauen in all jenen Bereichen gezielt und strategisch fördern, in denen wir für unsere Außenpolitik insgesamt effektivere und bessere Ergebnisse erzielen können – sei es in der



Melanne Verveer ist seit Juni 2009 Sonderbotschafterin für globale Frauenfragen. Sie war zuvor Assistant to the President unter Bill Clinton, President of Staff der damaligen First Lady Hillary Clinton und ist Mitglied des Council on Foreign Relations.

Friedens- und Sicherheitspolitik, in der Wirtschaftspolitik oder auf dem Gebiet nachhaltiger Entwicklung. Wir bringen dieses Anliegen auf vielen Ebenen und in vielen Organisationen zur Geltung, in denen wir gemeinsam mit anderen Ländern aktiv sind - sei es die Asia Pacific Economic Cooperation Platform (APEC), der 21 Länder angehören, die OECD - oder sei es während der Gespräche zu Handelsabkommen auf bilateraler Ebene vor allem mit afrikanischen Staaten. Der Gedanke ist ganz einfach: All diese Länder wollen sich entwickeln, all diese Wirtschaften wollen wachsen und dabei spielen so genannte "SMEs - small and medium enterprises" eine wichtige Rolle. Wir konzentrieren uns ganz beson-

U.S. Department of State

ders auf kleine und mittlere Unternehmen, die von Frauen gegründet oder geleitet werden. Studien belegen immer wieder, dass solche SMEs ganz besonders wichtige und oft übersehene "Wachstumsbeschleuniger" und "Jobmaschinen" sind, dass aber gerade Frauen häufig mit gro-

ßen Hindernissen zu kämpfen haben: Der Zugang zu Krediten bleibt ihnen verwehrt, sie werden bei Schulbildung und Fortbildung diskriminiert. In manchen Ländern dürfen sie keine Eigentumstitel besitzen oder werden im Erbrecht benachteiligt; es fehlt ihnen an den notwendigen

Länder, in denen die Kluft zwischen Frauen und Männern kleiner ist, sind meist wettbewerbsfähiger

Netzwerken und Kontakten, der Zugang zu Märkten wird ihnen erschwert. Wir nutzen ganz strategisch die oben genannten Möglichkeiten, um diese Fragen aufzuwerfen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln – denn es ist nicht gescheit, das Potenzial, das SMEs haben, künstlich zu verkleinern, indem man bestimmte Bevölkerungsgruppen und deren Fähigkeiten brachliegen lässt.

**IP**: Wo und wie macht sich die Einbindung von Frauen am deutlichsten bemerkbar? Verveer: Schauen Sie sich einmal den "Gender Gap Report" an, der jährlich vom World Economic Forum in Zusammenarbeit mit der Harvard University und der University of California, Berkeley, herausgegeben wird. Der Bericht misst in etwas über 100 Ländern die Kluft zwischen Männern und Frauen in vier Bereichen - Gesundheit, Zugang zu Ausbildung, wirtschaftliche und politische Teilhabe. Es geht dabei nicht darum, dass einige Frauenorganisationen so etwas einfordern. Das Interessanteste ist: Länder, in denen die Kluft zwischen Männern und Frauen kleiner ist, sind im Allgemeinen auch wettbewerbsfähiger und wohlhabender. Wir kennen das ja von den Arab Human Development Reports der vergangenen Jahre, die allzu deutlich zeigten, dass diese Länder deshalb so deutlich hinterher hinkten, weil gut die Hälfte ihrer Bevölkerung, sprich der Großteil der Frauen, eine schlechtere Schulbildung hatte und vom wirtschaftlichen und politischen Prozess weitgehend ausgeschlossen blieb. Man hat also die Hälfte des Humankapitals schlichtweg ungenutzt gelassen. Dafür zahlten - und zahlen noch immer - diese Länder einen hohen Preis.

IP: Was war zuerst da – die Henne oder das Ei? War es die wirtschaftliche Entwicklung, die auch zu offeneren Gesellschaften führte, in denen Frauen sich größere Teilhabe erkämpfen konnten, oder führt die Teilhabe von Frauen zu besserer wirtschaftlicher Entwicklung?

Verveer: Beides. Wichtig ist im Grunde nur: Alle Daten, alle Studien zeigen: Es sollte im eigenen Interesse von Regierungen und Gesellschaften liegen, Frauen stärker zu beteiligen und Potenzial, Talent, Know-how nicht unentwickelt zu lassen. Diese Tatsachen ignoriert man gewissermaßen auf eigene Gefahr – auch, wenn wir es noch mit reichlich Uneinsichtigkeit und vielen Hindernissen zu tun haben.

IP: Wo sehen Sie die größten Hindernisse?

Verveer: Natürlich ist die Kluft in den Bereichen Gesundheit und Ausbildung noch groß, auch wenn wir hier schon enorme Fortschritte gesehen haben. Was die Teilhabe an wirtschaftlichen Aktivitäten betrifft – gleich auf welcher Ebene, ob als Kleinunternehmerin oder im Aufsichtsrat großer Unternehmen – gibt es natürlich noch reichlich zu tun. Gerade in den sich entwickelnden Ländern, in denen Landwirtschaft eine große Rolle spielt, werden Frauen oft extrem benachteiligt, weil sie kein Land besitzen oder erben dürfen und damit von einem Kleinunternehmertum auf dem Agrarsektor völlig ausgeschlossen sind.

Die größte Kluft, die Frauen nur sehr schwer überwinden können, ist aber der Bereich der politischen Teilhabe. In Deutschland wurden hier große Fortschritte gemacht, denn die meisten Parteien haben dafür gesorgt, dass das politische Leben heute diverser ist und mehr Frauen daran teilnehmen. In vielen Ländern bleibt es aber schwierig – und das beginnt schon mit der Tatsache, dass Frauen kaum die Möglichkeit offensteht, solche Aktivitäten auch finanzieren zu können oder überhaupt Zugang zu Geldern zu erhalten – sei es durch ihre Regierungen oder durch private Geber. Dazu kommen natürlich tief verwurzelte Ansichten über die Frage, ob Frauen überhaupt ein Platz in der Politik gebührt. Hier stehen kulturelle Faktoren der Entwicklung im Wege.

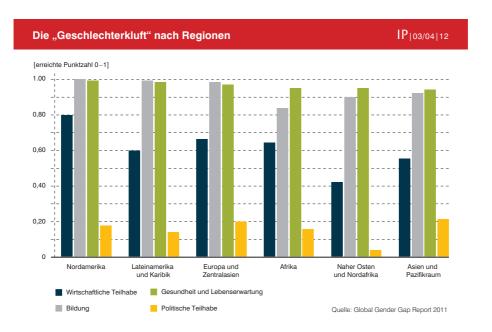
IP: In vielen Ländern gerade des Nahen Ostens fürchten aber nicht nur Männer einen "Traditions- und Kulturverlust", weil die als "dekadent" empfundene westliche Moderne als Bedrohung für lang gewachsene Strukturen gilt.

Verveer: Natürlich wird es immer Elemente geben, die sich gegen Änderungen wehren – oft auch im Namen der Religion. Aber die Spielräume sind größer

Die Entwicklung der MENA-Region wird davon abhängen, wie erfolgreich man Frauen integriert als man denkt. In Marokko hat man vor einigen Jahren mit einer Reform des Familienrechts begonnen – und das in einem Land, in dem Frauen zuvor noch verhaftet wurden, weil sie öffentlich eine Änderung des Scheidungsrechts forderten, also nur die schlichte Möglichkeit, selbst die Scheidung einreichen zu können. Schließlich begannen sie

mit einer Kampagne, die zeigen sollte, dass ihre Forderungen keineswegs im Widerspruch zu ihrer Religion und dem Koran stehen; sie haben also ihr Interesse daran bekundet, die Tradition durchaus wahren zu wollen und gleichzeitig darauf gedrungen, dass "Tradition" keine auf Ewigkeiten in Stein gemeißelte Angelegenheit ist, sondern neuen Umständen gemäß interpretiert werden muss.

Nachdem König Mohammed VI. sich hinter diese Forderungen stellte, wurden die Reformen des Familienrechts jeweils mit dem Koran begründet. Wir sehen immer mehr Frauen *und* Männer, die finden, dass Religion nicht dazu missbraucht werden sollte, Dinge auf ewig festzuschreiben – sondern dass Religion auch neuen Anforderungen genügen muss. In Afghanistan haben Imame in ihren Predigten Gewalt gegen Frauen verurteilt. Wo immer wir solche "Verstärker" haben, oft auch religiöse Führer, da sehen wir auch große Fortschritte.



Man wird nicht falsch liegen, wenn man sagt, dass die wirtschaftliche und politische Zukunft der gesamten MENA-Region davon abhängt, wie Frauen, die sich ja auch während der Revolution Gehör verschafft haben, weiterhin einbezogen werden.

#### IP: Grundsätzlich: Ohne Männer wird es nicht gelingen?

Verveer: In den USA haben wir lange für eine gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit gekämpft. Man hat das leider lange für eine reine "Frauenangelegenheit" gehalten. Dann haben die Männer verstanden, dass es auch um sie, um das Einkommen für die gesamte Familie geht: Benachteiligt man die Frauen, benachteiligt man die ganze Familie. Ich bin immer sehr frustriert, wenn man diese Themen als "Frauensache" bezeichnet. Natürlich ist es nur recht, dass Frauen nicht benachteiligt werden – aber eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft zu ermöglichen, bringt nachweislich Vorteile für die ganze Gesellschaft – aller Gesellschaften! Es geht nicht nur darum, Rechte zu gewähren. Frauenförderung ist einfach kluge Politik, die auf glasklaren Fakten basiert. Das müssen wir noch sehr viel klüger und strategischer vermitteln.

IP: Dass man nicht die Hälfte des Wirtschaftspotenzials einer Gesellschaft brachliegen lassen will, leuchtet ein – aber was bringen Frauen denn spezifisch in den politischen Prozess ein?

Verveer: Vor über einem Jahrzehnt hat man in Indien ein ganz besonderes Programm aufgelegt, eine Quote für Frauen in den kommunalen Verwaltungen, den so genannten Panchayats. Inzwischen sind über eine Million Frauen in dieses System eingebunden, das manche die "stille demokratische Revolution

Indiens" nennen. Mehrere Studien, die dazu durchgeführt wurden, darunter auch von amerikanischen Universitäten, stellen sehr positive Auswirkungen fest: Die Effizienz der Verwaltung habe sich verbessert, Panchayats seien viel erfolgreicher darin, den Bedürfnissen einer Kommune Rechnung zu tragen – von der Notwendigkeit funktionierender Abwassersysteme bis zu den Bereichen Schule und Ausbildung. Ich habe viele dieser Frauen getroffen, und es hat mich immer wieder beeindruckt, welche Hindernisse sie zu überwinden hatten, aber mit wie viel Zähigkeit und Fantasie sich selbst Frauen durchgesetzt und für die Belange der Gemeinde stark gemacht haben, die nicht einmal über eine formale Schulbildung verfügen. Noch einmal: Die Hälfte einer Bevölkerung, deren Tatkraft, Ideen, Kreativität aus dem politischen Prozess auszuschließen, "weil wir das halt immer schon so gemacht haben", das schädigt die gesamte Gesellschaft.

IP: Aber trotzdem kann man nicht auf die Durchsetzungskraft von Frauen vertrauen – es bedarf einer Reihe von Fördermaßnahmen. Welches wären die richtigen? Verveer: Da muss jede Regierung natürlich ihren eigenen Weg finden. Aber ohne "affirmative action", ohne entsprechende Gesetze des irakischen Parlaments oder der afghanischen Loja Dschirga – oder der klaren Ermutigungen durch die Länder, die Afghanistans Wiederaufbau unterstützen – hätte es keine Fortschritte gegeben. Hier bleibt mir in Erinnerung, was mir eine Afghanin

Die Hälfte der Bevölkerung auzuschließen, weil das "immer so war", schädigt die gesamte Gesellschaft während der Afghanistan-Konferenz in Bonn im Dezember 2011 gesagt hat: Natürlich seien die Afghaninnen sehr besorgt, dass alle Fortschritte, die zweifelsohne für sie erzielt worden sind, nach einem Rückzug der Truppen wieder zunichte gemacht würden. Aber trotzdem läge ihr am Herzen, uns im Westen zu sagen: "Betrachtet uns bitte nicht als

Opfer, sondern als die potenziellen Führerinnen, die wir auch sind." Und das wiederum weist auf einen ganz wichtigen Bereich hin: die enorme Rolle, die Frauen spielen sollten – aber aus vielerlei Gründen noch nicht spielen –, wenn es um nachhaltige Konfliktlösungsstrategien geht.

IP: Im Dezember 2011 verabschiedete Präsident Barack Obama per "executive order" den "United States National Action Plan on Women, Peace, and Security", der zusammen mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium erarbeitet wurde. Die Einbeziehung von Frauen in Konfliktlösungsprozesse spielt dabei eine wesentliche Rolle.

Verveer: Der Außenministerin war sehr daran gelegen, dass dieser Action Plan zusammen mit dem Verteidigungsministerium und anderen Institutionen wie USAID ausgearbeitet, getragen und umgesetzt wird. Mehr als 30 Länder haben bereits ähnliche Initiativen begonnen. Das State Department und das Verteidigungsministerium haben eine Ausbildung von über 2000 weiblichen Peacekeepers ermöglicht – viele aus afrikanischen Ländern, in denen Frauen und Kinder am meisten unter den oft langjährigen Konflikten leiden. Auch hier können wir wieder nur sagen: Aufgrund klarer Evidenzen,

von Nordirland bis hin zu Ruanda, sehen wir, dass Konfliktlösungen haltbarer sind, dass der Übergang von Konfliktgesellschaften in zivile Gesellschaften besser funktioniert, wenn Frauen in den Lösungsprozess direkt einbezogen werden. Das ist nicht nur der Tatsache geschuldet, dass Frauen – man denke nur an die hunderttausenden Vergewaltigungen im Kongo – in überwältigendem Maß Opfer gerade ethnischer oder asymmet-

rischer Kriege sind. Sondern auch der Tatsache, dass wir viel zu viele "Konfliktlösungen" haben scheitern sehen. Wo immer aber Frauen in den Prozess einbezogen waren, sahen wir auch haltbarere Ergebnisse. Ein strategischer, kluger und tragfähiger Weg zu Stabilität und ja, einem

Konfliktlösungen sind haltbarer, wenn auch Frauen direkt in die Verhandlungen einbezogen werden

haltbareren Frieden kann man nicht an den Frauen vorbei führen, die von einem bestimmten Konflikt betroffen sind. Wir haben Teams von Soldatinnen nach Afghanistan geschickt, wo sie helfen sollen, speziell Gewalt gegen Frauen einzudämmen, aber auch bestimmte Aufgaben übernehmen müssen – männliche Soldaten können beispielsweise keine Hausdurchsuchungen in den Frauenquartieren übernehmen. Bis zum Jahr 2014 sollen auch 5000 afghanische Polizistinnen ausgebildet werden. Das ist eine Mammutaufgabe, die sich aber auszahlen wird.

IP: Was genau tragen Frauen zu einer nachhaltigeren Konfliktlösung bei?

Verveer: In von Kriegen zerrissenen Gesellschaften geht es zunächst auch immer darum, einen Weg der Reintegration von Kämpfern oder auch von Versöhnung einzuschlagen. Es gilt, eine profunde Änderung herbeizuführen, die meist Männern, die "heldenhaft" für "ihre Sache" kämpften, den Weg in eine zivile Gesellschaft ebnet. Das ist ohne die Frauen in dieser Gesellschaft nicht denkbar – das haben wir während der vergangenen Jahre in Afghanistan gelernt.

Es geht darum, ein "Alltagsleben" wieder herzustellen; wann immer Frauen bewusst auch in die Konfliktlösungsstrategien und einen Neuaufbau integriert wurden, brachten sie genau das mit: eine Konzentration auf wirtschaftliche Aspekte. Schließlich geht es um die Wiedereingliederung bewaffneter Kämpfer – es muss sich für sie "lohnen", die Waffe abzulegen – und um einen Sinn für die Realitäten. Folgende Geschichte, die sich während Verhandlungen im Südsudan zugetragen hat, veranschaulicht das: Tagelang hatten Unterhändler schon über die Nutzungsrechte einer bestimmten Brücke gestritten, es ging mal wieder "ums Prinzip". Eine Frau hörte davon, verschaffte sich Zugang zu der Runde und sagte: "Meine Herren, der Fluss unter dieser Brücke führt schon seit Jahren kein Wasser mehr."

Die Fragen stellte Sylke Tempel

## Kriegsopfer, aber keine Friedenspartner

Einige Hintergründe zum Thema Frauen und Sicherheit

Hillary Rodham Clinton | Frauen sind in den brutalen Kriegen unserer Zeit oft die größten Leidtragenden, werden bei Friedensverhandlungen aber meist ausgeschlossen. Dabei zeigt die Realität: Werden sie in Konfliktlösungen einbezogen, erweisen diese sich als haltbarer, und gleichberechtigte Gesellschaften sind nicht nur stabiler, sondern auch erfolgreicher.

Der Charakter des Krieges verändert sich, und damit auch dessen Auswirkungen auf Frauen. Derzeit gibt es zahlreiche aktive Konflikte, von denen viele brutale Bürgerkriege sind. An diesen Kriegen sind oft nichtstaatliche Akteure beteiligt, die immer häufiger den Tod von Zivilisten verursachen. Insbesondere Frauen, die entführt, vergewaltigt oder vertrieben werden, sind davon massiv betroffen. Im Ersten Weltkrieg lag die Zahl der nicht an Kampfhandlungen beteiligten Opfer bei 10 Prozent, im Zweiten Weltkrieg bei 50 Prozent. In den gegenwärtigen Konflikten in Afrika liegt diese Zahl bei 90 Prozent.

Hier einige Zahlen zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (sexual and gender-based violence/SGBV) in Konflikten der vergangenen 20 Jahre: Während des Völkermords in Ruanda wurden 250 000 bis 500 000 Mädchen und Frauen vergewaltigt; während des Krieges in Bosnien-Herzegowina wurden 20 000 bis 50 000 Mädchen und Frauen vergewaltigt; in Sierra Leone wurden 50 000 bis 64 000 im Land vertriebene Frauen Opfer sexueller Übergriffe durch Soldaten; während des über zehn Jahre andauernden Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo wurden mehr als 200 000 Frauen und Kinder vergewaltigt.

Die traditionellen Methoden, Frieden zu schaffen, haben sich beim Versuch der Beendigung dieser kleineren Kriege als ineffektiv erwiesen. Fast die Hälfte der Abkommen, durch die während der neunziger Jahre Konflikte beendet werden konnten, wurde innerhalb von fünf Jahren nach deren Unterzeichnung gebrochen. Statistiken der Weltbank zufolge fanden 90 Prozent der Bürgerkriege im 21. Jahrhundert in Ländern statt, in denen es bereits in den vorangegangenen 30 Jahren zu einem Bürgerkrieg gekommen war.

Frauen wurden in die Friedensprozesse in der Regel nicht eingebunden. Während der vergangenen 20 Jahre wurden Hunderte Friedensverträge unter-

zeichnet. Die Stichprobenanalyse dieser Verträge hat ergeben, dass weniger als 8 Prozent der Verhandlungsteilnehmer weiblich waren. Eine Prüfung von 585 Friedensabkommen aus 102 Friedensprozessen durch die UN-Frauenorganisation UNIFEM ergab, dass seit 1990 nur 92 Friedensabkommen (16 Prozent) wenigstens einen Verweis auf Frauen oder Gleichberechtigung enthielten. Eine andere Analyse von UNIFEM ergab, dass SGBV in nur 18 von 300 überprüften Friedensabkommen erwähnt wurde.

#### Frieden schaffen

Frauen leisten nicht nur in, sondern auch außerhalb der Verhandlungen einen wichtigen Beitrag. Mehr und mehr Anzeichen deuten darauf hin, dass Frauen auf einzigartige Art und Weise zur Schaffung und Erhaltung von Frieden beitragen – und dass dies nicht nur für Frauen, sondern für eine ganze Gesellschaft zu besseren Ergebnissen führt. Frauen bringen in Friedensverhandlungen Themen zur Sprache, die zur Aussöhnung, zum Wiederaufbau und zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens beitragen.

Forschungsergebnissen der International Crisis Group im Sudan, Kongo und in Uganda zufolge sprechen Frauen, die an Friedensverhandlungen teilnehmen, häufiger Themen wie Menschenrechte, Sicherheit, Gerechtigkeit, Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung an, die von entscheidender Bedeutung für Aussöhnung und Wiederaufbau sind und daher zu dauerhaftem und nachhaltigem Frieden führen.

In Nordirland erreichten weibliche Verhandlungsteilnehmer, dass das Karfreitagsabkommen von 1998 auch Bestimmungen zur Aussöhnung und Integration sowie über die Rechte von Opfern enthält. Dazu zählten beispielsweise wichtige soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse – wie zum Beispiel integratives Wohnen und integrative Bildung –, was die Beständigkeit und den Erfolg des Abkommens sicherstellte.

Weniger als ein Jahr nach dem Völkermord 1994 in Ruanda begannen die Ehefrauen von Tätern aus verschiedenen ethnischen Gruppen und politischen Parteien, zusammen am Wiederaufbau des Landes zu arbeiten. Die ruandischen Frauen schlossen sich zusammen, um Programme ins Leben zu rufen, die den Überlebenden in Sachen Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung helfen sollten. Diese Bemühungen trugen zur Vermeidung weiterer Konflikte bei.

Frauen setzen sich häufig für Randgruppen ein und organisieren sich über kulturelle und religiöse Gräben hinweg. Das führt dazu, dass die Stimmen von mehr Menschen gehört werden, die ein Interesse an der Zukunft des Landes haben, was für die langfristige Stabilität wichtig ist.

In der verfassunggebenden Versammlung 2004 in Afghanistan machten Frauen zwar lediglich 20 Prozent der Delegierten aus, aber sie setzten erfolgreich die Gleichberechtigung aller afghanischer Bürger durch und unterstützten gemeinsam über ethnische Grenzen hinweg die Bemühungen der usbekischen Minderheit, ihre Sprache offiziell anerkennen zu lassen. In Südafrika sind Frauengruppen vor der Ausarbeitung der neuen Verfassung nach der

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Frauen bringen in Friedensverhandlungen Themen zur Sprache, die zur Aussöhnung, zum Wiederaufbau und zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens beitragen. Polizistinnen in Afghanistan

Apartheid zusammengekommen und haben die Women's Charter for Effective Equality veröffentlicht. Der Einfluss der Charta hat unmittelbar zu einer Verfassung geführt, die nicht nur Frauen die gleichen Rechte garantiert wie Männern, sondern auch Rechte enthält, von denen die Gesellschaft insgesamt profitiert, wie das Recht auf Bildung, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Sicherheit der Person.

In bestimmten Konflikten sind Frauen in der Lage, beispiellose Ergebnisse zu erzielen, weil sie als ehrliche Makler im Friedensprozess betrachtet werden. Ein UNIFEM-Bericht, der sich auf umfassende Interviews mit Unterhändlern in den Friedensprozessen in Burundi, Südafrika und Nordirland stützt, hat gezeigt, dass die Fähigkeit von Frauen zu kommunizieren, sich in andere hineinzuversetzen, Vertrauen aufzubauen, alle Seiten einzubeziehen und Streitigkeiten beizulegen, Verhandlungen und Kompromisse vorangebracht hat. Viele haben darüber hinaus berichtet, dass sich Männer in Friedensgesprächen weniger aggressiv verhalten, wenn Frauen anwesend sind, was zu einem besseren Dialog und besserer Kommunikation führt.

Frauen üben zudem außerhalb der eigentlichen Verhandlungen Druck aus, um Fortschritte herbeizuführen.

In Kolumbien war die Arbeit von Frauengruppen für die Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen der Regierung und den FARC-Rebellen 1999 von großer Bedeutung. Nachdem die Friedensgespräche 2002 abgebrochen worden waren, organisierten Frauen in Kolumbien Massendemonstrationen für dauerhaften Frieden und sensibilisierten die Menschen landesweit für ihr Anliegen.

In Somalia schlossen sich Frauen im Jahr 2000 über alte Stammeszugehörigkeiten hinweg zusammen, um die Menschenrechte von Frauen, Kindern und Angehörigen von Minderheitengruppen zu schützen, und drängten auf umfas-

sende Beteiligung am Friedensprozess. Sie bezeichneten sich selbst als Sixth Clan Coalition und halfen bei der Erarbeitung einer nationalen Charta, die eine Quote von 25 Sitzen für Frauen in der 245 Sitze umfassenden Übergangsnationalversammlung enthielt.

Im gleichen Jahr organisierten Frauen in Burundi vor der Unterzeichnung des Friedensabkommens der Regierung eine Friedenskonferenz, in der sie sich auf eine Erklärung einigten, die die an den Friedensverhandlungen Beteiligten dazu aufforderte, geschlechtsspezifische Themen in ihre Diskussionen einzubeziehen. Die meisten Empfehlungen der Frauen wurden in das Friedensabkommen aufgenommen. Später, im Jahr 2005, führten die fortgesetzten Bemühungen der Frauen zu einer neuen Verfassung, die eine Frauenquote von 30 Prozent in der Regierung vorsah.

Wenn eine Gesellschaft einen Konflikt überwindet, hat die wirtschaftliche und politische Teilhabe von Frauen einen Multiplikatoreffekt, von dem alle profitieren. Der "Gender Gap Report" des Weltwirtschaftsforums zeigt, dass dort, wo die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern fast überwunden werden konnte – dazu gehören die Bereiche Bildung, Gesundheit sowie wirtschaftliche und politische Teilhabe –, das Land und die Volkswirtschaft wettbewerbsfähiger und wohlhabender sind.

In Indien hat eine Studie gezeigt, dass von Frauen geleitete Dörfer mehr in Trinkwasser und Infrastruktur investieren und eine größere Impfdichte bei Kindern, weniger geschlechtsspezifische Unterschiede beim Schulbesuch, eine niedrigere Korruptionsrate und eine verstärkte politische Partizipation von Frauen aufweisen.

Die Gleichbehandlung und die Sicherheit von Frauen hängen mit der Sicherheit im Staat zusammen und der Bereitschaft des Staates, Gewalt auszuüben. Studien legen nahe, dass nicht nur ein höherer Grad an Gleichberechtigung und physischer Sicherheit für Frauen mit der Sicherheit und Friedfertigkeit eines Staates korreliert, sondern auch, dass die Verringerung der Ungleichheit und Verbesserungen der Sicherheit für Frauen eine wichtige Grundlage für Stabilität sein können.

Forschungen haben ergeben, dass die soziale, politische, wirtschaftliche und geschlechtsspezifische Gleichberechtigung in einem Land mit der Abhängigkeit

eines Staates von militärischer Macht während eines Konflikts oder einer Krise korreliert. Daten aus den Jahren 1954 bis 1994 zeigen, dass Staaten mit mehr Gleichberechtigung weniger Gewalt einsetzen, um mit Krisen umzugehen als Staaten mit weniger Gleichberechtigung.



HILLARY RODHAM CLINTON ist Außenministerin der USA.

## Kleine Stiefel, große Fähigkeiten

Israels Erfahrungen mit der Wehrpflicht für alle und Frauen in Kampfeinheiten

Gil Yaron | Rund 1500 Frauen jährlich sind es, die in Israels Kampfeinheiten dienen und seiner Armee mit etwa 33 Prozent den höchsten Frauenanteil der Welt bescheren. Welche Lehren können die Streitkräfte anderer Länder aus dem israelischen Beispiel ziehen? Ein Streifzug durch das einzige Land der westlichen Welt, in dem Frauen Wehrdienst leisten müssen.

Die 19 Jahre alte Timna Marschal wusste es "schon immer": "Ich will eines Tages Kampfsoldatin werden." Anfang Februar schloss die Gefreite eine Spezialausbildung beim israelischen Heimatschutzkommando ab. Dafür lief sie im Abschlussexamen ihres Kurses eine Strecke von 60 Kilometern in voller Kampfausrüstung, davon 32 Kilometer zusätzlich mit einer Krankenbahre auf dem Rücken. "Wir machen alles mit den Männern zusammen. Bei uns herrscht absolute Gleichberechtigung", sagt die junge Soldatin enthusiastisch. Mehrere Wochen lang wird sie nun, Gewehr im Anschlag, Israels Südgrenze vor bewaffneten Eindringlingen aus dem Sinai schützen. Marschal ist eine von jährlich rund 1500 Frauen, die in Israels Kampfeinheiten integriert werden und daran Teil haben, die Israel Defense Forces (IDF) zur Armee mit dem höchsten Frauenanteil der Welt zu machen.

Dass im jüdischen Staat von Beginn an vollkommene Gleichberechtigung geherrscht habe, ist das offizielle Narrativ in Israel. Tatsächlich darf der Zionismus in dieser Hinsicht als eine der fortschrittlichsten nationalen Befreiungsbewegungen Europas gelten. Schon der zweite zionistische Kongress 1898 gewährte Frauen das Wahlrecht – Jahrzehnte vor Westeuropas Demokratien. In den Jahren der Spannungen vor der Unabhängigkeitserklärung Israels gehörten Frauen auch dem legendären Palmach an, der freiwilligen Sturmtruppe der jüdischen Untergrundarmee Haganah. Sie kommandierten Einheiten, eskortierten Konvois, legten Minen und Sprengsätze oder dienten als Sanitäterinnen. Mit der Staatsgründung Israels 1948 und der Errichtung der IDF wurde der egalitäre Ethos des Zionismus bestätigt: Frauen hätten "bewiesen, dass sie ein Recht haben, auch hier etwas zur Gemeinschaft beizutragen und Soldaten zu werden", zitiert Orna Sasson-Levy, Soziologin an der Bar-Ilan-Universität, zeitgenössische Quellen. Israel wurde zum einzigen Staat der westlichen Welt, in

dem auch Frauen Wehrdienst leisten müssen. Heute stellen Frauen etwa 33 Prozent der Gesamtstreitkräfte, weit mehr als in Südafrika, das im globalen Vergleich mit 21 Prozent auf Rang zwei liegt.

Doch die Realität deckt sich nicht völlig mit der offiziellen Version der geschlechterblinden Chancengleichheit. Die Frage, welche Rolle Frauen in einer der mächtigsten und wichtigsten Institutionen des Staates spielen sollen, ist auch heute noch heftig umstritten. "Nicht nur die Zahlen wehrdienstleistender Frauen wandeln sich, sondern auch die Rollen, die sie in den IDF übernehmen", sagt Sarai Aharoni, Gastprofessorin an der Universität von Michigan. Frauen wurden zwar seit Staatsgründung eingezogen, doch in den Streitkräften spielten sie lange die zweite Geige. Das zeigt sich schon daran, wie leicht es für sie ist, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Während es für Männer lange als Frage der Ehre galt, den Wehrdienst abzu-

Frauen mussten zwar seit der Staatsgründung Wehrdienst leisten, doch in der Armee spielten sie die zweite Geige

leisten, und das möglichst in einer prestigeträchtigen Einheit, werden verheiratete, schwangere oder sich selbst als religiös bezeichnende Frauen automatisch freigestellt. Nur 55 Prozent der wehrpflichtigen jüdischen Frauen leisten ihren Dienst ab; bei den Männern liegt die Rate bei 75 Prozent.

#### Per Gerichtsurteil ins Cockpit

Anfangs formten die IDF ein "Frauenkorps", das den Rekrutinnen "typisch weibliche" Aufgaben zuteilte: Sie waren Sekretärinnen, Sozialarbeiterinnen, Sanitäterinnen oder Lehrerinnen. Eine Karriere im Militär wurde so unmöglich, kaum eine Frau diente in der Reserve, im Gegensatz zu Männern, die bis zum 45. Lebensjahr im Durchschnitt 30 Tage jährlich die Uniform wieder anlegen müssen. Die Kampfpilotinnen und Kapitäninnen, die noch im Unabhängigkeitskrieg von 1948 oder im Sinai-Feldzug 1956 gekämpft hatten, wurden aus dem Dienst entlassen. "Die besten Männer fürs Cockpit, die besten Frauen für die Kampfpiloten", hieß die Devise, die, nur halb als Witz gemeint, einen chauvinistischen Zeitgeist reflektierte.

Es war der ehemalige Generalstabschef Jitzchak Rabin, der während seiner ersten Amtszeit als Premierminister (1974 bis 1977) diese Rollenaufteilung in Frage stellte. Eine von ihm berufene Untersuchungskommission sprach die Empfehlung aus, dass Frauen alle Positionen in der Armee zugänglich gemacht werden sollten - nur an vorderster Front sollten sie nicht kämpfen. Nach dem Rücktritt Rabins wurde dieser Bericht jedoch zu den Akten gelegt. Es sollte noch 20 Jahre dauern, bis ein Urteil des höchsten Gerichtshofs die Rolle der Frauen in den IDF von Grund auf änderte. 1995 klagte die Pilotin und Luftfahrtingenieurin Alice Miller auf das Recht, eine Ausbildung zur Kampfpilotin absolvieren zu dürfen. Die Armee verweigerte dies mit der Begründung, dass zwar nichts gegen ihre Aufnahme spreche, diese aber zu hohe Kosten verursache. Das Gericht entschied zugunsten Millers - die die extrem harte Ausbildung und Prüfung dann zwar nicht bestand, aber immerhin die Software der israelischen Armee veränderte. "War die Aufnahme von Frauen in prestigeträchtige Einheiten zuvor eine Ausnahme, muss die Armee sich nun jedes Mal

rechtfertigen, wenn sie Frauen nicht in gewisse Einheiten integriert", so Oberstleutnant Roni Tamir, eine Soziologin, die eine Forschungsabteilung beim Berater für Frauenangelegenheiten im Generalstab leitet. Die Armee passte sich der neuen Rechtssituation an: "Vor zehn Jahren wurde das Frauencorps

In der israelischen Luftwaffe sind Frauen inzwischen in jedem Schwadron vertreten aufgelöst", sagt Tamir. "Frauen sind jetzt Teil des Ganzen. Das System hat verinnerlicht, dass sie hochwertige Rekruten sind." Heute stehen mehr als 90 Prozent der Positionen im Militär Soldatinnen offen, darunter 14 in kämpfenden Einheiten. Frauen stellen ein Drittel der Rekruten und etwa

20 Prozent der Berufssoldaten. Beim Grenzschutz sind 10 Prozent der Soldaten weiblich, bei der Luftabwehr oder der Artillerie liegt ihr Anteil bei 20, in Rettungseinheiten bei 25 Prozent. Das "Caracal Bataillon", eine leichte Infanterieeinheit zum Schutz der Grenze zu Jordanien, besteht zu 70 Prozent aus Frauen. In der Luftwaffe sind Frauen laut Angaben des Armeesprechers inzwischen "in jedem Schwadron vertreten". Mittlerweile, sagt Tamir, wünsche sich "die Armee mehr Kämpferinnen".

#### Motivierter, reifer, gebildeter - oder einfach überqualifiziert?

Das ist nicht allein fortschrittlicher Geschlechterpolitik geschuldet. "Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen fortgeschrittenen Staaten und den Entwicklungsländern", meint Oberst a.D. Itamar Yaar, der im Generalstab an der Personalplanung der IDF beteiligt und fünf Jahre stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats war. "In Entwicklungsländern kann man in der Armee Karriere machen: Man verdient gut, hat Aufstiegschancen, Jobsicherheit. Im Westen hingegen bieten zivile Laufbahnen oft bessere Chancen. Hier ist die Nachfrage nach guten Rekruten höher als das Angebot." Das führe dazu, dass es nicht mehr genug Männer gibt, um die Reihen der westlichen Armeen zu füllen. "Die Integration von Frauen in den IDF ist deswegen nicht bloß vom moralischen und kulturellen Standpunkt her richtig, sondern eine Anpassung an eine neue Realität und die richtige Nutzung begrenzter Ressourcen." Zudem brächten weibliche Rekruten viele Vorteile mit: Sie seien im Durchschnitt höher motiviert, reifer und gebildeter.

"Sie sind überqualifiziert", behauptet Martin van Creveld, Militärhistoriker an der Hebräischen Universität von Jerusalem, und einer der schärfsten Kritiker des Kriegsdiensts von Frauen in Israel. "Sie langweilen sich in ihrem Job und ihre Motivation lässt nach." Er hält Frauen in der Armee für eine Verschwendung öffentlicher Gelder: "Die Hälfte der Frauen in der Armee sind Berater, obwohl sie niemals eine Kugel auf einen Feind abgeschossen haben. Was tragen sie zum Krieg bei?" Die Erfahrung der USA im Irak verdeutliche das: "Nur zwei Prozent der Gefallenen im Irak sind Frauen, trotzdem leiden zwei Mal mehr Frauen als Männer unter einem Posttraumatischen Stresssyndrom. Das schafft immense Probleme."

Dass der Kampfgeist der israelischen Armee erheblich nachgelassen habe, macht van Creveld an zwei Ursachen fest: "Es ist wenig ehrenvoll, gegen Schwächere zu kämpfen, wie Hisbollah oder Hamas. Das kann nur zwei Folgen

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

haben: Wir sind Idioten, wenn wir nicht genug, oder Verbrecher, wenn wir zu viele von ihnen töten. Ein Ergebnis ist stets unausweichlich: Eine staatliche Untersuchungskommission über vermeintliche Defizite der Kampfführung. So kann man Soldaten nicht motivieren." Der zweite Grund für die mangelnde Moral der Truppe sei die Präsenz von Frauen: "Männer wollen nicht an der Seite von Frauen kämpfen. Sie denken: Wenn eine Frau hier mitmacht, kann es keine Eliteeinheit sein. Das schadet dem Kampfgeist."

Obwohl angeblich viele Offiziere wie Creveld denken - das bestätigen selbst Befürworter der Frauenintegration wie Yaar - ist er einer der wenigen, die eine solch unpopuläre Meinung laut äußern. Das Militär-Establishment gibt inzwischen eindeutig eine andere Linie vor: "Van Creveld steht für veraltete Stereotype, die an Rassismus grenzen", findet Oberstleutnant a.D. Zeev Lerer, ehemaliger Leiter der Forschungsabteilung des Beraters für Frauenfragen im Generalstab und heute Soziologe an der Universität Tel Aviv. Mehr als 30 Jahre, nachdem Jitzchak Rabin eine Kommission einsetzte, deren Empfehlungen er dann nicht mehr umsetzen konnte, befand 2008 eine neue Kommission, "dass Frauen in jede Einheit integriert werden sollten, aber wirklich jede", erklärt Lerer. "Wir sollten unsere Rekruten aufgrund ihrer individuellen Fähigkeiten und nicht aufgrund ihres Geschlechts einteilen." Auch die 25-jährige Michal Jaakober, Kommandantin einer Hawk-Flugabwehrraketenbatterie, widerspricht Martin van Creveld: "Meine Soldaten haben überhaupt kein Problem damit, dass ich als Frau ihnen Befehle gebe. Soldaten treffen Soldatinnen vom ersten Tag an als Ausbilderinnen, Sanitäterinnen, Offiziere. Es ist in den IDF inzwischen selbstverständlich, Frauen in Kampfeinheiten zu sehen. Die Männer akzeptieren das, sobald sie sehen, dass Frauen genauso viel leisten müssen."

Vernünftige Nutzung begrenzter Ressourcen oder Verschwendung öffentlicher Gelder? In der israelischen Armee dienen Männer und Frauen gemeinsam, wie hier im "Caracal"-Bataillon

Tatsächlich ist die Motivation in gemischten Offizierskursen höher, fand Sasson-Levy in ihren Studien heraus. Oberst a.D. Itamar Yaar stellte fest, dass "sexuelle Spannungen in gemischten Kompanien das Konkurrenzdenken der Männer fördert. Sie bemühen sich mehr, sie wollen sich hervortun", glaubt Yaar. "Gleichzeitig erkennen wir in gemischten Kompanien besseres Teamwork, bei dem mehr und verschiedenere Ansichten zur Geltung kommen. Als Kommandant im Feld habe ich das zu schätzen gelernt", sagt Yaar, der unter anderem eine Panzerbrigade befehligte. "Zwischen Männern und Frauen herrscht ein Gefühl der Kameradschaft", bestätigt Hauptmann Jaakober. Seit 2003 werden Rekruten und Stabsoffiziere in gemischten Kursen ausgebildet, nur Spezialeinheiten und schwere Infanterie halten die Geschlechtertrennung aufrecht. Außer in den physischen Leistungen, in denen Männer eindeutig besser abschneiden, fand Sasson-Levy keine signifikanten Unterschiede in den Abschlussnoten von Männern und Frauen. "Die Unterschiede innerhalb der Gruppen waren größer als zwischen den Geschlechtern."

Sarai Aharoni sieht die Allgegenwärtigkeit von Frauen in den IDF als Ursache für eine Besonderheit der israelischen Armee: "Ohne Frage ist die israelische Besatzung für die Palästinenser schrecklich. Aber es fehlt eine Komponente, die bei Eroberungen und Besatzungen andernorts typisch ist: Israelische

In gemischten Kompanien herrscht besseres Teamwork, es kommen verschiedenere Ansichten zur Geltung Soldaten wenden keine sexuelle Gewalt gegen Palästinenserinnen an. Das könnte daran liegen, dass sie in ihren Einheiten ständig mit Frauen zu tun haben." Nicht nur gegen Feinde, auch gegen Soldatinnen gibt es weniger sexuelle Gewalt als in Israels Zivilgesellschaft: "Eine 18 Jahre alte Frau ist in den IDF besser aufgehoben als draußen", so

Oberstleutnant Tamir. Im Gegensatz zu anderen Armeen, in denen Frauen öfter von ihren Kameraden als von Gefechten traumatisiert werden, scheinen die IDF sexuelle Spannungen unter Kontrolle gebracht zu haben. Keine der Soldatinnen, die für diesen Artikel interviewt wurden, konnte sich an ein Beispiel sexueller Nötigung oder offenen Sexismus erinnern: "Im Gegenteil: Die Männer bringen uns inzwischen großen Respekt entgegen, vor allem nachdem sie sehen, wir sehr wir uns für die Einheit einsetzen", sagt die 21 Jahre alte Sarah Naor, Unterleutnant in einer "Multiple Launch Rocket System"-Batterie.

#### Zu kurz gedient, um Kariere zu machen

Trotz allen Fortschritts stellt die Integration von Frauen die IDF vor große Herausforderungen: "Man kann Frauen nicht einfach in bereits bestehende, überwiegend männliche Einheiten packen. Es bedarf besonderer Vorbereitung und Planung", so Lerer. "Die Integration von Frauen hat einen wirtschaftlichen Preis, weil man in Ausrüstung investieren muss, von kleineren Schuhgrößen für Kampfstiefel über andere Sitze in Panzern und Kampfflugzeugen bis zu Trainingsprogrammen, die der Physiologie der Frauen angepasst sind", meint Yaar.

Noch existiert in Israel aber eine Hürde, die solche Investition verhindert: Männer sind zu drei Jahren Wehrdienst verpflichtet, Frauen nur zu zwei. Zudem müssen sie danach meist keinen Reservedienst leisten. "Für eine Kampfeinheit, deren Soldaten fast ein Jahr ausgebildet werden, rentiert es sich nicht, Frauen aufzunehmen. Sie dienen zu kurz", sagt Yaar. Einheiten wie das Caracal Bataillon motivieren Frauen deshalb zu einem weiteren Jahr Wehrdienst. Das aber schafft neue Probleme: "Eine Frau ist anfangs sehr motiviert, zu solch einer Einheit zu kommen. Doch irgendwann sieht sie, dass der Alltag

aus aufreibender Routine besteht. Ein Mann ist gesetzlich verpflichtet, den Dienst zu leisten. Aber eine hoch qualifizierte Soldatin, die sich freiwillig gemeldet hat, denkt darüber nach, welche anderen Optionen ihr wohl zur Verfügung stünden. Deswegen scheiden viele Soldatinnen nach kurzer Zeit aus den Kampfeinheiten wieder aus." Auch in kleinen

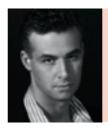
Man kann Männer und Frauen nicht tagelang gemeinsam in einem Panzer einsperren. Das geht schief

Eliteeinheiten und da, wo man auf engstem Raum lange Zeit zusammenarbeiten muss, wie in Panzern oder U-Booten, hätten sich gemischte Einheiten als problematisch erwiesen: "Man kann Frauen und Männer nicht tagelang gemeinsam in einem Panzer einsperren. Das geht schief", meint selbst Yaar, der Frauen in mehr Positionen innerhalb der IDF sehen will.

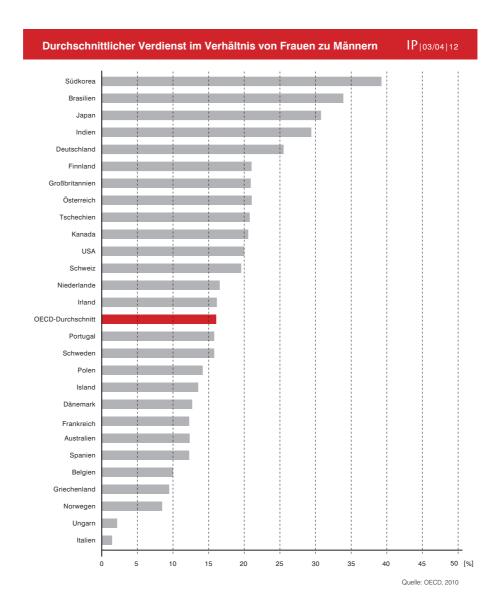
Dass nur drei Prozent der Rekrutinnen in Kampfeinheiten dienen und dass deren Wehrpflicht kürzer ausfällt, macht sich auch bei den Beförderungen bemerkbar: "Im Rang Hauptmann sind 24 Prozent Frauen, eine Stufe höher im Rang Oberstleutnant sind nur noch 12 Prozent weiblich, nur 4,4 Prozent der Obersten sind Frauen", sagt die Soziologin Sasson-Levy. Nur insgesamt drei Frauen haben den Rang eines Brigadegenerals erreicht. "Langfristig gibt es keine andere Alternative, als den Wehrdienst von Männern und Frauen anzugleichen", meint Yaar. Doch dem stehen politische Hindernisse im Weg. Eine Karriere in den IDF, in der oft wichtige Kontakte für die Zukunft geknüpft werden, öffnet auch im Zivilleben Tore. Deshalb strömen neuerdings verstärkt Siedler und Orthodoxe in Armee und Offiziersränge – aus denen sie die ja meist säkularen Frauen gerne verdrängen würden.

Dennoch scheint der Trend vorerst in Richtung mehr Integration zu weisen. "Vor allem in Einheiten, die auf High-Tech setzen und in denen physische Kraft nicht mehr entscheidend ist, spielen Frauen eine immer wichtigere Rolle", meint Tamir. Es bleibt dennoch unklar, welche Lehren andere Armeen aus Israels Erfahrungen ziehen können: "Das israelische Modell ist wohl einzigartig, weil nur wir für Frauen eine Wehrpflicht haben", sagt Tamir. Ein allgemeingültiges Prinzip meint Yaar jedoch erkennen zu können: "Wir müssen die Beschränkungen alter Stereotypen durchbrechen. Jeder Soldat sollte gemäß seiner individuellen Fähigkeiten eingesetzt werden, um eine maximale

Ausnutzung begrenzter Ressourcen sicherzustellen. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass grundsätzliche Unterschiede zwischen Mann und Frau bestehen bleiben und wir uns für eine gelungene Integration von Frauen besonders anstrengen müssen. Aber es lohnt sich."

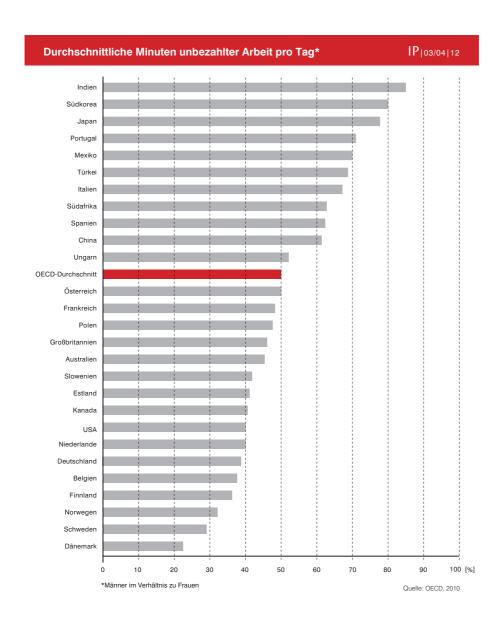


Dr. GIL YARON arbeitet als Journalist und Nahost-Experte für verschiedene deutsche Medien. Er lebt in Tel Aviv.



Frauen sind heute besser ausgebildet – die Anzahl weiblicher Studenten überwiegt in allen OECD-Ländern knapp die ihrer männlichen Kommilitonen, allerdings bleibt der Anteil von Absolventinnen in technischen Fächern gering (siehe Seite 33) – und sie nehmen in größerer Anzahl und länger am Arbeitsmarkt teil. Wesentliche "Gender Gaps", so die OECD Gender Initiative 2011 aber sind nicht überbrückt. In der Kategorie "durchschnittlicher Verdienst von Männern und Frauen" klafft die größte Lücke von über 30 Prozent in Japan und Brasilien (nach Stundenlohn). Der OECD-Durchschnitt liegt bei 16 Prozent. Deutschland schneidet mit über 25 Prozent weit schlechter ab. Nur in Italien und Ungarn sind kaum mehr Unterschiede im Verdienst zu bemerken.

26 IP⋅März/April 2012



In fast allen Ländern der Welt verdienen Frauen nicht nur weniger als Männer, sie haben auch den Löwenanteil unbezahlter Arbeit zu leisten (Haushalt, Kinderbetreuung, Betreuung anderer Familienmitglieder). In Indien und Südkorea beträgt die Kluft 80 bis 90 Prozent. In Deutschland liegt sie bei fast 40 Prozent (OECD-Durchschnitt ist 50 Prozent), in keinem Land ist die Kluft geschlossen. Bemerkenswert aber ist: In Ländern mit einem hohen Anteil weiblicher Berufstätiger leisten auch mehr Männer unbezahlte Arbeit. Werden Frauen für den Arbeitsmarkt aktiviert, trägt das laut OECD gerade in Krisenzeiten zu größerer finanzieller Sicherheit von Familien bei. Die Konsequenz aber ist klar: Dann müssen die Männer im Haushalt ran.

## Von Regeln und Role Models

Christine Lagarde über Quote, Qualität und die Schönheit der Vielfalt

Mit einem Frauenanteil von gerade mal einem Prozent auf den Führungspositionen scheint die Finanzwelt eine Bastion gegen die Emanzipation der Frauen zu sein. Mit welchen Folgen? IWF-Chefin Christine Lagarde spricht im Interview mit der *IP* über Schubladendenken, weibliches Wirtschaften und ihre eigene Vorbildfunktion.

**IP:** Frau Lagarde, Sie haben einmal gesagt, Sie wünschten, es gäbe mehr Frauen in der Finanzwelt. Was für einen Unterschied würde das machen?

Christine Lagarde: Ich glaube an Vielfalt, und ich glaube, dass Menschen ohne Vielfalt, ohne dass sie sich kritisch hinterfragen lassen müssen, dazu neigen, sich im Kreis zu drehen. Am Ende sorgt das für einen Tunnelblick, bei dem man keine Alternativen sieht und immer wieder auf die gleichen Lösungsmus-



ter zurückfällt. Vielfalt bringt Unterschiede mit sich, und damit neue Ansichten, neue Reflexionshintergründe, vielleicht auch neue kritische Ansätze. Sie bereichert das Denken und die Suche nach Lösungen. Und daher bin ich fest überzeugt davon, dass es in der Welt der Finanzen, die in so hohem Maße männlich dominiert ist, mehr Vielfalt geben sollte – und damit mehr Frauen, denn Vielfalt basiert auf Geschlechtervielfalt ebenso sehr wie auf regionaler Vielfalt oder Vielfalt in Sachen Erziehung und Bildung.

IP: Menschen zusammenzubringen, die unterschiedliche Haltungen und Ansichten haben, um einen breiteren Denkansatz zu bekommen – war das der Grund, warum Sie die Out-of-the-box-Treffen

Christine Lagarde ist seit Juli 2011 Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF). Zuvor war sie Finanzministerin in Frankreich. Sowohl beim IWF als auch in der französischen Regierung ist Lagarde die erste Frau auf der jeweiligen Position.

Dirk Enters

veranstalten, zu denen Sie Multiplikatoren aus den unterschiedlichsten Bereichen, aus Politik, Wirtschaft und Kultur einladen? Und ist das Schubladendenken in der Finanzwelt besonders stark ausgeprägt?

Lagarde: Ich glaube, dass die Menschen in jedem Arbeitssektor, der auf Vielfalt verzichtet, dazu tendieren, ins Schubladendenken zu verfallen, einfach, weil es praktischer ist – machen wir uns nichts vor. In der Finanzwelt herrscht ein ungleich höherer Zeitdruck als in anderen Branchen, und die Risiken sind weitaus größer. Das führt aber auch dazu, dass die Konsequenzen des Schubladendenkens noch verheerender sind.

**IP:** Was genau könnten Frauen dazu beitragen, aus diesem Schubladendenken herauszufinden? Vielleicht eine größere Sensibilität, was die Inkaufnahme von Risiken angeht?

Lagarde: Es zeigt sich in der Tat, dass Frauen dazu neigen, einen vorsichtigeren Ansatz etwa im Wertpapiergeschäft zu verfolgen. Ich halte mich in der Regel zurück, was diese Verallgemeinerungen angeht, denn man wird unter den Managern, die riskant spekulieren, auch Frauen finden...

IP: ... wo wir schon gerade von Vielfalt sprechen ...

Lagarde: Genau. Aber im Großen und Ganzen macht man häufig die Beobachtung, dass Frauen dazu neigen, ein bisschen vorsichtiger zu sein. Ich weiß nicht, ob das mit der Geschichte zu tun hat, mit der Tatsache, dass es die Aufgabe der Frauen war, sich um den "Nestbau" zu kümmern, aber es ist eine Tatsache.

**IP:** Also hätten wir die große Wirtschafts- und Finanzkrise verhindern können, wenn es die "Lehman Sisters" gegeben hätte?

Lagarde: Ich weiß, das habe ich gesagt. Wenn es mehr Lehman-Schwestern gegeben hätte und weniger Lehman-Brüder, dann wäre die Welt ein anderer Ort. Leider Gottes können wir die Geschichte nicht umschreiben. Wir sind da, wo wir sind. Ich bin in letzter Zeit viel gereist, und jedes Mal,

wenn ich reise, versuche ich, Unternehmerinnen zu treffen, Bankerinnen, Frauen, die in der Wirtschafts- und Finanzwelt eine Rolle spielen. Sie sind nach wie vor eine Minderheit, und das ist bedauerlich, denn sie könnten eine ganze Menge beitragen. Nehmen wir nur einmal das Thema Kredite: Frau-

"Hätte es mehr Lehman-Schwestern und weniger Lehman-Brüder gegeben, wäre die Welt ein anderer Ort"

en sind weitaus verlässlichere Rückerstatterinnen von Krediten als Männer. Ein weiterer guter Grund, sie stärker ins Wirtschaftsleben zu integrieren. Jede Institution, die irgendwo auf der Welt Mikrokredite vergibt, wird Ihnen bestätigen, dass Frauen die Kredite zu 80 bis 90 Prozent zurückerstatten. Männer kommen in dieser Hinsicht auf einen deutlich niedrigeren Prozentsatz.

**IP:** Sie sind eine große Verfechterin einer 30-Prozent-Quote für Frauen, zumindest in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen. Nun sagen ja viele: Wenn man eine bestimmte Quote festsetzt, verstößt man gegen die ungeschriebenen Ge-

setze des freien Marktes. Was spräche Ihrer Ansicht nach für eine Quote, und wie würden Sie sich ihre Einführung vorstellen, ohne dass man sich in die Märkte einmischt?

Lagarde: Ich bin eine entschiedene Anhängerin des freien Marktes, aber ich glaube, dass es durchaus zur, wenn Sie so wollen: Schönheit des freien Marktes beiträgt, wenn es Regeln gibt, die Exzesse und Missbrauch verhindern. Und wenn man dann feststellt, dass bei einer Bevölkerung, die zu 50 Prozent oder mehr aus Frauen besteht, der Anteil von Frauen auf den Führungspositionen der Finanzwelt einen so verschwindend geringen Prozentsatz ...

**IP**: ... ein Prozent ...

Lagarde: ... ja, ein Prozent ausmacht, dann könnte man das meiner Ansicht nach als Missbrauch des Marktes betrachten und daher als etwas, das behoben werden muss. Und wenn man – zeitweise – Quoten einführt, die dafür sorgen, dass der Markt wieder funktioniert, dann würde ich darin keinen Widerspruch zu meiner Haltung zum freien Markt sehen. Als ich jünger war, war ich – vielleicht wie heute Angela Merkel – der Ansicht, dass Frauen so etwas nicht bräuchten...

IP: Qualität, nicht Quote?

**Lagarde:** Ja, genau. Qualität versus Quote. Aber da habe ich meine Meinung im Laufe der Zeit geändert.

**IP:** Kommen wir doch noch einmal zurück zum Thema Mikrokredite. Sie haben gesagt, dass Frauen weit zuverlässiger sind, wenn es darum geht, Kredite zu bedienen. Wäre es da nicht sinnvoll, eine globale Initiative zu starten, um gerade Frauen in diesem Fall zu helfen – um sie als Kreditnehmer stärker in den Fokus zu rücken? Gäbe es da vielleicht eine Rolle für den IWF?

Lagarde: Es gibt ja eine ganze Reihe von Initiativen dieser Art. Michelle Bachelet ist quasi als Frauen-Botschafterin von den Vereinten Nationen dafür eingesetzt worden, alle diese Frauen-Initiativen zu lenken. Ich halte viel davon, dass die Beteiligten selbst die Initiative übernehmen. All die Männer

"Ein Prozent Frauenanteil auf den Führungspositionen in der Finanzwelt – auch das ist eine Art Marktmissbrauch" und Frauen, die für mehr Vielfalt eintreten, für bessere Chancen beider Geschlechter, auch über das Mittel von zeitweiligen Quoten – die werden letztlich den Unterschied ausmachen. Und daher sehe ich keinen Grund, in diesen Fragen mit meiner Meinung hinterm Berg zu halten. Das mag die Jungs zuweilen irritieren, aber dieser

Missstand muss nun einmal beseitigt werden. Wenn das geschafft ist, dann kann das Spiel losgehen. Dann heißt es: "Prima, lasst jeden nach seinen eigenen Fähigkeiten mitspielen." Aber solange wir diese riesige Diskrepanz haben, werden sich die bestehenden Role Models verdoppeln, vervielfältigen, verbreiten. Und wenn die Mentoren Männer sind und die Vorbilder auch, an wem sollen sich die jungen Mädchen orientieren?

IP: Welche Instrumente haben wir zur Verfügung, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben, von der sie sprechen? Indem man selbst als Frau eine Vorbildfunktion einnimmt oder eher, indem man innerhalb der eigenen Organisation bestimmte Regelungsmechanismen einführt, immer in der Hoffnung, dass andere sie übernehmen?

Lagarde: Ich glaube, das alles spielt eine Rolle. Schauen Sie einmal, was in den nordischen Ländern inzwischen passiert ist, wenn wir beispielsweise den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten in norwegischen Unternehmen betrachten. Oder schauen Sie in mein eigenes Land: Seit das Parlament die Gesetze verabschiedet hat, um den Frauenanteil in Stadträten zu vergrößern - und letztlich auch in den Staatskanzleien -, wandelt sich das Bild. Nicht in einem Rutsch, aber es wandelt sich. Doch dafür ist von allem etwas nötig: die richtigen Vorbilder, die richtigen Regeln,

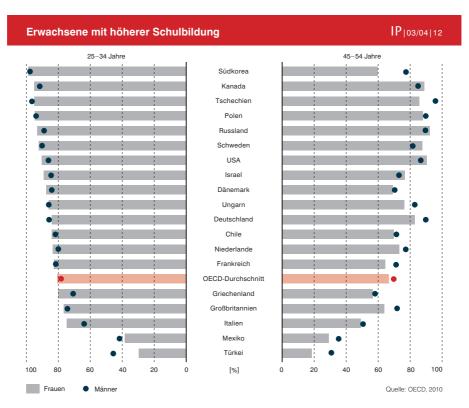
...Wenn Vorbilder und Mentoren Männer sind, an wem sollen sich die jungen Mädchen orientieren?"

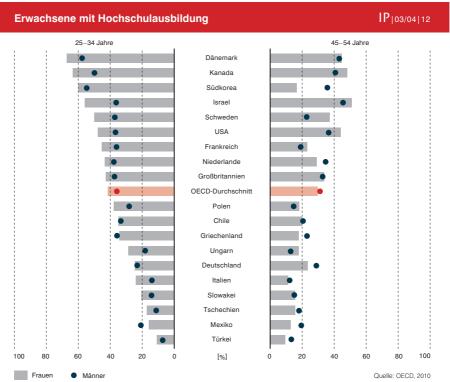
eine Kontrolle der Regeln, die Gewährleistung, dass sie eingeführt werden und wirklich alle einschließen. Denn ich bin überzeugt, dass es nicht nur die Frauen sind, die den Weg hin zu einer größeren Geschlechter-Gleichheit unterstützen, es sind die Frauen und Männer. Und letztlich werden wir alle davon profitieren.

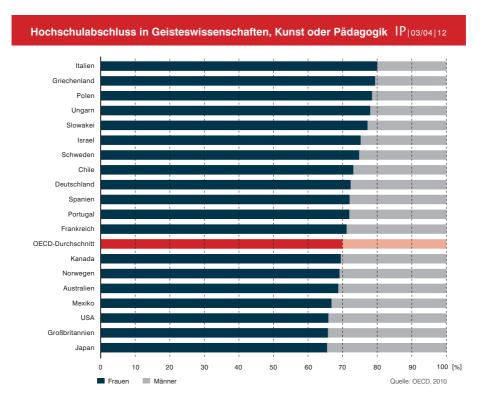
**IP**: Wie wichtig ist Ihre persönliche Rolle dabei, als erste Frau an der Spitze des Internationalen Währungsfonds?

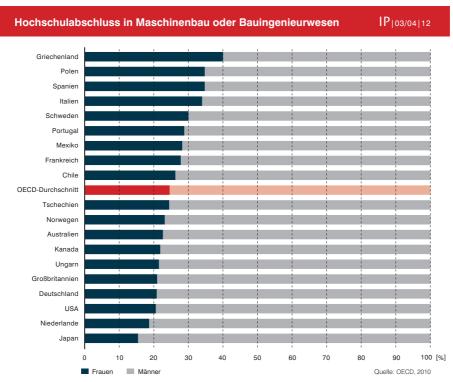
Lagarde: Nun, ich habe in der Tat von anderen gehört, dass ich da eines der wenigen Vorbilder oder Role Models bin. Das gibt mir eine zusätzliche Verantwortung zu versuchen, meine Arbeit gut zu erledigen und mir keine unnötige Zurückhaltung dabei aufzuerlegen, dafür zu werben, wovon wir gerade gesprochen haben.

Das Interview führten Henning Hoff, Joachim Staron und Sylke Tempel









## Vielfalt, die sich auszahlt

Warum wir es uns nicht leisten können. Frauen ökonomisch auszuschließen

Katharina Lotter | Wenn es um Frauenfragen geht, wird es meist ideologisch – und die Rollen scheinen verteilt. Reden wir darüber, aber nicht politisch korrekt und nicht emotional. Sondern so, wie wir auch andere Sachfragen behandeln sollten – nüchtern. Denn die kühle, ökonomische Betrachtung hat einen entscheidenden Vorteil: Sie rechnet sich am Ende für alle.

Frauen dürfen nicht arbeiten. Sie dürfen nicht reisen. Sie dürfen keine Ehe schließen, keinen Reisepass beantragen, kein Bankkonto eröffnen. Sie dürfen nicht zur Schule gehen, nicht Auto fahren und sich nicht in ärztliche Behandlung begeben.

All dies und vieles mehr dürfen Frauen auch heute, im Jahr 2012, nicht. Es sei denn, ihr Ehemann oder ihr männlicher Vormund gestattet es ihnen und die Gesetze im Land lassen es zu. Oder aber sie hatten Glück und wurden an einem Ort und, viel wichtiger noch, in eine Kultur hineingeboren, in der es auf das Einverständnis des Ehemanns, Vaters, Onkels, Bruders oder Sohnes nicht ankommt.

Die Liste solcher Menschenrechtsverletzungen ist unendlich lang. Diskriminierung hat viele Gesichter und jedes von ihnen sagt: Du bist anders und deshalb nichts wert. Du musst tun, was ich dir sage. Gleichheit? Freiheit? Nicht für dich, Schätzchen.

Das vorneweg: Wer ernsthaft über den Faktor Frau nachdenkt, kommt an der brutalen Realität vieler Frauen weltweit nicht vorbei. Und das tut weh, in zweierlei Hinsicht. Denn die Schilderungen von Freiheitsberaubungen, Sexualverbrechen, Genitalverstümmelungen und Ehrenmorden lassen uns, wenn wir uns ihnen aussetzen, nicht nur tief betroffen und fassungslos zurück.

Sie werfen auch ein anderes Licht auf so manche Diskussion, die wir gleichzeitig in Deutschland führen – über das berühmte Binnen-I, mit dem "AutorInnen" gleichermaßen Frauen und Männer meinen, über verordnete Gleichstellung durch den Staat statt Ebenbürtigkeit, über das Recht auf eine angemessene Anzahl von Mutter-Kind-Parkplätzen vor Supermärkten.

34 IP⋅März/April 2012

#### Emmeline, Geraldine und Rosie the Riveter

Wenn man nicht einmal hundert Jahre zurückgeht in der Geschichte der Frauenbewegung, dann stellt man fest: Die wichtigsten politischen Rechte wurden den Frauen in Europa zwischen 1918 und 1919 zugesprochen, also gegen und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Das ist kein Zufall. Europa war damals weitestgehend industrialisiert, und das hatte Auswirkungen auf die Art der Kriegsführung. Der Bedarf an Soldaten war schier unermesslich, der Erste Weltkrieg forderte insgesamt fast zehn Millionen nichtzivile Todesopfer und ließ etwa 20 Millionen Soldaten verwundet zurück. Zuhause in den Fabriken herrschte ein chronischer Arbeitskräftemangel; der erhöhte Bedarf an Arbeitern in der Kriegsindustrie verschärfte die Situation zusätzlich.

Emmeline Pankhurst, die gemeinsam mit anderen Frauen in Großbritannien bereits seit 1903 unter großem persönlichen Einsatz für politische Mitbestimmung und das Frauenwahlrecht gekämpft hatte, ließ sich 1914 auf einen Deal mit der britischen Regierung ein: Ihre inhaftierten Mitstreiterinnen wurden freigelassen, im Gegenzug versprach sie die Unterstützung der Frauen für Großbritanniens Kriegsvorhaben. "Männer müssen kämpfen, Frauen müssen arbeiten!", lautete die neue Parole der Suffragetten.

"Männer müssen kämpfen, Frauen müssen arbeiten!", lautete die neue Parole der Suffragetten

35

Frauen packten überall an, ganz egal wie hart, schmutzig und anstrengend die Arbeit auch sein mochte. Als der Krieg vorbei war, zogen sie sich mitnichten wieder ins Privatleben zurück. Sie hatten gezeigt, dass ohne selbständige und selbstbestimmte Frauen kein Staat zu machen ist. Nur wenig später, während des Zweiten Weltkriegs, wurde das erneut deutlich.

Heute kennt jeder das Westinghouse-Poster aus dem Jahr 1942 von J. Howard Miller, auf dem eine junge Arbeiterin mit erhobener Faust und dem Slogan "We Can Do It!" zu sehen ist. Inspiration für den Künstler war ein Foto der damals 17-jährigen Geraldine Hoff, später verheiratete Doyle, die 1942 bei Westinghouse in Michigan an der Metallpresse stand und von einem United Press-Fotografen abgelichtet worden war.

Miller zeichnete das berühmte Plakat nicht, um mehr Frauen für seinen Auftraggeber Westinghouse anzuwerben, sondern um die dort malochenden Arbeiterinnen bei der Stange zu halten. Nichtsdestotrotz wurde es in den späten achtziger Jahren zu einen Sinnbild für Frauenpower. Es trägt seitdem den Beinamen Rosie the Riveter und nimmt damit Bezug auf ein Lied aus dem Jahr 1942 über jenen weitverbreiteten Typus Frau, der in den USA während des Zweiten Weltkriegs in der Waffenindustrie gearbeitet hatte.

Heute sind Frauen in der so genannten Ersten Welt zumindest formal gleichberechtigt, die FeministInnen mehrerer Generationen haben dafür gesorgt, dass viele der Einschränkungen, die bis dato noch in zahlreichen anderen Ländern gelten, bei uns der Vergangenheit angehören. Sie mussten sehr viel Geduld aufbringen, die Mühlen der Veränderung mahlen langsam. Erst seit 1977 beispielsweise können Ehemänner in der Bundesrepublik nicht

mehr die Jobs ihrer Frauen kündigen, wenn sie der Meinung sind, dass ihre Gattin zu Hause besser aufgehoben sei.

Aber wo sind sie denn, all die Frauen mit Führungspositionen in der Politik, in der Wirtschaft, beim Militär, in Forschung und Technik? Noch immer sind sie so unterrepräsentiert, dass es nicht wenige sogar für nötig halten, den Staat zu Hilfe zu rufen. Für eine Frauenquote mag man sich begeistern. Doch wichtiger ist die Frage, was die Gesellschaft davon hätte.

#### Vermeintlich weiblich

Was bringt es, mehr Frauen Führungsverantwortung zu geben, sie stärker in die Politik, in die Wirtschaft und in die Wissenschaft zu integrieren? Was, kühl gefragt, ist der konkrete Nutzen?

Darüber wird viel geredet und meistens klingt das dann so: Frauen sind allgemein harmoniebedürftiger, offener für andere und deshalb in Konfliktsituationen die besseren Vermittler. Sie stellen ihre eigenen Interessen zurück, wenn es der

Frauen: harmoniebedürftiger, verantwortungsbewusster, fleißiger? Auch das ist eine Form der Diskriminierung

gemeinsamen Sache dient, außerdem sind sie fleißiger und besser ausgebildet. Ihr Zeitmanagement ist effizienter, sie sind kreativer, verantwortungsbewusster und gehen weniger unnötige Risiken ein. Manchmal muss man sie zu ihrem Glück ein bisschen zwingen, aber das lohnt sich in der Regel, und später sind sie selbst oft am meisten überrascht, dass sie

genauso erfolgreich sein können wie Männer. Spätestens dann werden sie zu einem leuchtenden Vorbild für junge Frauen und unterstützen ihre Geschlechtsgenossinnen mehr, als jeder Mann es jemals könnte.

Aber stimmt das denn überhaupt? Die Aufzählung solcher vermeintlich weiblicher Eigenschaften ließe sich unendlich fortsetzen. Wer sie in die Welt setzt, könnte genauso gut behaupten, dass Männer nicht zuhören und Frauen nicht einparken können. Der Zweck heiligt die Mittel eben nicht: Solche Argumente beleidigen Frauen wie Männer in ihrer Individualität gleichermaßen. Sie sind kaum einen Deut weniger sexistisch oder diskriminierend als die Sprüche jener Zeitgenossen, die durchsetzungsfähige Frauen als "unweiblich" diskreditieren und den Frisuren ihrer Mitarbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit zollen als dem, was sich dahinter verbirgt.

Dass da der Funke bei Entscheidungsträgern nicht überspringt, liegt nicht nur an der – zweifellos vorhandenen – arroganten Verbohrtheit jener alten Männer in den Vorstandsetagen dieses Landes. Und das Versprechen, ein Unternehmen würde mit mehr Frauen schöner und bunter, mag vielleicht jemanden interessieren, der das Image seines Unternehmens neu aufpolieren will – echte Veränderung verlangt aber mehr.

Man kann zwar den Standpunkt vertreten, dass die Gleichberechtigung der Frau schon deshalb unumgänglich sei, weil Gleichheit an sich ein hohes zivilisatorisches Gut und ein hilfreiches Instrument auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt ist. Doch die Gleichheitsdebatte erweist sich als ein Fass ohne Boden. Für die einen bedeutet sie die Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von Geschlecht, Alter, Nationalität, Aussehen, religiösem Bekenntnis. Für

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

andere ist Gleichheit ein Synonym für identische Besitzverhältnisse, nicht für gleiche Chancen, aber für gleiche Ergebnisse. Gleichheit kann eine Gleichbehandlung aller meinen, die keine Rücksicht mehr auf individuelle Dispositionen nimmt. Gleichheit ist noch lange nicht gerecht. Sie ist aber ein unvermeidlicher rhetorischer Begleiter der Tyrannei.

#### **Pragmatischer Tabubruch**

Es war die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton, die in einer Rede im September 2011 anlässlich des ersten Asia-Pacific Economic Cooperation's (APEC) Women and Economy Summit in San Francisco einen pragmatischen Tabubruch beging. Frauenrechte zu fördern, so sagte Clinton sinngemäß, sei natürlich eine noble Sache. Ihr persönlich sei es eine Herzensangelegenheit, Frauen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und Ebenbürtigkeit zu schaffen. Aber das Ziel sei doch eigentlich ein ganz anderes, ein wesentlich gewagteres, eines, das über die Frauenfrage weit hinausgehe: "Die große Herausforderung in diesem noch so jungen 21. Jahrhundert ist es, Wachstum zu schaffen und Wohlstand zu gewährleisten – für alle Nationen und alle Völker. Wir wollen jedem einzelnen unserer Bürger, Männern und Frauen, Jungen und Alten, bessere Möglichkeiten bieten, Arbeit zu finden, Geld zu sparen und auszugeben, nach ihrer ganz persönlichen Vorstellung von Glück zu streben und ihre von Gott gegebenen Talente gebührend auszuleben."

Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, erklärte sie, Frauen aus der Wertschöpfungskette auszuschließen. Die Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben zu ermöglichen oder auszuweiten, ihre Effizienz und Produktivität zu erhöhen, hätte gewaltige positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum unserer Wirtschaft.

Die Kluft zwischen entwickelten Ländern, Entwick-lungs- und Schwellenländern würde kleiner, wenn jeder die Chance hätte, am globalen Wirtschaftsleben teilzunehmen: Unternehmerin im Dorf Dowtia in der Nähe von Dhaka/Bangladesch

IP · März/April 2012

Clinton bezog sich in ihrer Argumentation unter anderem auf einen Artikel des *Economist*, der zum Ergebnis gekommen war, dass die Einbindung von Frauen in die Ökonomien der entwickelten Länder in den vergangenen zehn Jahren mehr zum globalen Wachstum beigetragen habe als die gesamte Volksre-

Wenn man die Hürden für höhere Frauenbeschäftigung abbaute, könnte man das BIP signifikant steigern publik China. Laut einer Studie von Goldman Sachs könnte Amerikas Bruttoinlandsprodukt um 9 Prozent, das der Euro-Zone um 13 Prozent und das von Japan um 16 Prozent erhöht werden, wenn es gelänge, die Hürden für eine effizientere und höhere Frauenbeschäftigung abzubauen.

Ebenso groß wäre der Effekt für Länder wie die Volksrepublik China, Russland, Indonesien, die Philippinen, Vietnam und Korea mit jeweils geschätzten 14 Prozent mehr bis zum Jahr 2020. Die Kluft zwischen entwickelten Ländern, Entwicklungs- und Schwellenländern würde kleiner, wenn jeder die Chance hätte, am globalen Wirtschaftsleben teilzunehmen.

Effizienz, Produktivitätssteigerungen, Wachstum – das klingt nüchtern, kalt, herzlos. Es klingt nach Ausbeutung. Nach allem. Nur nicht nach Freiheit.

Das Gegenteil ist richtig: Freiheit braucht Entwicklung – und Entwicklung ist nur ein anderes Wort für Wachstum. Wirklich frei ist nur, wer auch wirtschaftlich unabhängig ist. Nur wer keinen Mangel leidet, nur wer seine Bedürfnisse aus eigener Kraft erfüllen kann, ohne auf Almosen, Subventionen oder Steuergeschenke angewiesen zu sein, ist nicht käuflich und damit weitaus weniger anfällig, sein Schicksal in die Hand von "Wohltätern" zu legen, seine Freiheit gegen etwas mehr "gefühlte" Sicherheit einzutauschen.

Diese Freiheit bedeutet übrigens auch Freihandel zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer, eine andere Visa-Politik und insgesamt eine Öffnung Europas – Besitzstandswahrung hat in diesen Szenarien keinen Platz mehr. Freiheit braucht immer eine offene Gesellschaft – und die ist undenkbar ohne eine offene Welt.

#### Das Beste aus allen Welten

Frauen sind immer auch Konsumenten. Je mehr Geld sie zur Verfügung haben, desto mehr können sie ausgeben – für ihre Familien, ihre Freunde, für sich selbst. Frauen, die nichts besitzen oder nichts kaufen dürfen, fallen als Konsumenten naturgemäß aus. Frauen sind deshalb vielerorts noch unterschätzte Märkte, die es zu erschließen gilt.

Es liegt im ureigenen Interesse von Unternehmen weltweit, dass noch viel mehr Frauen ihr eigenes Geld verdienen und frei darüber entscheiden, Unternehmen gründen, anderen Menschen Arbeit und damit eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft verschaffen. Dafür müssen Frauen handlungsfähig sein, auch gegenüber Behörden und auch ohne einen Mann an ihrer Seite. Ihre Kinder müssen versorgt sein, während sie ihrer Arbeit nachgehen. Sie müssen gesund und leistungsfähig sein, sie brauchen einen Zugang zu Bildung und Wissen und die Möglichkeit, sich jederzeit frei und ohne Angst zu bewegen.

Wer erkannt hat, dass es allen wirtschaftlich besser gehen könnte, wenn mehr Menschen und damit eben auch mehr Frauen besser, produktiver und

### Bild nur in Printausgabe verfügbar

effizienter am Wirtschaftsleben teilnähmen, der weiß auch, dass damit zwangsläufig Gleichberechtigung geschaffen und sich das Leben von Frauen deutlich verbessern würde. Denn sie hätten plötzlich einen Wert.

Und während es in den Entwicklungs- und Schwellenländern noch – und auch noch für einige Zeit – darum geht, den Wandel von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft vollständig zu bewerkstelligen, stehen die westlichen Wohlstandsländer vor einer nicht minder großen Herausforderung, bei der Frauen vielleicht mehr denn je gebraucht werden: Das Zeitalter der Industrie und damit der totalen Austauschbarkeit von Arbeitskräften ist vorbei. Massenproduktion findet längst anderswo günstiger statt. Heute verdienen wir unser Geld mit Wissen und Ideen, mit der Entwicklung, aber nicht mehr mit der Herstellung von Produkten.

Die Wissensgesellschaft hat die Industriegesellschaft in Deutschland deshalb längst abgelöst. Die Kultur hinkt leider noch hinterher. Dabei können wir nur erfolgreich sein und unseren hohen Lebensstandard halten, wenn wir verstanden haben, dass Wissen unser wichtigster Rohstoff und gleichzeitig eine höchst individuelle Angelegenheit ist. Am Fließband war es egal, wer gerade Schicht hatte – Hauptsache, es war überhaupt jemand da.

Kopfarbeit unterliegt jedoch anderen Gesetzen, denn Menschen haben unterschiedliche Talente und unterschiedliche Fähigkeiten. Weil wir das Zeitalter der anonymen Massenproduktion hinter uns gelassen haben und weil Konsumenten eine immer individuellere, kleinteiligere Produktpalette und Betreuung einfordern, können Unternehmen heute ihren Kunden nur dann gerecht werden, wenn sie auf Vielfalt setzen – und für jeden Topf einen optimal passenden Deckel parat haben. Unterschiede zählen.

Die Mühlen der Veränderung mahlen langsam: eine Frau (Australiens Premierministerin Julia Gillard) und viele Männer beim Gipfel des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) auf Hawaii, November 2011

IP · März/April 2012 39

#### Die Stunde der Frauen

Und da schlägt die große Stunde der Frauen. Denn einen Job bekommt in der Wissensgesellschaft derjenige, der am besten "passt", der den optimalen Mix aus persönlichem Wissen, den richtigen Talenten, Erfahrungen, Fähigkeiten und Ideen mitbringt. Der Einzelne ist in der Wissensgesellschaft mehr wert.

Der Einzelne ist in der Wissensgesellschaft mehr wert – das steht hinter dem Schlagwort "Diversity" Diese nüchterne ökonomische Einsicht ist das, was hinter dem Schlagwort "Diversity" steht, und dementsprechend gehen erfolgreiche Unternehmen auch stärker auf die ganz persönlichen Bedürfnisse ihrer Mitarbeiter ein. Mit dem Geschlecht der Mitarbeiter hat das nichts zu tun. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -orte hilft bei der bes-

seren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist machbar, sobald Unternehmen und Gesellschaft auf den Beitrag von Frauen nicht mehr verzichten wollen und können.

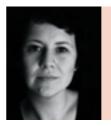
Frauen sind nicht die besseren Männer. Frauen sind auch nicht "anders" – Menschen sind "anders", und gerade deshalb wertvoll. In einem Land, in dem formal betrachtet Gleichberechtigung möglich ist, geht es nicht um von oben verordnete Gleichstellung, sondern um die Entwicklung einer neuen, gemeinsamen Kultur, in der alle sich aufeinander zu bewegen, miteinander in Diskurs treten und gemeinsam zu denken lernen.

Dieses neue Denken ist getrieben von der Frage, wie wir mit der Vielfalt und der neuen Komplexität umgehen. Versuchen wir, sie zu reduzieren? Halten wir Sonntagsreden, in denen wir Vielfalt beschwören und es dabei belassen? Oder erkennen wir an, dass Vielfalt manchmal ganz schön anstrengend sein kann – und trotzdem kein Weg daran vorbeiführt?

Unterschiede sind unsere Stärke, weil wir damit mehr Menschen erreichen. Das politische, wirtschaftliche und kreative Potenzial der gesamten Menschheit zu nutzen ist nicht nur intelligent, sondern pure Notwendigkeit, wenn wir diese Welt zu einem besseren Ort machen wollen.

Deshalb ist es falsch, bei der Betrachtung des Faktors Frau der Gleichheit

mehr Raum zu geben als der Freiheit, der Vielfalt und dem Nutzen. Es sind diese drei Begriffe, die weltweit verstanden werden und die unabhängig von kulturellen und moralischen Vorstellungen sind. Das macht die kühle, ökonomische Betrachtung so charmant: Sie zahlt sich für alle aus.



KATHARINA LOTTER arbeitet als freie Journalistin u.a. für die *Financial Times Deutschland* und *brand eins*.

#### Leseliste

Vereinte Nationen Resolutionen 1325 und 1820 (sowie 1888 und 1889)

Die am 31. Oktober 2000 verabschiedete UN-Resolution 1325 sowie die Nachfolgeresolution 1820 vom Juni 2008 haben erstmalig eindeutige rechtliche und politische Vorgaben zum Schutz von Frauen nach internationalem Recht geschaffen. So wird eine Mitsprache bei Prävention in friedens- und sicherheitspolitischen Bereichen garantiert. Die Resolutionen 1888 und 1889 knüpfen an die ersten beiden an und konkretisieren einzelne Aspekte.

**Vereinte Nationen** Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik India – Report on the State of Women in Urban Local Government

Die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik der Vereinten Nationen stellt mit dem Report einen Überblick zur Situation indischer Frauen bereit und hier vor allem zu den wegweisenden Erfahrungen einer gezielt geförderten Integration von Frauen in indische Kommunalverwaltungen.

**Gender Project OECD** Report on the Gender Initiative: Gender Equality in Education, Employment and Entrepreneurship

Die Gender Initiative der OECD ist ein Projekt, das sich in den Kategorien Bildung, Beschäftigung sowie Besetzung leitender Führungskräfte für die Gleichberechtigung einsetzt.

Weltwirtschaftsforum The Global Gender Gap Report 2011

Der jährlich veröffentlichte Bericht des Weltwirtschaftsforums beleuchtet seit 2006 in 135 Ländern die Gleichstellung von Frauen und Männern. Untersucht werden die Bereiche Gesundheit, Bildung, politische und wirtschaftliche Beteiligung.

Vereinigte Staaten von Amerika United States National Action Plan on Women, Peace, and Security

Der im Dezember 2011 per "executive order" von US-Präsident Barack Obama verabschiedete Action Plan zielt darauf ab, Frauen wesentlich intensiver in die Prävention von Krisen sowie die Befriedung bestehender Konflikte einzubinden. Der Action Plan entstand in enger Kooperation zwischen dem amerikanischen Verteidigungsministerium und dem US State Department und soll in Zusammenarbeit mit anderen Agenturen wie USAID auch von beiden Ministerien umgesetzt werden.

Vereinigte Staaten von Amerika Frauenförderung als Teil der US-Außenpolitik

Frauenförderung ist kluge Politik, lautet das Credo der amerikanischen Außenministerin Hillary Rodham Clinton – und damit auch integraler Bestandteil ihres Konzepts der "Smart Power". Zu diesem Thema hielt Clinton wegweisende Reden, darunter zwei Reden während des APEC-Wirtschaftsgipfels der Frauen in San Francisco (http://www.state.gov/secretary/rm/2011/09/172605.htm und http://www.state.gov/secretary/rm/2011/09/172647.htm) und eine Rede an der Georgetown Universität zum Thema "Frauen, Frieden und Sicherheit" (http://www.state.gov/secretary/rm/2011/12/179173.htm).

#### Women in International Security

1987 in Washington D.C. gegründet ist Women in International Security (WIIS) mit mehr als 7000 Mitgliedern in 47 Ländern das einzige globale Netzwerk, das sich der aktiven Förderung von Frauen im Bereich "Sicherheit und Frieden" widmet. Seit 2003 existiert auch ein deutsches Pendant (www.wiis.de). Der überparteiliche und gemeinnützige Verein macht Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik sichtbar, schafft Netzwerke und hilft beim Informationsaustausch.

Elisabeth Rehn, Ellen Johnson Sirleaf Woman, War, Peace: The Independent's Assessment in the Impact of Armed Conflict on Women and Women's Role in Peace-Building. (Progress on the World's Women 2002, Vol. 1) http://hdrnet.org/549/

IP · März/April 2012



# Blick nach Osten

Amerika rüstet sich für das "pazifische Jahrhundert". Im indo-pazifischen Raum werde sich die Zukunft entscheiden, glaubt man in Washington. Doch verfolgt die US-Regierung damit den richtigen Ansatz im Umgang mit dem aufstrebenden China? Und wie positioniert sich Indien?

### Gestaltungsmacht China

Mit Kooperation statt Konfrontation zur Ko-Evolution

Eberhard Sandschneider | An China führt kein Weg mehr vorbei, wenn es um die Lösung globaler Probleme geht. Doch statt von einem pazifischen Jahrhundert zu philosophieren, ist es an der Zeit, den Wandel hin zu einer multipolaren Weltordnung anzuerkennen. Mit Flexibilität und Pragmatismus können dann die Machtverschiebungen erfolgreich gemanagt werden.

Das Jahr des Drachen hat begonnen. In China gilt der Drache als freundliches Wesen, das Kraft, Erfolg und Reichtum bringt. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an ein Jahr, das den Menschen in China nicht zuletzt eine neue politische Führung bescheren wird. Aber auch die internationale Rolle Chinas wird mit besonderen Erwartungen verbunden. Kann China mithelfen, die Finanzprobleme westlicher Schuldenstaaten, insbesondere in der Euro-Zone, zu lösen? Wird China seinen Kurs wachsenden Selbstbewusstseins angesichts beträchtlicher wirtschaftlicher und sozialer Probleme im Inneren fortsetzen können? Chinas Führung muss ihren Stabilitätskurs in einem nach wie vor hochgradig von Unsicherheiten geprägten Umfeld steuern und gleichzeitig seinen wachsenden internationalen Einfluss erfolgreich managen.

Dabei stellt sich chinesischen wie westlichen Eliten gleichermaßen eine schwierige Aufgabe: Die Turbulenzen der Weltpolitik machen es nicht einfach, den Überblick oder vielleicht auch nur ein Mindestmaß an Ruhe und Gelassenheit zu bewahren. Die Zweifler haben Konjunktur. Krisenbeschwörung, Kurzatmigkeit und manchmal schon blanke Verzweiflung dominieren die Debatten um die Zukunft nicht nur des Euro, sondern des ganzen westlichen Wirtschafts- und Politikmodells.

Hoffnung kommt absurderweise auch an dieser Stelle von China. Es sei noch zu früh, die USA jetzt schon abzuschreiben, sagt der für Außenpolitik zuständige chinesische Staatsrat Dai Bingguo mit einem breiten Lächeln im Gesicht. Es komme darauf an, wie jedes einzelne Land nach eigenen Maßstäben erfolgreich den Weg aus der Krise finde. Da spricht ein kommunistischer Führungskader dem kapitalistischen Westen Mut zu – und weiß genau, dass das kapitalistische Finanzsystem auf Unterstützung durch das kommunistische China angewiesen ist.

#### Fragile Multipolarität

Derweil schwankt Europa bei der Debatte um die künftige Rolle Chinas immer noch in schöner Regelmäßigkeit zwischen nackter Angst und schierer Begeisterung. Beide Gefühlswallungen taugen aber nicht, um eine Strategie des pragmatischen und sinnvollen Umgangs mit einem unverkennbaren Aufsteiger in der Weltpolitik entwickeln zu können. Halten wir zunächst fest, dass an einer einfachen Einsicht kein Weg vorbeiführt: Der Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer ist ein normaler und legitimer Prozess. Es ist normal, dass Nationen, die sich über Jahrzehnte kontinuierlich wirtschaftlich entwickeln und mit zweistelligen Wachstumsraten aufwarten, irgendwann in die Lage kommen, die ökonomische auch in politische und militärische Macht zu übersetzen.

Bricht deshalb gleich ein "pazifisches Jahrhundert" aus? Selbst wenn es noch so oft von asiatischen Eliten beschworen und in verunsicherten westlichen Debatten befürchtet wird. lautet die Antwort: Nein! China braucht keine Hinweise auf die Bedeutung des Pazifiks, um sein Gewicht in der Weltpolitik zu untermauern. Die Realitäten sprechen für sich, und alle Akteure der Region haben sich längst darauf eingestellt. Die USA waren immer eine pazifische Macht, nicht nur geografisch, sondern auch politisch und vor allem militärisch. Vom Zweiten Weltkrieg über den Koreaund Vietnam-Krieg bis zu den strategischen Partnerschaften mit Japan, Südkorea und Taiwan ist die pazifische Präsenz der USA bestens belegt.

Was irritiert, ist wohl nur die Frage, wie man mit dem Aufstieg Chinas umgehen muss. Und auch diese Frage gewinnt ihre eigentliche Brisanz nur aus der Tatsache, dass es sich eben um ein kommunistisches Land handelt, das mit anderen Wertvorstel-

lungen und politischen Ordnungsprinzipien seine globale Machtstellung ausbaut. Das mag politischen

Das kommunistische Land baut mit anderen Wertvorstellungen seine globale Machtposition aus

Eliten im Westen verständlicherweise nicht immer gefallen, aber China ist längst dabei, zu einer globalen Gestaltungsmacht zu werden, an der weder ökonomisch noch politisch ein Weg vorbeiführt, wenn es um die Lösung globaler Probleme geht.

Statt von einem pazifischen Jahrhundert - immer mit dem schalen Beigeschmack des Verlusts transatlantischer Bedeutung - zu philosophieren, wäre es an der Zeit, den Wandel der Weltordnung zu einer multipolaren Ordnung anzuerkennen. Das eigentliche Problem dieses Wandels besteht allerdings nicht in einer machtpolitischen Interessenverschiebung der USA oder einem Machtzuwachs Chinas und anderer Schwellenländer, sondern in der Tatsache, dass diese multipolare Ordnung von Polen gebildet wird, die alle für sich genommen beachtliche politische und ökonomische Instabilitäten aufweisen.

Das 21. Jahrhundert wird kein ausschließlich pazifisches sein, sondern eines, das von fragiler Multipolarität (im Übrigen mit geringen pazifistischen Tendenzen) geprägt sein wird. Wer diese Fragilität im Sinne der Erhaltung von Frieden und Wohlstand erfolgreich managen will, muss bereit sein, von traditionellen Denkmustern und machtpolitischen Kategorien, die

auch 20 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch immer durch strategische Debatten im transatlantischen Kontext geistern, Abschied zu nehmen. Ganz offensichtlich fällt das den Eliten in den USA und Europa deutlich schwerer als den Vertretern aufsteigender Mächte.

#### Neues Selbstbewusstsein

Es ist also wenig verwunderlich, dass Chinesen insbesondere seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise vor Kraft scheinbar kaum laufen können. In strategischen Debatten verweisen sie mit wachsendem Nachdruck auf die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse. Dass diese Verschiebungen eine Stärkung der Position Chinas nach sich ziehen, müssen sie gar nicht mehr ausdrücklich betonen. Das ist allen, auch ihren europäischen Gesprächspartnern, klar.

Wer in den vergangenen Jahren öfter mal Gelegenheit hatte, mit chinesischen Delegationen in Berlin zusammenzutreffen, konnte eine beeindruckende Erfahrung machen. Vor den Olympischen Spielen 2008 kamen

Verschiebung der Macht: von "den deutschen Freunden lernen" bis zu "Europa muss das Lernen lernen" diese Delegationen immer mit der einleitend verkündeten Absicht, von "den deutschen Freunden lernen

zu wollen". Nach diesen Wettkämpfen bestanden chinesische Delegationen darauf, "auf gleicher Augenhöhe behandelt zu werden". Und seit den heftigen Debatten um Chinas Auftritt auf der Frankfurter Buchmesse 2009 verbietet man sich "Belehrungen in Sachen Demokratie". Mittlerweile gehen chinesische Politiker sogar noch einen Schritt weiter: "Europa

muss das Lernen lernen", forderte im Frühjahr 2011 die stellvertretende Außenministerin Fu Ying und untermauerte so den Anspruch ihres Landes, als gleichberechtigter Partner von Wertedebatten, Menschenrechtskritik und Belehrungen jeglicher Art verschont zu werden. Und auch die deutsche Kanzlerin, die im Februar 2012 mit ganz anderen Sorgen nach China reiste, scheint in der Menschenrechtsfrage auf Samtpfoten zu schleichen, um weder ihre chinesischen Partner noch ihre heimische Klientel zu verprellen.

#### Spiele mit Begriffen

Wenn Chinesen die Regeln internationaler Zusammenarbeit diskutieren, beziehen sie sich bevorzugt auf die Dinge, die sie vom Westen erwarten. Fairness, Offenheit, Konvergenz und ähnliche Begriffe spielen eine Rolle, wenn es darum geht, den Westen in Sicherheit zu wiegen. Wenn sie über die Prinzipien internationaler Politik sprechen, fallen Begriffe, die Europäern ausgesprochen angenehm in den Ohren klingen: Interessengemeinschaften werden ebenso beschworen wie "harmonische" Zusammenarbeit mit dem Ziel "Win-win-Situationen" zu schaffen, um gemeinsam globale Probleme zu lösen. Das klingt alles toll. Aber wenn Chinesen von "winwin" reden, wird schnell klar, dass sie etwas ganz anderes darunter verstehen als ihre westlichen Gesprächspartner. Dies gilt für Unternehmer genauso wie für Diplomaten, Wissenschaftler oder Journalisten.

Ein distanzierter Beobachter bekommt sehr schnell das Gefühl, dass diese Begriffe nur für eine Übergangszeit taugen und gezielt eingesetzt wer-

### Bild nur in Printausgabe verfügbar

den, um den globalen Diskurs mit wohlklingenden Konzepten zu bespielen, die immer dann wieder ihre Gültigkeit verlieren, wenn China glaubt, die machtpolitischen Voraussetzungen erreicht zu haben, um auf solche symbolischen Sprachverrenkungen verzichten zu können.

Zheng Bijian, einer der gegenwärtig einflussreichsten Vordenker Chinas, hat es zum Unmut seiner Parteiführung demonstriert. In einem Artikel in Foreign Affairs aus dem Jahr 1995 hatte er kaum den "friedlichen Aufstieg" Chinas beschworen, als er auch schon zurückgepfiffen wurde. Aufstieg war der chinesischen Führung zu stark. Das könnte westliche Gegenreaktionen auslösen. Also hat man abgeschwächt und wollte offiziell nur von der "friedlichen Entwicklung" Chinas sprechen. Das klingt nicht nur besser, es scheint auch prächtig zu funktionieren.

Wenn westliche Sinologen aus den Tiefen ihrer geistes- und kulturwissenschaftlichen Quellen schöpfen, um ihre staunenden Zuhörer und Leser über die semantischen Hintergründe der Debatte um Harmonie im konfuzianischen Denken aufzuklären. müssten in Peking eigentlich die Sektkorken knallen - wenn dieses zutiefst westliche Bild an dieser Stelle erlaubt ist. Wir haben einen fatalen Hang, den wohlklingenden Formulierungen unserer chinesischen Freunde ein ums andere Mal intellektuell auf den Leim zu gehen. Daraus entsteht allerdings auch eine praktische Erwartungshaltung, die zu Forderungen an Chinas internationales Verhalten führt, die nicht immer den Realitäten entsprechen.

#### Machtstreben und Regelsetzung

Die Erwartung, China möge sich als "responsible stakeholder", als verantwortlicher Teilhaber, in der internationalen Politik verhalten, wie sie der heutige Weltbankpräsident Robert Zoellick im Januar 2006 in einer viel Wer Frieden und Wohlstand erhalten will, muss sich von traditionellen Denkmustern und machtpolitischen Kategorien verabschieden: die Präsidenten Barack Obama und Hu Jintao beim G-20-Gipfel in Cannes, November 2011

IP · März/April 2012 47

zitierten Rede zum Ausdruck gebracht hat, kann sich leicht als Rohrkrepierer erweisen. Die Regierung in Peking nimmt aus ihrer Sicht schon heute eine solche Verantwortungsposition ein, aber die Definition von Verantwortung ist natürlich eine, die chinesischen Interessen und nicht westlichen Erwartungen folgt.

Eigentlich geht es unseren chinesischen Partnern am Ende nur um eines: um Macht im internationalen System, um ihre relative Verteilung und um den Anteil, den China sich sichern kann. Das Denken in Kategorien von Machtgleichgewichten ist

Der Westen betrachtet China immer noch nicht als selbstverständlich gleichberechtigten Partner den chinesischen Eliten bestens vertraut. Überlegungen zur "Balance of power" gehören zum Standardre-

pertoire jeder außenpolitischen Grundsatzrede. Die große Furcht besteht in "Counter-balancing", also in Maßnahmen, die von anderen Mächten, allen voran den USA, ergriffen werden, um China in seinem Aufstieg und seiner Machtausdehnung zu behindern.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass jede strategische Debatte mit China von einem tief sitzenden gegenseitigen Misstrauen geprägt ist. Grundlage dieser Verwerfung ist eine nahezu perfekt funktionierende sich selbst erfüllende Prophezeiung: Im Westen neigt man zu der Annahme, China werde sich machtpolitisch in Zukunft genau so verhalten, wie wir es selbst in der Vergangenheit getan haben. Und Chinesen sind getrieben von der Sorge, dass der Westen sich letztlich so verhalten werde, wie er es immer getan hat, und seine Vorteile

auf Kosten Chinas sichern würde. Oft genug unterstellen chinesische Eliten dabei dem Westen. China ausschließlich die Motive und Interessen zuzubilligen, die der Westen mit seinem Kolonialismus und Imperialismus zur Anwendung gebracht hat. Zu Recht mahnt deshalb der deutsche Botschafter in China, Michael Schäfer, es brauche mehr als alles andere ein Minimum an Vertrauen zwischen China und dem Westen, um sicherzustellen. dass Auf- und Abstiege nicht zu höchst unerfreulichen machtpolitischen Rivalitäten, am Ende gar zu offenen Konflikten führen.

Von einer solchen Vertrauensbildung kann in den derzeitigen Beziehungen zu China nur in allerersten Ansätzen die Rede sein. Westliche Regierungen sind immer noch meilenweit davon entfernt, China als selbstverständlich gleichberechtigten Partner in den internationalen Beziehungen zu betrachten. Unsere chinesischen Partner registrieren das und stellen sich in ihrem Verhalten entsprechend auf Interessendurchsetzung und eigene Nutzenmaximierung ein. Diese Ziele verfolgen sie mit demselben gnadenlosen Pragmatismus, mit dem sie seit drei Jahrzehnten ihren wirtschaftlichen Aufschwung gemanagt haben.

Der Grundkonflikt in Debatten mit Chinesen wird wohl auf absehbare Zeit unverändert weiterbestehen, auch wenn er immer wieder durch verbale Freundlichkeiten überlagert wird. China geht es darum, vom Westen nicht machtpolitisch unter Druck gesetzt, vielleicht sogar eingedämmt zu werden. Der Westen will verhindern, dass China in wachsendem Maße eine globale Regelsetzung vor-

antreibt, die weder unseren Interessen noch unseren Werten entspricht.

#### Der Westen unter Druck

Europäer sind in diesem Kontext nur noch begrenzt ernst genommene Sparringspartner. Chinas Interessen gegenüber Europa sind glasklar: Technologieimporte, Handelsbeziehungen, ein stabiler Euro, aber keine Belehrungen und infolgedessen auch keine gemeinsame Außenpolitik, die diesen Namen verdienen würde, weil aus chinesischer Sicht das Prinzip von "teile und herrsche" zu prächtig funktioniert. Alles in allem freundliches Schulterklopfen, aber auch das Selbstbewusstsein, den Europäern für Unterstützungsmaßnahmen des Euro politische Bedingungen zu formulieren, die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus, bevor er 2016 als Konsequenz des WTO-Beitritts ohnehin erteilt werden muss, und nicht zuletzt die Aufhebung des Waffenembargos. All das sind Politikelemente, die Chinas Interessen am meisten dienen.

Die Europäer haben es nur einmal wieder nicht gemerkt. Ganz anders sieht das Bild aus, wenn man die USA und ihr Verhältnis zu China in den Blick nimmt. In der Perspektive amerikanischer Sicherheitspolitik China längst zum nächsten militärischen Gegner avanciert. In Papieren des Pentagon wird dies als schlichte Tatsache festgestellt. Chinas Eliten registrieren diese strategische Feindbildung sehr genau und stellen sich in ihren eigenen Debatten darauf ein, mit den USA in einen offenen strategischen Wettbewerb treten zu müssen. Noch klingen entsprechende Äußerungen in Peking sehr verhalten, weil aus chinesischer Sicht die Voraussetzungen für eine klarere Konfrontation längst noch nicht geschaffen sind. Aber in der Asymmetrie der chinesischen Rüstungsanstrengungen, die auf den Ausbau vor allem der U-Boot-Flotte, aber auch auf Cyberwar-Kapazitäten und weltraumgestützte Waffensysteme gerichtet sind, zeigt sich das Ziel, die amerikanischen Streitkräfte im Westpazifik maximaler Verwundbarkeit auszusetzen.

Also muss man sich wohl fragen, ob der Aufstieg Chinas zwangsläufig zur machtpolitischen Katastrophe für den Westen wird. Die Antwort lautet: keineswegs. Wenn der Westen machtpolitische Einbußen hinzunehmen

hat, ist das zunächst nicht die Schuld Chinas, sondern das Ergebnis eigener politischer Überheb-

Peking formuliert auch politische Bedingungen für seine Unterstützungsmaßnahmen des Euro

lichkeit, Überdehnung und gelegentlich auch ausgemachter Dummheit im Umgang mit neuen Herausforderungen. Dass diese Herausforderungen immer komplexer werden, kann nur sehr begrenzt als Ausrede für das eigene Unvermögen gelten.

Außerdem darf man bei einer etwas gelasseneren Betrachtung getrost annehmen, dass auch in China – wie zuvor in Japan oder den kommunistischen Ökonomien der späten fünfziger Jahre – die Bäume nicht schnurstracks in den Himmel wachsen werden. Wer heute einen realistischen Blick auf China wirft, wird sehr schnell feststellen, dass die Erfolge des Landes in den vergangenen 30 Jahren schnell verblassen in Anbetracht der Probleme, die in den nächsten fünf Jahren bewältigt werden müssen. Wenn der Westen in diesem

Sinne lernt, sein angestammtes Denken in machtpolitischen Nullsummenspielen aufzugeben, wäre Platz genug für alle.

Das gilt natürlich auch umgekehrt: China testet immer wieder seine außenpolitische Machtposition, gibt aber auch nach, wenn es erkennen muss, dass die eigene Politik zu konfrontativen und damit suboptimalen

Konfrontatives Verhalten ist bei vielen politischen und wirtschaftlichen Interessenkonflikten zu beobachten Ergebnissen führt. Dabei sendet das Land durchaus irritierende Signale nicht nur an seine Nachbarstaaten.

sondern auch an seine globalen Partner, allen voran die USA. Der seit Jahren zu beobachtende kontinuierliche Anstieg des chinesischen Verteidigungsbudgets, eine Reihe von Zwischenfällen im Südchinesischen Meer (insbesondere mit den Philippinen und Vietnam) oder die harsche diplomatische Reaktion gegen Japan nach der Kollision eines chinesischen Fischerboots mit zwei Schiffen der japanischen Küstenwache bei den Senkaku-Inseln lassen Befürchtungen verständlich erscheinen, China wolle hier zunehmend aggressive Außenpolitik betreiben.

Konfrontative Verhaltensweisen werden China – und durchaus zu Recht – in einer ganzen Reihe von politischen und wirtschaftlichen Interessenkonflikten nachgesagt. Der Umgang mit dem Iran und Nordkorea, aber auch die Unterstützung Myanmars und Chinas Verhalten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (zuletzt anlässlich der gescheiterten Syrien-Resolution) scheinen die machtpolitischen Auswirkungen eines beträchtlich gewachsenen chinesi-

schen Selbstbewusstseins in der praktischen Politik zu belegen.

Auf der anderen Seite versteht China es immer wieder, der wachsenden Konfliktbereitschaft Signale der Entspannung folgen zu lassen. Mit den ASEAN-Staaten etwa sollen kooperative Konfliktlösungsmuster im Südchinesischen Meer verhandelt werden. Und auch die USA und Europa finden in Fragen der Stabilisierung ihrer angeschlagenen Wirtschaften in China zwar einen selbstbewussten, aber auch einen kooperationsbereiten Partner. Für die tatsächliche Annahme einer aggressiveren chinesischen Außenpolitik gibt es jenseits der Interpretation von Einzelereignissen bislang kaum Anhaltspunkte. Wohl aber kann man der chinesischen Regierung unterstellen, dass sie genauso pragmatisch an die Umsetzung ihrer außenpolitischen Ziele herangeht, wie sie es seit dreieinhalb Jahrzehnten erfolgreich im Management ihrer Innenpolitik tut.

#### Es geht um Ko-Evolution

Chinas Politik strebt nach etwas, was der Westen nur langsam begreift und nur dank seiner machtpolitischen Erschöpfung zu lernen bereit ist: das Prinzip der Ko-Evolution.

Die Kernbereiche einer solchen Politik der Ko-Evolution könnte man wie folgt beschreiben: Kooperation statt Konfrontation, Kompromisse statt Eindämmung, Regeln verhandeln anstatt sie einseitig durchzusetzen, Vertrauen langfristig aufbauen anstatt Wertelektionen zu erteilen und schließlich China als gleichberechtigten Partner akzeptieren anstatt überkommene Gefühle westlicher Überlegenheit zu zelebrieren.

Wir werden nicht umhinkommen, Prozesse wie den Aufstieg Chinas, aber auch anderer Schwellenländer. als normal anzuerkennen und auf Alarmismus jeder Art und schon gar auf Endzeitbeschwörungen zum Untergang des Abendlands im Stile Oswald Spenglers zu verzichten. Gut beraten wären westliche Regierungen, wenn sie im Umgang mit China auf Feindbilder verzichten und stattdessen alles tun, was ihre Fähigkeiten steigert, Probleme zu lösen. Das verlangt nach mehr Pragmatismus (durchaus im chinesischen Sinne) und nach viel weniger visionären, aber unrealistischen Wertebezügen, an denen gemessen jede Wirklichkeit grau und düster aussieht. Es geht also um etwas anderes als Untergangsängste und Verlustphantasien. Es geht um "kreative Zerstörung" und nicht um destruktive Beständigkeit.

Im Streben nach "Grand Designs", nach Masterplänen und gerade von Wissenschaftlern gerne angemahnten Gesamtstrategien steckt der Keim des Scheiterns und, wenn man so will, des Untergangs, weil zementierte Zukunftsvorstellungen das wesentliche Prinzip beschädigen, das Gesellschaften beherzigen müssen, wenn sie in Zeiten rasanten Wandels ihre Fähigkeit zur Selbstbehauptung bewahren wollen. Von dem sprichwörtlichen chinesischen Pragmatismus könnte der Westen also viel lernen. In der

Bereitschaft zu Ko-Evolution und der Fähigkeit zur schnellen Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen liegt der Schlüssel des Geheimnisses für machtpolitische Behauptung im ewigen Auf und Ab der globalen Machtverschiebungen. Beide zusammen machen das aus, was man als Stehauf-

männchen-Prinzip oder als "Resilience" bezeichnet. Wer über diese Form der Flexibilität verfügt, wird

Der Westen sollte mehr Pragmatismus zeigen und auf unrealistische Wertebezüge verzichten

langfristig erfolgreicher mit den Irrungen und Wirrungen der Geschichte und den Risiken fragiler Multipolarität umgehen können als Ideologen, die immer schon "wussten", was richtig und falsch war, und am Ende selbst zu Fußnoten der Geschichte wurden.

In dem Verzicht auf Belehrung, der Bereitschaft zu Kompromissen und dem gleichzeitigen selbstbewussten Umgang mit eigenen Werten und Interessen liegt der Schlüssel des Erfolgs im Umgang mit einer ihrerseits immer selbstbewusster auftretenden Gestaltungsmacht China.



Prof. Dr. EBERHARD SANDSCHNEIDER ist Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

51

# "Das 'pazifische Jahrhundert' ist so etwas wie ein Codewort"

Interview mit dem Auslandsreporter Robert D. Kaplan

Für Washington steht fest: Dem indo-pazifischen Raum gehört die Zukunft. Im *IP*-Interview erläutert der amerikanische Journalist Robert D. Kaplan, was die Region so bedeutungsvoll macht, warum die Vereinigten Staaten ihre außenpolitischen Prioritäten immer mehr in Asien sehen und welche Rolle die vorherrschenden Mächte China und Indien spielen.

IP: Herr Kaplan, Hillary Clinton hat jüngst das "pazifische Jahrhundert" ausgerufen: Spricht sie da von dem richtigen Ozean?

Robert D. Kaplan: Ja, das tut sie. Das "pazifische Jahrhundert" ist so etwas wie ein Codewort. In Wirklichkeit handelt es sich um den Indo-Pazifik, also um das Gebiet zwischen Indien und Japan. Den Begriff "Indo-Pazifik" würde allerdings niemand verstehen. Man könnte auch sagen, es ist eine Verlagerung weg vom Nahen und Mittleren Osten.

IP: Warum ist der Indische Ozean oder der Indo-Pazifik so wichtig?

Kaplan: Der Indische Ozean ist die wichtigste Energieautobahn der Welt, über die das Erdöl und das Erdgas des Mittleren Ostens zu den Hunderten Millionen Konsumenten in Ostasien transportiert wird, die nach dem Status einer Mittelschicht streben. Der Indische Ozean verbindet den Mittleren Osten mit Asien. Der

Indo-Pazifik ist das maritime Ordnungsprinzip Eurasiens.

IP: Welche strategischen Folgen hat diese Verlagerung?

Kaplan: Nun, ich glaube, im Moment ist der Schwenk in Richtung Asien noch mehr ein Bestreben als eine tatsächliche Entwicklung, da Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten die Eigenschaft haben, einen immer wieder einzuholen. Das sieht man beispielsweise daran, dass diese Woche ein weiterer amerikanischer Flugzeugträger in den Persischen Golf entsandt wurde. Die Rede vom "pazifischen Jahrhundert" dient jedoch auch als Rückversicherung für die asiatischen Verbündeten, offizielle wie Japan und Südkorea sowie inoffizielle wie Vietnam, Malaysia und natürlich Indien. Die Botschaft für sie lautet: Trotz gekürzter Rüstungsausgaben wird es in der Region auch weiterhin eine gleichwertige Militärpräsenz der USA geben.

IP: Wie wird das amerikanische Engagement in der Region aufgenommen? Kaplan: Die Vereinigten Staaten sind in Asien schon immer beliebter gewesen als im Nahen Osten oder in Europa. Vergessen Sie nicht, dass George W. Bush in Indien als ein großartiger Präsident gilt, dem man die nun engeren amerikanisch-indischen Beziehungen verdankt. Die Vereinigten Staaten haben dort also kein Imageproblem. In Südasien spielt eher ein anderes Problem eine Rolle: die Angst vor dem Machtverlust der USA. Die asiatischen Partner fürchten. Amerika könnte sich zurückziehen, und sie wären dann China ausgeliefert, ihrem größten Handelspartner, der direkt nebenan wohnt.

IP: Sie haben außerdem von einem "New Great Game" in der Region geschrieben…

Kaplan: ... das zwischen Indien und China ausgetragen wird, die sich in einem heftigen Konkurrenzkampf um Einfluss in Ländern wie Sri Lanka, Bangladesch oder Nepal befinden. Es hat etwas von "wie du mir, so ich dir": Die Chinesen bauen einen Hochseehafen in Gwadar in Pakistan, also bauen die Inder Hochseehäfen entlang ihrer Ostküste. Manche Länder sind sehr geschickt darin, beide Seiten gegeneinander auszuspielen. Bangladesch hat es geschafft, in beachtlichem Maße sowohl chinesische als auch indische Entwicklungshilfen zu beziehen, Birma auch.

IP: Spielen die USA auch eine Rolle in diesem "New Great Game"?

Kaplan: Die amerikanischen Interessen stimmen mit denen der Inder völlig überein. Die bloße Existenz Indiens ist ein strategischer Glücksfall für die USA. Allein der Platz, den die Inder auf der Landkarte einnehmen, beschert Indien eine Schlüsselrolle. Vor der jüngsten Annäherung zwischen Washington und Rangun waren es beispielsweise auch die Inder, die die amerikanischen Interessen in Birma vertreten haben.

IP: Wie wichtig ist der Faktor "Furcht vor China"?

Kaplan: Aus amerikanischer Perspektive betrachtet ist "Furcht" nicht das richtige Wort. Der Aufstieg Chinas ist normal und legitim. China ist kein "Schurkenstaat" wie der Iran, der die Existenz anderer bedroht. In vielerlei Hinsicht ähnelt Chinas Aufschwung dem der Vereinigten Staaten nach Ende des Bürgerkriegs 1865. Das Problem ist nur, dass neue Großmächte das System internationaler Beziehungen durcheinander bringen



Robert D. Kaplan, einer der renommiertesten amerikanischen Auslandsreporter, ist Korrespondent von Atlantic Monthly und Fellow am Center for a New American Security. 2010 erschien sein Buch "Monsoon: The Indian Ocean and the Future of American Power".

können. Es sollte also vor allem darum gehen, das aufstrebende China friedlich in das internationale Sys-

"Da die EU keine richtige Militärmacht ist, ist ihre machtpolitische Rolle in der Region sehr begrenzt" tem zu integrieren. Einige Länder in der Region, insbesondere die unmittelbaren Nachbarn, fürchten je-

doch Chinas Aufstieg. Sie haben Angst vor einer "Finnlandisierung", also einem Szenario, in dem die Chinesen eine Vetomacht über die Außen- und Sicherheitspolitik ihrer Nachbarstaaten erlangen.

**IP**: Spielt Europa eine Rolle in diesen Entwicklungen?

Kaplan: Vergessen Sie nicht, dass Europa Chinas größter Handelspartner ist. Europa spielt also eine wichtige Rolle, jedoch nur in wirtschaftlicher

Hinsicht. Da die EU keine richtige Militärmacht ist, ist ihre machtpolitische Rolle in der Region sehr begrenzt. Man sollte sich auch ins Gedächtnis rufen, dass die Amerikaner schon nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 einen Schwenk Richtung Osten geplant hatten. Doch dann marschierte 1990 Saddam Hussein in Kuwait ein, und die USA verbrachten die nächsten zwölf Jahre damit, die Flugverbotszone über dem Irak zu überwachen. Es folgten der "11. September" und die Kriege in Afghanistan und dem Irak, die nun langsam zum Ende kommen. Nun wird also ein neuer Versuch gestartet. Europa sollte darüber nicht beunruhigt sein, das ist eine natürliche Entwicklung.

Die Fragen stellte Henning Hoff

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

### Hoffen und Bangen in Neu-Delhi

Freude mit Vorbehalten: Indien und Amerikas pazifische Wende

Priya Shankar | Euphorischen Einschätzungen zum Trotz: Indiens Priorität bleibt die innere wirtschaftliche Entwicklung. In deren Dienst stehen auch die Außen- und Sicherheitspolitik. Von Amerikas stärkerem Engagement im indo-pazifischen Raum erhofft sich Neu-Dehli vor allem Stabilität, sorgt sich aber über dessen Implikationen – vor allem mit Blick auf China.

Man kann eine Region anhand ihrer geografischen Umrisse definieren. Noch wichtiger ist es, sie als "imagined community", als "vorgestellte Gemeinschaft" zu begreifen, die von gemeinsamen Werten und Ideen zusammengehalten wird.¹ Regionen sind konstruierte politische Einheiten, die sich beständig weiterentwickeln. Die asiatisch-pazifische Region erlebt gerade einen Schlüsselmoment ihrer Entwicklung. Es ist ein Prozess, bei dem für Indien einiges auf dem Spiel steht und in dem das Land eine herausragende Rolle einnimmt.

"Die Zukunft wird in Südostasien entschieden", erklärte US-Außenministerin Hillary Clinton Ende 2011.² Viele Kommentatoren sahen in diesem Richtungswechsel einen historischen Wendepunkt in der Geschichte der außenpolitischen Strategie der Vereinigten Staaten. Wie bewertet Indien diesen Schritt? Wie sieht Indien die asiatisch-pazifische Region und seine eigene Rolle? Um diese Fragen zu beantworten, muss man eine Reihe von Aspekten berücksichtigen, die den indischen Blick auf Asien geprägt haben: historische Erfahrungen, politische Prioritäten, die Look East-Initiative und die politische Debatte im Land. So wird deutlich, warum der amerikanische Vorstoß in Indien willkommen ist, aber auch Ängste hervorruft.

#### Die Geschichte Indiens in Asien

Um den indischen Blickwinkel zu verstehen, muss man sich die historischen Entwicklungen und kulturelle Verflechtung in der Region ansehen. Historische Erfahrungen haben das

55

IP · März/April 2012

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Benedict Anderson hat das Konzept der "imagined communities" in seinen Studien zum Nationalismus entwickelt: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, Verso 1991; Amitav Acharya hat das Konzept auf Regionalstudien angewandt: The Quest for Identity. International Relations of South-East Asia, Oxford 2000.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hillary Rodham Clinton: Amerikas pazifisches Jahrhundert, IP, Januar/Februar 2012, S. 62-69.

"Asien-Gefühl" der Inder in zweierlei Hinsicht geprägt: Erstens umschloss aus indischer Sicht "Asien" stets den gesamten Kontinent, nicht nur den südöstlichen Teil. Und zweitens steht das Land wegen seiner kolonialen Erfahrung jeder Einmischung von außen traditionell skeptisch gegenüber.

Der Buddhismus entstand im 6. Jahrhundert vor Christus in Indien und breitete sich von dort nach Südostasien, China und Japan aus. Faxian (4. Jahrhundert n. Chr.) und Xuanzang (7. Jahrhundert n. Chr.) waren chinesische Pilgermönche, die

An der Schnittstelle der Zivilisationen: Indien sieht sich traditionell als Bindeglied zwischen West- und Ostasien ihrerseits nach Indien reisten und von ihren Begegnungen eindrucksvoll Zeugnis ablegten. Judaismus,

Christentum und Islam entstanden in Westasien und verbreiteten sich innerhalb ihrer ersten tausend Jahre auch in Indien.

Die Seidenstraße erleichterte Austausch und Handel, nicht nur innerhalb Asiens, sondern auch mit dem Mittelmeerraum und Teilen Nordund Ostafrikas. Diese Vorgeschichte ist wichtig, zeigt sie doch, dass es trotz der Unterschiede zwischen den asiatischen Zivilisationen und Reichen eine Vielzahl von Verbindungen zwischen ihnen gab. Indien lag an der Schnittstelle verschiedener zivilisatorischer Traditionen. Das Land sieht sich deshalb traditionell als Bindeglied zwischen West- und Ostasien.

Die Kolonialisierung veränderte die Dynamik in Asien, und die intraregionalen Verbindungen – etwa der Opiumhandel – wurden fortan von den europäischen Kolonialmächten geformt und gesteuert. Mitte des

20. Jahrhunderts herrschten in Indien und ganz Asien große Hoffnungen, dass das Ende der Kolonialzeit eine neue Ära panasiatischer Solidarität einläuten würde. Kurz vor Indiens Unabhängigkeit 1947 fand in Neu-Delhi die Asian Relations Conference statt, an der Delegierte aus China, dem Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, Indonesien, Vietnam, der Türkei, Korea, der Mongolei, Thailand, Malaysia, den Philippinen, Zentralasien, Australien und Neuseeland teilnahmen. Auf dieser Konferenz urteilte Jawaharlal Nehru: "Eine der Konsequenzen der europäischen Herrschaft über Asien war die Isolation der asiatischen Länder voneinander." Indien war auch Mitinitiator der Bandung-Konferenz, die 1955 in Indonesien stattfand und 29 asiatische und afrikanische Länder zusammenbrachte. "Bandung" sollte eine asiatische Dynamik entfalten und eine Ära enger Zusammenarbeit einleiten, doch eine Reihe von Faktoren, darunter die Geopolitik des Kalten Krieges, verhinderten, dass sich diese hochfliegenden Hoffnungen erfüllten. Nicht nur die Erfahrung des Kolonialismus, sondern auch die Ära des Kalten Krieges haben Indien gelehrt, äußerer Einmischung in asiatische Belange skeptisch gegenüberzustehen.

#### Prioritäten und Interessen

Indiens Prioritäten in der Wirtschaftsund Sicherheitspolitik prägen die Haltung des Landes gegenüber Asien. Viel wurde zuletzt über Indien als aufstrebende Schwellenmacht geschrieben. Die Größe und Vielfalt des Landes, sein rapides Wirtschaftswachstum und seine Rolle als eine der ältesten Demokratien unter den Entwicklungsländern haben ihm eine Sonderstellung eingebracht. Dennoch bleibt die innere Entwicklung Hauptfokus des Landes. Das internationale Engagement Indiens ist weitgehend getrieben von seinen innenpolitischen und ökonomischen Interessen. Auch wenn die indische Wirtschaft rasant wächst: Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt nicht mehr als 1527 Dollar im Jahr. Damit rangiert Indien laut Internationalem Währungsfonds weltweit auf Platz 135.

Indien steht vor enormen gesellschaftlichen Herausforderungen: Armut, schwache Infrastruktur, niedriges Bildungsniveau, mangelhafte Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, unzureichender Zugang zu Strom, Wasser und Sanitäreinrichtungen. Das Land hat folglich das Wirtschaftswachstum zur obersten Priorität erklärt, um hunderte Millionen von der Armut zu befreien. Indien hat erkannt, dass Handel das Potenzial hat, für Wohlstand und Wachstum zu sorgen, und es versucht, ein faires, regelbasiertes Handels- und Investitionssystem zu errichten. Indien benötigt Energie, um das Wachstum auf hohem Niveau zu halten. Es braucht Öl und Gas, das es von seinen unmittelbaren Nachbarn und aus der ganzen Welt bezieht. Indien treibt aber auch Innovationen und technische Kooperation bei erneuerbaren Energien voran.

Wachstum und Wohlstand erfordern ein friedliches und sicheres regionales und globales Umfeld. In der Sicherheitspolitik sieht Indien daher seine Prioritäten im Kampf gegen den Terrorismus, in der Verhinderung nuklearer Weiterverbreitung und in der

maritimen Sicherheit. Viele der größten Sicherheitsbedrohungen des Landes, wie der Terrorismus, haben ihren Ursprung in der unmittelbaren Nachbarschaft. Zugleich sind oder waren sie mit regionalen und globalen Netzwerken wie dem von A. Q. Khan verbunden, dem "Vater der pakistanischen Atombombe". An Khans Netzwerk waren wohl

mehrere asiatische Länder beteiligt.<sup>2</sup> Die Gefahr, die von ihnen ausgeht, ist groß, vor Indiens wirtschaftliche und sicherheitspolitische Prioritäten verlangen nach einem stabilen Umfeld

allem, wenn waffenfähiges Material in die falschen Hände gerät. Auch die maritime Sicherheit und der Kampf gegen die Piraterie sind für Indien von zentraler Bedeutung. In den Gewässern um den Subkontinent herum liegt die einheimische Erdöl- und Erdgasproduktion, und ein Großteil des indischen Handels und der Energieversorgung wird über diese Seewege abgewickelt.

Indiens wirtschaftliche und sicherheitspolitische Prioritäten verlangen nach einem stabilen und kooperativen Umfeld in Asien. Deshalb begrüßt Indien die Hinwendung der Vereinigten Staaten nach Asien und ist überzeugt, dass dieser Schritt die regionale Ordnung stärken wird. Doch es herrscht auch Unsicherheit, welche Folgen die neue amerikanische Strategie haben könnte.

#### Look-East-Politik

Die Hinwendung nach Osten ist nicht neu. Schon 1992 initiierte Premierminister Narasimha Rao die Look-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe Gordon Corera: Shopping for bombs. Nuclear proliferation, global insecurity and the rise and fall of the A. Q. Khan network, New York 2006.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Spannungen und Vorbehalte zwischen Indien und China sind geblieben: Indiens Premier Manmohan Singh und der chinesische Präsident Hu Jintao beim Gipfeltreffen der BRIC-Staaten im südchinesischen Sanya, April 2011 East-Politik. Sie wurde von den nachfolgenden Regierungen weitergeführt und ist heute ein Grundpfeiler der indischen Außenpolitik. Der amtierende Regierungschef, Manmohan Singh, drückte es auf dem ASEAN Business Advisory Council Leaders Dialogue 2005 in Kuala Lumpur so aus: "Die Look-East-Initiative ist mehr als auswärtige Wirtschaftspolitik. Sie ist auch eine strategische Verschiebung, was den indischen Blick auf die Welt und den Platz Indiens in der Weltwirtschaft angeht."

Mit "Look East" will Indien die Zusammenarbeit und Integration mit Asien insgesamt und insbesondere seinen östlichen Nachbarländern vertiefen. Dass die wichtigsten Gäste bei den Feiern zum "Tag der Republik" in den vergangenen drei Jahren aus ostasiatischen Ländern stammten (Thailand, Indonesien, Südkorea), zeigt, wie wichtig die Region inzwischen für Neu-Delhi geworden ist. Das gilt besonders in wirtschaftlicher Hinsicht:

Das Volumen seiner Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Ostasien hat sich vervielfacht. Japan, Südkorea, Indonesien und Singapur gehören zu Indiens wichtigsten Handelspartnern. Das Land hat umfassende Abkommen zur Wirtschaftszusammenarbeit mit Japan, Südkorea und Singapur sowie Freihandelsrahmenabkommen der ASEAN und Thailand geschlossen. 2011 haben Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen mit Australien begonnen. Die einzelnen Stufen und Verhandlungsschritte dieser Abkommen mögen sich unterscheiden, doch alle weisen darauf hin, dass es zwischen Indien und Ostasien einen ökonomischen Integrationsschub gegeben hat, der allen beteiligten Ländern hilft, ihr Wachstum zu steigern.

Auch sicherheitspolitisch hat Indien seine Beziehungen zu den ostasiatischen Ländern vertieft. Mit Japan hat Indien 2008 ein Sicherheitsabkommen unterzeichnet und sich mit

Australien 2009 auf eine gemeinsame Erklärung über Sicherheitskooperation geeinigt. Indonesien und Südkorea unterhalten eine strategische Partnerschaft mit Indien, und nach dem jüngsten Besuch des thailändischen Regierungschefs scheint sich eine solche auch mit Thailand anzubahnen. Indien nimmt an Flottenund anderen Manövern mit den meisten Ländern der asiatisch-pazifischen Region teil.

Darüber hinaus ist Indien eingebunden in ein Netzwerk multilateraler asiatischer Institutionen. Seit 1995 ist das Land Dialogpartner der ASEAN; die 2004 unterzeichnete Erklärung über eine "Partnerschaft für Frieden, Fortschritt und gemeinsamen Wohlstand" hat Indiens Zusammenarbeit mit der Organisation noch einmal gestärkt. Indien gehört auch zum Prozess der ASEAN-Verteidigungsminister + 8, der 2010 begann, und an dem die Verteidigungsminister von Australien, China, Japan, Indien, Neuseeland, Russland, Südkorea und den Vereinigten Staaten sowie der ASEAN-Staaten beteiligt sind. Ferner gehört Indien zu den Teilnehmern des Ostasien-Gipfels, bei dem inzwischen auch Russland und die Vereinigten Staaten vertreten sind. Indien ist kein Mitglied der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation), wurde aber im vergangenen Jahr erstmals als Beobachter zum Gipfel eingeladen. 1997 spielte das Land eine wichtige Rolle bei der Gründung der BIMSTEC (Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral and Technical Cooperation). Es war 2000 auch Mitinitiator der Mekong-Ganga Cooperation Initiative, zu der Thailand, Birma (Myanmar), Kambodscha, Laos und Vietnam gehören.

Indiens Vernetzung in Ostasien zeigt, dass es sich als Teil der Region begreift und als ein Land, das seinen Beitrag zur regionalen Ordnung und Stabilität leistet. Von der amerikanischen Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum verspricht sich Indien vor diesem Hintergrund weitere Schritte zur Gestaltung der regionalen Ordnung. Die Aus-

bildung der asiatisch-pazifischen Architektur soll aber reibungslos vonstatten gehen, Indiens Vernetzung in Ostasien zeigt, dass es sich als Teil der Region begreift und seinen Beitrag leisten will

59

und in Neu-Delhi herrscht auch eine gewisse Furcht vor Schritten, die Differenzen zementieren oder bestehende Konflikte anheizen könnten.

#### Die Vereinigten Staaten und China

Die Rollen, die die Vereinigten Staaten und China spielen, werden entscheidend für die zukünftige regionale Ordnung sein, und Indiens Beziehungen zu beiden Ländern wird großes Gewicht beigemessen.

Die Beziehungen zwischen Indien und den USA haben sich seit der Entfremdung in den Jahren des Kalten Krieges auf bemerkenswerte Weise gewandelt und sind heute, wie es Obama bei einem Indien-Besuch 2010 formulierte, "eine der bestimmenden Beziehungen des 21. Jahrhunderts". Als bevölkerungsreiche, föderale und pluralistische Demokratien teilen beide Länder ähnliche Werte und Erfahrungen. Der indisch-amerikanische Handel hat sich intensiviert, und auch in anderen Bereichen, wie Technologie, Bildung und Sicherheit, gibt es mehr Kooperation. Das indischamerikanische Abkommen über friedliche Atomkooperation, das 2008 unterzeichnet wurde, symbolisiert die engeren Beziehungen zwischen den Ländern, die jetzt auch eine strategische Partnerschaft verbindet.

Was die Beziehungen zu China angeht, so erlitten sie nach den freundschaftlichen Jahren nach der indischen Unabhängigkeit mit dem Grenzkrieg von 1962 einen schweren Rückschlag. In den folgenden zwei Jahrzehnten blieb das Klima zwischen

Debatten zwischen Idealisten, Liberalen und Realisten spiegeln sich in Indiens offizieller Außenpolitik wider den beiden Ländern frostig. Der Besuch von Regierungschef Rajiv Gandhi 1988 in China veränderte

das Klima, das sich seither deutlich gebessert hat. Beide Seiten bemühen sich nun, Konflikte im Dialog zu lösen, die ökonomische und politische Zusammenarbeit auszubauen und bei globalen Herausforderungen zu kooperieren. Doch Spannungen und Vorbehalte sind geblieben, vor allem wegen der ungelösten Grenzfrage und Chinas strategischer Unterstützung für Pakistan.

Wie in jeder Demokratie wird auch in Indien lebhaft über strategische und politische Fragen diskutiert. Dem indischen Politikwissenschaftler Kanti Bajpai zufolge lassen sich drei strategische Denkschulen unterscheiden: Erstens die Internationalisten, die an die Macht der internationalen Institutionen glauben, an Moral, an idealistische Diplomatie und Solidarität mit den Entwicklungs- und Schwellenländern; zweitens die Liberalen, die auf Wirtschaftswachstum und Globalisierung setzen und vor allem mit den

westlichen Großmächten zusammenarbeiten wollen; und drittens die Realisten, für die die Welt ein Ort des Konkurrenzkampfs ist und militärische Macht der Schlüssel zum Erfolg.<sup>3</sup>

Diese Denkschulen prägen auch die Debatten über die Beziehungen Indiens zu den Vereinigten Staaten und China. Einige Kommentatoren plädieren dafür, dass sich Indien mit den USA verbündet, andere stehen den Absichten der Amerikaner skeptisch gegenüber und glauben, es sei klüger, sich mit den asiatischen Staaten und Schwellenländern zu solidarisieren und insbesondere auf engere Beziehungen zu China zu setzen. Wieder andere fürchten die chinesische Militärmacht und wollen Indiens eigene militärische Kapazitäten ausbauen, um selbst für Sicherheit sorgen zu können. Die offizielle indische Außenpolitik ist gewissermaßen eine ausgewogene Mischung dieser verschiedenen Strömungen und Diskussionen. Nach der Unabhängigkeit dominierten zunächst die Internationalisten, doch in den vergangenen zehn Jahren gewannen die Liberalen an Einfluss.

#### Hoffnung und Besorgnis

Die unterschiedlichen Strömungen spiegeln sich auch in Indiens Reaktion auf Amerikas "pazifisches Jahrhundert" wider. Indien begrüßt und unterstützt die amerikanische Strategie aus einer Reihe von Gründen. Erstens ist sie ein Anzeichen dafür, dass die Vereinigten Staaten die wachsende Bedeutung der Region für den Frieden und Wohlstand der ganzen

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Siehe Kanti Bajpai: India and the World, in: N. Gopal Jayal und P. Bhanu Mehta (Hrsg.): Oxford Companion to Politics in India, Oxford 2010.

Welt erkannt haben. Zweitens respektiert Indien die USA als asiatisch-pazifische Macht und schätzt die Rolle der Amerikaner bei der Herstellung und Sicherung von Stabilität und Wohlstand in der Region. Besonders in einer Zeit, in der Chinas Aufstieg in Indien Ängste hervorruft, ist die amerikanische Präsenz in der Region willkommen. Mit ihrer Militärmacht und ihrem zuletzt machtbewussteren Auftreten in Ost- und Südasien haben die Chinesen jüngst historische Spannungen verstärkt. Indien und andere südostasiatische Länder sind besorgt, China könne eine hegemoniale Position in der Region anstreben, und begrüßen daher die Vereinigten Staaten als ausgleichende Macht.

Besorgnis herrscht in Neu-Delhi allerdings mit Blick auf die weiteren Implikationen des amerikanischen Strategiewechsels. Erstens sind die Umrisse der asiatisch-pazifischen Region, wie sie sich die Regierung Obama vorstellt, eine "imagined community". Laut Hillary Clinton reicht sie "vom indischen Subkontinent bis zu den westlichen Küsten von Nordund Lateinamerika". Sie umfasst also den Indischen und den Pazifischen Ozean, und es ist interessant zu sehen, welche Länder nach dieser Konzeption dazugehören und welche nicht. Indien, ein Land an der Schnittstelle zwischen Ost- und Westasien, steht dagegen jeder künstlichen Grenzziehung skeptisch gegenüber. Neu-Delhi erkennt das wachsende Gewicht Ostasiens an, doch aus indischer Sicht bleibt Westasien von entscheidender

Bedeutung. "Für uns hat Asien immer den ganzen Kontinent umfasst, nicht nur den östlichen Teil, wie es von der anderen Seite des Pazifik oft scheint", betonte der indische Außenminister Ranjan Mathai im November 2011.

Zweitens ist in den USA und den Ländern des Pazifiks viel diskutiert worden, ob das amerikanische Engagement im asiatisch-

pazifischen Raum eine gegen China gerichtete Containment-Strategie darstellt oder nicht. In

Neu-Delhi erkennt das wachsende Gewicht Ostasiens an, doch Westasien bleibt von entscheidender Bedeutung

amerikanischen und chinesischen Medien meinten viele, in der Ausrufung des "pazifischen Jahrhunderts" durch die Regierung Obama eine konfrontative Botschaft an China zu erkennen. Doch ist die Botschaft der Amerikaner, wie Kenneth Lieberthal betont hat,4 vielschichtiger und zielt auf die Einbindung von und die Kooperation mit China ab. Es ist zu früh, um die präzise Form vorherzusagen, die die amerikanische Strategie annehmen wird. Sicher ist aber: Eine Konfrontation im Stil der Blockpolitik des Kalten Krieges oder ein neues "Great Game" der Großmächte würde den Wohlstand in der Region gefährden.



PRIYA SHANKAR ist Senior Researcher und Projektentwicklerin bei der Alfred Herrhausen Gesellschaft. Der Artikel gibt ihre persönliche Meinung wieder.

61

IP · März/April 2012

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Kenneth Lieberthal: The American pivot to Asia, Foreign Policy, Dezember 2011.

### Responsibility to Protect

Thorsten Benner | Libyen, Elfenbeinküste, Südsudan – in diesen Fällen berief sich der UN-Sicherheitsrat 2011 in seinen Resolutionen auf die Schutzverantwortung (R2P). Doch in Syrien und im Sudan geht das Morden bis heute weiter, die internationale Gemeinschaft kann sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Was sind Bilanz und Perspektiven der R2P?

### >> Die Schutzverantwortung ist ein Prinzip, das sich nicht durchsetzen konnte <<

Dieses Urteil kommt zu früh. Vor gut zehn Jahren, im Dezember 2001, wurde die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) von der "International Commission on Intervention and State Sovereignty" aus der Taufe gehoben. 2005 verpflichteten sich dann die Staaten in der UN-Generalversammlung darauf, dass Souveränität mit der Verantwortung einhergeht, die Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschheit zu schützen. Aufgabe der viel beschworenen internationalen Gemeinschaft ist es, Staaten bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung zu unterstützen und – falls Staaten nicht imstande oder willens sind – einzugreifen. Hehre Ziele, wie sieht die Zwischenbilanz aus?

Eine Dekade ist eine kurze Zeit für das Leben einer globalen Norm, so formulierte es jüngst der UN-Sonderbeauftragte für die Schutzverantwortung, Ed Luck. Er hat Recht: Wie lange hat es bei den Menschenrechten gebraucht, bis sie politisch wirksam wurden. 1958, zehn Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, sah es für diese inmitten des sich intensivierenden Kalten Krieges düster aus. Ein Beobachter hätte sie damals leicht abschreiben können. Und dennoch entfalteten die Menschenrechte als Norm Jahrzehnte später eine durchschlagende Wirkung. Verglichen damit zündete die R2P schnell, obwohl ihr erstes Jahrzehnt von den Nachwirkungen des 11. September überschattet war.

2011 hatte die R2P ihr großes Jahr. Der Sicherheitsrat machte im März im Fall Libyen die Schutzverantwortung zum Dreh- und Angelpunkt einer weitreichenden UN-Resolution. Die NATO berief sich bei ihren monatelangen

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Bombardierungen gegen Gaddafi und seine Truppen beständig auf den Schutz von Zivilisten als alleinigen Interventionsgrund. Und auch in den Fällen Elfenbeinküste und Südsudan bezog sich der UN-Sicherheitsrat in Resolutionen auf die Schutzverantwortung. So wurde die globale Debatte über die richtige Anwendung und Umsetzung der R2P immer heftiger. Insbesondere Russland und China sowie einige Stimmen aus Afrika (wie der ehemalige südafrikanische Präsident Thabo Mbeki) setzten sich an die Spitze der Kritiker gegen eine zu weitreichende Interpretation der Schutzverantwortung. Dass die R2P zum Zentrum der Debatten um Normen in einer von massiven geopolitischen Verschiebungen geprägten Weltordnung geworden ist, zeugt von der Vitalität der Norm. Doch ob sie systematisch zur Verhinderung von Gräueltaten beitragen kann, ist eine offene Frage. Das Wegschauen ist durch die R2P sicherlich schwieriger geworden, aber es findet weiterhin statt. Anfang 2012 geht das Morden in Syrien und im Sudan weiter, ohne dass die UN-Mitgliedstaaten Abhilfe schaffen können oder wollen. Zu gering sind oft der politische Wille und Konsens, zu mickrig die Ressourcen, die gerade reiche Länder für Prävention und Intervention zu mobilisieren bereit sind.

Eine erfolgreiche Mission im Zeichen der Schutzverantwortung: Libysche Rebellen feiern den Sieg über die Gaddafi-Truppen in Bengasi im Oktober 2011

### >> Die USA werden in Zukunft kein Interesse an humanitären Interventionen haben <<

**Nicht so schnell.** Nach den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak fordern einflussreiche amerikanische außenpolitische Denker im demokratischen wie konservativen Spektrum größere Zurückhaltung bei Interventionen (so Richard Haass in der Januar/Februar-Ausgabe 2012 der *IP*). Sie argumentieren, sich auf "notwendige Kriege" zu beschränken, bei denen vitale nationale Interessen auf

IP · März/April 2012 63

dem Spiel stehen. Humanitäre Interventionen seien per definitionem "gewählte Kriege", die zu unterlassen seien, weil keine vitalen Interessen berührt seien (etwa dadurch, so Haass, dass Libyen nur 2 Prozent der Weltölversorgung ausmache). Die USA sollten sich um die Wiederbelebung ihrer eigenen Wirtschaft kümmern, anstatt Ressourcen zu verschwenden, um in Konflikte mit ungewissem Ausgang einzugreifen, in weit entfernten Ländern, von denen sie wenig verstünden.

Sicherlich wird die überdehnte Supermacht in Zukunft stärker Maß halten müssen als in der vergangenen Dekade. Doch es ist alles andere als gewiss, dass die "Realisten" um Haass dabei immer die Oberhand behalten. Sollte Präsident

R2P hat eine immer stärkere Lobby, auch durch Prominente wie George Clooney und Mia Farrow Barack Obama eine zweite Amtszeit antreten, wird die Fraktion der Unterstützer der Schutzverantwortung (wie UN-Botschafterin Susan Rice und Obama-Beraterin Samantha Power) weiterhin eine gewichtige Rolle spielen. Für Rice und Power gehört es zur geschichtspolitischen Verantwortung der USA, nie wieder ein Ruanda zuzulassen. Obamas

wahrscheinlicher Herausforderer Mitt Romney betont den Status der USA als "außergewöhnliche Nation", zu dem auch ein Einsatz für Freiheit und Menschenrechte zählen kann. Außerdem hat die Schutzverantwortung in den USA eine immer stärkere Lobby: zum einen durch eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung mit prominenten Aktivisten wie Mia Farrow oder George Clooney, zum anderen auch durch eine stärkere Verankerung in der Bürokratie. So hat Obama ein interministerielles "Atrocities Prevention Board" geschaffen, und im Weißen Haus gibt es seit jüngstem die Stelle des "Director for War Crimes Atrocities and Civilian Protection".

# >> Die BRICS-Staaten bilden eine einheitliche Abwehrfront gegen die Schutzverantwortung <<

Nur auf den ersten Blick. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sind zweifelsohne stärkere Verfechter von Souveränität und Nichteinmischung als die Vereinigten Staaten und Europa. Das ist Teil des steigenden Wettbewerbs um globale Normen. Zwar sind die Stimmen aus Russland in der Tat wenig erbaulich – von der Pervertierung der R2P im Georgien-Krieg bis hin zur Behauptung, die NATO sei auf einem "neuen Kreuzzug" und in einem "Öl-Krieg" in Libyen unterwegs gewesen. Doch bilden die aufstrebenden Mächte keine einheitliche Front gegen die Schutzverantwortung. Das zeigt zum Beispiel die Abstimmung über die UN-Resolution zu Syrien Anfang Februar 2012: Während China und Russland ein Veto einlegten, stimmten Indien und Südafrika für die Resolution. Brasilien wiederum hat im Herbst 2011 eine Initiative zur "Verantwortung beim Schützen" (responsabilidade ao proteger) vorgelegt und diese auch im Abschlussdokument des gemeinsamen Gipfels aufstrebender Demokratien mit Indien und Südafrika verankert.

Diese Initiative ist zum einen eine Reaktion auf die weite Auslegung der Libyen-Resolution durch die NATO, die Brasilien, wie auch andere Länder, stark irritiert hat. Zum anderen ist sie aber auch ein Zeichen, dass sich Brasilien der Schutzverantwortung verpflichtet fühlt. Damit könnte sie, wenn nicht einseitig restriktiv verfolgt, einen wichtigen Beitrag zur globalen Debatte leisten. Denn auch die NATO sollte sich fragen, ob die weite Auslegung der Libyen-Resolution vertretbar war. Zu klären ist im Rahmen der brasilianischen Initiative auch, inwieweit sich der Schutz von Zivilisten im Vergleich zu Völkermord und ethnischer Säuberung als niedrigschwelliger Eingreifgrund zum Missbrauch eignet.

Selbst in China gibt es mittlerweile Stimmen unter den jüngeren außenpolitischen Experten, die von "verantwortungsvoller Intervention" als Leitbild
sprechen und somit vom Absolutheitsanspruch der Souveränität abrücken. All
dies zeigt, wie wichtig ein verbesserter Dialog zwischen dem Westen und den
neuen Mächten über die Bedeutung der Schutzverantwortung und ihre Umsetzung mittels eines ganzheitlichen Ansatzes aus politischen und militärischen
Maßnahmen ist. Eine wichtige Rolle in diesem Dialog sollten auch Regionalorganisationen wie Afrikanische Union, Arabische Liga und ASEAN spielen.

# >> NGOs sind verlässliche Mahner für die Schutzverantwortung <<

Ja und Nein. Nichtregierungsorganisationen sind wichtige Advokaten, die auf humanitäre Notstände hinweisen. Studien belegen, dass NGOs beständiger als Staaten Verbrechen und Verletzungen von Menschenrechten zum Thema machen. Private Initiativen haben somit eine wichtige Warn- und Mahnfunktion. Oft sind sie durch eigene unabhängige Recherchen gut informiert (wie zum Beispiel Human Rights Watch oder International Crisis Group). In einigen Fällen haben sie sogar bessere Informationen als die Vereinten Nationen. Dies war lange Zeit im Sudan der Fall. Die UN-Mission hatte nur wenige Aufklärungskapazitäten, wohingegen George Clooneys "Sentinel-Projekt" messerscharfe Satellitenbilder über Truppenbewegungen und Angriffe liefern konnte.

Doch die Aufklärungsarbeit der Nichtregierungsorganisationen stößt an Grenzen. Oft kommen sie tragischerweise zu spät: Bis sich "Save Darfur" formiert hatte waren die meisten Morde schon geschehen

miert hatte, waren die meisten Morde schon geschehen. Und es ist nicht einfach, in den Medien und der Politik die erforderliche Aufmerksamkeit für diese Themen zu finden – selten ist Platz für mehr als eine Krise. So stand Anfang 2012 Syrien lange Zeit allein im Mittelpunkt, obwohl die Situation im Sudan ebenfalls eskalierte. Einige NGOs erlie-

Selten ist Platz für mehr als eine Krise: Die Aufmerksamkeit von Politik und Medien ist begrenzt

gen auch der Versuchung der Schwarz-Weiß-Malerei bei komplexen Konflikten. Im Sudan etwa wurde die Regierung in Khartum lange Zeit von vielen NGOs verteufelt, während die Anführer des Südens als Freiheitskämpfer große Sympathien erfuhren. So leicht sich solche einfachen Erzählmuster auf Erfordernisse von Fundraising und Medienlandschaft zurückführen lassen, so gefährlich sind sie dennoch. In komplexen Konflikten wie im Sudan ist nur eines klar:

IP · März/April 2012

Zivilisten sind die Leidtragenden. Darüber hinaus ist keine der militärischen oder politischen Kräfte ohne Fehl bzw. allein verantwortlich für die Misere – und damit alleiniger Schlüssel für eine Verbesserung. Einfache Narrative von "Gut" und "Böse" helfen selten weiter.

### >> Die internationale Strafjustiz ist ein probates Mittel zur Umsetzung der R2P <<

Nicht in der gegenwärtigen Gestalt. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist zweifelsohne ein Meilenstein in der Entwicklung der globalen Gerichtsbarkeit. In den vergangenen Jahren wurde er immer häufiger in Fällen tätig, in denen Führer von Staaten oder Militärorganisationen in gravierende Menschenrechtsverletzungen involviert waren. Es besteht die Hoffnung, dass der IStGH einen dritten Weg zwischen extern forciertem Umsturz und Straflo-

Noch fehlt es der Strafjustiz an politischer Unterstützung, um effektiv und glaubwürdig agieren zu können sigkeit eröffnet. Doch das ist gegenwärtig bloß ein Versprechen. Eine Anklage beim IStGH macht nur dann Sinn, wenn das Gericht der Angeklagten auch habhaft werden kann. Da das Gericht aber keine eigene Polizei hat, ist es nicht imstande, glaubwürdig Angeklagte zu verfolgen, wenn es dabei nicht von Staaten unterstützt wird. Der Fall des sudanesi-

schen Staatschefs Omar al-Bashir ist noch schwieriger. Hier kooperieren nicht einmal die Vereinten Nationen mit dem IStGH, denn ihre in Darfur stationierten Friedenstruppen sind auf Bashirs Regierung angewiesen. Hinzu kommt die politische Heuchelei der großen Mächte. Im Fall Libyen wurden Gaddafi und seine Top-Schergen vom UN-Sicherheitsrat an den IStGH verwiesen – mit den Stimmen der USA, Russlands und Chinas. Ironie der Geschichte: Jedes dieser Länder lehnt die Ratifizierung des Statuts des Strafgerichtshofs ab.

Die internationale Strafjustiz mag mittelfristig abschreckend wirken und die Straflosigkeit von Verbrechen gegen die Menschheit beenden. Gegenwärtig hat sie dafür jedoch nicht die notwendige politische Unterstützung, um effektiv und glaubwürdig agieren zu können. In konkreten Fällen mag der IStGH auch dazu beitragen, dass sich Angeklagte in die Enge getrieben fühlen, keinen Ausweg mehr sehen und deshalb noch rücksichtsloser agieren und keiner möglichen politischen Lösung des Konflikts zustimmen.

### >> Deutschland und Europa sind gut aufgestellt für die Umsetzung der Schutzverantwortung <<

Mitnichten. Der Fall Libyen macht dies deutlich. Deutschland wurde von der Schlagkraft der Enthaltung im UN-Sicherheitsrat im März 2011 auf dem falschen Fuß erwischt, um es sanft zu formulieren. Die Tragweite der Abstimmung schien den obersten Entscheidern nicht bewusst. Das gilt nicht nur für Außenminister Guido Westerwelle, der im Zentrum der Kritik stand, sondern auch für die Bundeskanzlerin. Angela Merkel lässt normalerweise keine Gelegenheit aus, dem Auswärtigen Amt bei zentralen weltpolitischen Fragen die

Schau zu stehlen. Mit Blick auf die Schutzverantwortung im Allgemeinen ist sie jedoch auffallend stumm – es scheint kein Thema von Belang zu sein für die Kanzlerin, was auch die schwache Rolle des Kanzleramts in der Libyen-Entscheidung erklären mag. Zwar wiederholt Frau Merkel gebetsmühlenhaft das

Mantra, dass "nachhaltige Krisenprävention und Krisenbewältigung (...) ein Miteinander von diplomatischen, entwicklungspolitischen, polizeilichen, kulturpolitischen und militärischen Maßnahmen" erfordern. Doch wie die R2P in Deutschland zu verankern ist, dazu schweigt die Kanzlerin. Das Auswärtige Amt spricht von der Schutzverantwortung

Es fehlt in Deutschland und Europa eine institutionelle Verankerung für die Umsetzung der R2P

als Dauer- und Querschnittsaufgabe, die sich nur durch eine kohärente und nachhaltige Politik der gesamten Staatengemeinschaft umsetzen lässt. Das stimmt. Doch wo ist der Steuerungsmechanismus und wer innerhalb der Bürokratien ist der R2P besonders verpflichtet? Es ist erfreulich, dass sich der UN-Botschafter Peter Wittig sowie einzelne Bundestagsabgeordnete stark für die R2P einsetzen. Und Verteidigungsminister Thomas de Maizière spricht von der deutschen "Verpflichtung, gegebenenfalls unabhängig von nationalen Interessen internationale Verantwortung wahrzunehmen, auch unter Einschluss des Einsatzes von Soldaten".

Doch dies ist nicht genug. Es braucht auch die Führung aus dem Kanzleramt und – analog zu den USA – eine institutionelle Verankerung für die Umsetzung der Schutzverantwortung in Deutschland und Europa sowie einen dazugehörigen Koordinierungsmechanismus. Auch im Bundestag und Europäischen Parlament sollte die Umsetzung der Schutzverantwortung besser institutionalisiert werden. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte sind in diesem Themengebiet auffallend schwach – insbesondere im Vergleich zu den USA. Es gibt die von jungen Aktivisten betriebene deutsche Sektion von "Genocide Alert", die die Webseite www.schutzverantwortung.de unterhält. Aber an einer breiten Mobilisierung zum Thema und zivilgesellschaftlichen Basis mangelt es in Deutschland. Europaweit sieht es nicht besser aus. Auf EU-Ebene fehlt ebenfalls eine Verankerung für die R2P. Es ist an der Zeit, über die adäquate Architektur für die Umsetzung der Schutzverantwortung auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten nachzudenken. Eine Experten- und Politikerkommission könnte die bisherige Umsetzung unter die Lupe nehmen und Empfehlungen für die Zukunft aussprechen, um eine Debatte anzustoßen. Samantha Power unterstrich vor einiger Zeit, dass der Kampf

gegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschheit "in der Innenpolitik verloren oder gewonnen wird". Für Deutschland und die selbsternannte "normative Macht" Europa ist es an der Zeit, eine Führungsrolle bei der Umsetzung der Schutzverantwortung zu übernehmen.



THORSTEN BENNER ist stellv. Direktor des Global Public Policy Institute in Berlin und Ko-Autor von "The New World of UN Peace Operations" (OUP 2011).

67

### "Gefällt mir" – nicht mehr

Das politische Erwachen der russischen Generation Facebook

Simon Shuster | Nach der Ämterrochade zwischen Wladimir Putin und Dmitri Medwedew und den Wahlfälschungen im Dezember 2011 haben Russlands junge Hightech-Unternehmer, IT-Ingenieure, Wissenschaftler und Netzaktivisten ihren Nichtangriffspakt mit Putin aufgekündigt. Sie sind das Sprachrohr einer neuen Mittelschicht, die ein anderes Russland will.

Wer durch die schmalen Gassen des Geländes der ehemaligen Süßwarenfabrik "Roter Oktober" läuft, dem Lieblingsspielplatz der Moskauer Internet-Generation, wird nicht umhin kommen zu bemerken, dass Russland dabei ist, sich grundlegend und irreversibel zu wandeln. Vor acht Jahren, als Wladimir Putin gerade mit 71 Prozent der Stimmen seine zweite Amtszeit als Präsident angetreten hatte, war "Roter Oktober" nichts weiter als eine verlassene Schokoladenfabrik, teilweise bewohnt von Junkies und Hausbesetzern, die nachts in der alten Produktionshalle kampierten.

Heute wimmelt es in den Backsteingebäuden, deren sowjetische Architektur wie eine Mischung aus Gefängnis und Lebkuchenhaus anmutet, nur so vor frisch gegründeten Hightech-Unternehmen, Designateliers und Kunstgalerien. Auf dem angrenzenden Gelände residiert seit neuestem ein modernes Institut für Medien, Architektur und Design namens

"Strelka", dessen Lehrplan von Rem Koolhaas entwickelt wird.

An den Wochenenden pilgern Massen von Hipstern und Techno-Freaks ins "Strelka", um Vorlesungen über Silicon Valley zu hören oder Art-House-Filme im hauseigenen Freiluftkino anzuschauen. In den Cafés des "Roter Oktober"-Geländes wie der "Progressive Bar" drehen sich die Gespräche um Immobilienpreise in Goa und Prag, die besten Skigebiete auf dem Balkan, um Hersteller von Smartphones und Tablets, um Fellini-Filme und Murakami-Romane. Lediglich die Politik blieb bislang ausgespart, zum Teil auch weil sie irrelevant erschien und irgendwie vorbestimmt. Von dieser Seite des Flusses aus wirkten die Backsteinmauern des Kreml wie Gebilde aus einer weit entfernten Welt.

#### Leben und herrschen lassen

"Unser einziger politischer Ehrgeiz bestand darin, frei zu sein, frei in finanzieller Hinsicht, unabhängig vom Regime und in der Lage, jederzeit ins Ausland gehen zu können", sagt Anton Nosik, ein Guru der russischen Internetszene und Betreiber eines der beliebtesten Blogs des Landes. "Putin kam uns nicht in die Quere und wir ihm nicht." Tatsächlich entstand die "Roter Oktober"-Szene, wie auch der Rest der städtischen Mittelschicht, in den Putin-Jahren eines nie da gewesenen Wirtschaftswachstums. Irgendwo auf dem Weg mündete dieses gegenseitige Abkommen in einen stillschweigenden Nichtangriffspakt.

Dieser Zustand barg Vorteile für beide Seiten. Innerhalb gewisser Grenzen - wie der von "Roter Oktober"gänzlich unbehelligt, kümmerte sich die Generation von Yuppies nicht weiter um Putins System der "gelenkten Demokratie". Sie nahmen nicht an Protesten teil und engagierten sich nicht in politischen Bewegungen, im Gegenzug rührte der Kreml nicht an den Herzensangelegenheiten der Mittelschicht: Er gewährte unbeschränkte Internetnutzung, Konsum- und Reisefreiheit und wahrte die demokratische Fassade in einem Maße, das genügte, um weiter als europäisches Land durchzugehen - nicht nur geografisch.

Dieses Arrangement wurde erneuert, als Putins zweite Amtszeit 2008 endete. Um das Amt des Präsidenten ein drittes Mal antreten zu können, hätte er die Verfassung ändern müssen, was dank der überwältigenden Mehrheit seiner Partei in der Duma und der Unterstützung durch die Opposition ohne weiteres möglich gewesen wäre. Aber ein Eingriff in die Verfassung, nur um seine Präsidentschaft zu verlängern, wäre als klarer Bruch jenes demokratischen Scheins empfunden worden, den Putin immer aufrecht-

erhalten hat. Stattdessen ging er ein Risiko ein. Er manövrierte seinen liberalen jungen Schützling Dmitri Medwedew an die Spitze und nahm die Rolle des Premierministers ein.

Das Resultat war eine Tandem-Regierung, die beide Hauptwählergruppen der russischen Gesellschaft befriedigte. Putin repräsentierte weiter die Arbeiterklasse und setzte auf Stabilität und Sicherheit. Medwedew hingegen verkör-

perte den Wunsch der Mittelschicht nach einem liberalen und demokratischen Staat. Beide

Der oberste Chef des Kreml twitterte – kein Zweifel, Russland hatte sich grundlegend verändert

69

Politiker blieben unangefochten populär, und der milchgesichtige Anwalt Medwedew, dessen Wahlprogramm "Erneuerung" hieß, gewann die Wahl mit 70 Prozent der Stimmen.

Er startete einen Blog, eröffnete einen Twitter-Account und stattete "Roter Oktober" häufige Besuche ab. Seine Gadget-Versessenheit trug ihm unter Bloggern den Spitznamen "iPhonechik" ein, und seine Reden verliehen den Erwartungen der jungen Mittelschicht eine Stimme: Unterstützung kleinerer Unternehmen, Korruptionsbekämpfung, Technologieförderung, Etablierung der Rechtsstaatlichkeit.

Er machte zwar kaum konkrete Fortschritte in diesen Punkten – nach der ersten Hälfte seiner Präsidentschaft gab er zu, dass sich seine Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung darauf beschränkten, energisch Papiere zu unterzeichnen –, aber zumindest mit seiner Redegewandtheit vermittelte er weiter die Hoffnung, dass sich die Veränderungen mit der Zeit schon einstellen würden. Der oberste

Chef im Kreml twitterte – kein Zweifel, Russland hatte sich grundlegend verändert.

#### Enttäuschte Hoffnungen

Das Gleichgewicht des Tandems hielt dreieinhalb Jahre und zerbrach schließlich am 24. September 2011. Beim Parteitag von "Einiges Russland" verkündete Putin, dass er 2012 wieder die Präsidentschaft für sechs, wenn möglich auch zwölf weitere Jahre übernehmen wolle. Der Posten

Im Rückblick erschien Medwedews Amtszeit als ein billiges Manöver, um Putin an der Macht zu halten des Regierungschefs würde an Medwedew gehen, der dafür die Hoffnung auf eine zweite Legislatur-

periode als Präsident aufgeben würde. All dies geschah, ohne dass man die Wählerschaft, die Duma oder auch nur Putins persönliche Berater konsultiert hatte. "Ich möchte es klar und deutlich sagen", vermeldete er dem Parteikongress, "die Vereinbarung darüber, was passieren würde, haben wir bereits vor Jahren getroffen."

Von diesem Moment an erschien Medwedews Zeit im Amt als ein riesiges leeres Versprechen, als ein billiger Trick, der es Putin erlaubte, an der Macht zu bleiben, ohne übermäßig in die Verfassung eingreifen zu müssen. Russische Zeitungen und Blogs bezeichneten ihren Ämtertausch schnell als Rochade, dem Spielzug beim Schach, bei dem König und Turm die Positionen tauschen, um den König zu schützen. "Der König schiebt den schwachen Turm nach vorne", scherzte die Tageszeitung Nesavissimaja Gaseta. Mittlerweile, so die Zeitung weiter, sei die Unterstützung sowohl Putins als auch Medwedews gerade bei

der Mittelschicht massiv eingebrochen. Zwei Tage nach dem Parteitreffen versammelten sich 500 Personen zu einem Protest in Moskau, der normalerweise gerade mal 50 Demonstranten angezogen hätte – der erste Hinweis darauf, dass der Nichtangriffspakt hinfällig geworden war.

Drei Wochen später, am 15. Oktober, besuchte Medwedew den "Roten Oktober", um seine Anhänger zu beschwichtigen. Der Schauplatz, den er sich dafür ausgesucht hatte, war ein gepflegtes neues Gründerzentrum mit Namen "Digital October", wo sich 200 der führenden russischen Blogger und Internetunternehmer versammelt hatten, um mit dem Präsidenten zu sprechen. "Die Stimmung war angespannt, viele der Leute waren verstimmt", sagt Dmitrij Repin, der Generaldirektor von "Digital October". "Ich hoffe, das hier endet nicht in einer Schlägerei", scherzte Medwedew, bevor er sich an diesem Tag den Fragen des Publikums stellte. Die erste Frage kam von Jaroslav Kusminow, Direktor der Higher School of Economics, einer der neuesten und prestigeträchtigsten Universitäten Russlands. Kusminow machte deutlich, dass die Mittelschicht in Russland ein Drittel der Bevölkerung ausmache. Medwedew schien überrascht: "Um ehrlich zu sein, hatte ich noch nicht gehört, dass es 30 Prozent sind", so der Präsident.

"Diese Mittelschicht will nicht nur Stabilität. Das sind keine Grundbesitzer und Kaufleute. Das sind Leute, die Veränderung sehen und daran Teil haben wollen", fuhr Kusminow fort und fügte hinzu: "Wir brauchen Garantien für den Fortschritt." Doch welche Garantien könnte Medwedew bieten? Nach vier Jahren, in denen er den

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Technikpräsidenten verkörperte, gab "iPhonechik" den Kreml wieder einem Mann zurück, mit dem die Mittelschicht rasch die Geduld verlieren würde. Medwedew konnte nichts anderes anbieten als die Parteilinie: "Wenn wir es schaffen, die Wahlen für Einiges Russland zu entscheiden und die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, garantieren wir, den Entwicklungsprozess weiter zu verfolgen."

Die Parlamentswahlen, die weniger als zwei Monate später, am 4. Dezember, anstanden, gaben den Wählern erstmals die Möglichkeit, auf die Rochade zu antworten. Obgleich Einiges Russland die gesamte Bürokratie, alle großen Fernsehsender und vor allem jede Wahlkommission des Landes kontrollierte, verlor die Partei ein Viertel der Sitze in der Duma und verpasste darüber hinaus die 50-Prozentmarke der Wählerstimmen. Wenige Stunden nach Verkündung des Wahlergebnisses tauchten die ersten Hinweise über massiven Wahlbetrug

auf. Beobachter und Journalisten posteten Videos von Wahlmanipulationen. Helfer berichteten, dass die Stimmenauszählungen schlichtweg gefälscht wurden, indem die tatsächlichen Stimmzettel zerstört und durch neue ersetzt wurden, um Einiges Russland mindestens zusätzliche 15 Prozent zu verschaffen. Tatsächlich gab die Partei zu, dass es Stimmenmanipulationen gegeben habe, diese seien aber nicht in einem solchen Maße ausgefallen, dass sie das Wahlergebnis verändert hätten.

Am Abend des 5. Dezembers verlagerte sich der Ärger auf die Straßen. Rund 7000 Menschen, mehr als bei allen Protesten seit Putins Amtsantritt als Präsident, versammelten sich auf einem Platz mitten in Moskau, um Neuwahlen und Putins Rücktritt zu fordern. Das waren keine Nationalisten, Kommunisten oder alte Sowjetdissidenten, wie sie normalerweise in Moskau protestierten. Es waren Universitätsabsolventen, IT-Ingenieure,

Die Tandem-Regierung von Putin und Medwedew wird von Russlands neuer Mittelschicht nicht länger klaglos hingenommen

IP · März/April 2012 71

Geschäftsleute und Professoren, von denen kaum einer je zuvor an einer Demonstration teilgenommen hatte. Innerhalb einer Woche organisierte die Opposition eine Kundgebung mit 50 000 Teilnehmern in Moskau. Zwei Wochen später versammelten sich 100 000 Menschen auf der Sacharowstraße zur größten Demonstration seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Einiges Russland begann, das Schreckensszenario einer Revolution an die Wand zu malen.

#### Neue Ansprüche an das System

Im Nachhinein weisen Revolutionen immer eine gewisse Logik auf. Vorausgesehen hat die aktuellen Aufstände in Russland aber nur eine Gruppe von Soziologen unter der Leitung von Mikhail Dmitriew, der die Mittelschicht seit längerem erforscht. Sein Büro befindet sich zufälligerweise in Sichtwei-

Etwa die Hälfte der Bevölkerung strebt nicht nach mehr Besitz, sondern danach, ihn schützen zu können te von "Roter Oktober", das direkt gegenüber auf der anderen Seite des Kanals liegt. "Diese Gruppe da drü-

ben", sagt er, indem er auf "Roter Oktober" deutet, "ist in einer Weise wichtig, wie eine gutartige genetische Mutation wichtig sein kann. Sie repräsentiert die Avantgarde der Mittelschicht, ein Zeichen dafür, wohin sich dieser Teil der Gesellschaft entwickelt und wie die Gesellschaft in fünf bis zehn Jahren aussehen wird." Aber in seiner Forschung konzentriert er sich mehr auf die breiter gefasste demografische Gruppe, die gegen Ende von Putins zweiter Amtszeit ein Drittel der Bevölkerung ausmachte.

Nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft Medwedews, während dem

ihm keine echten Reformen gelungen waren, stellte Dmitriew im Dezember 2009 eine bemerkenswerte Schwerpunktverlagerung in den von seinem Institut beobachteten Gesellschaftsgruppen überall im Land fest. Anstatt bei der Angabe ihrer Prioritäten Renten, Steuern oder die Höhe des eigenen Einkommens zu nennen, begannen Angehörige der Mittelschicht die Gleichheit vor dem Gesetz an oberste Stelle zu setzen.

In seiner Studie fand Dmitriew heraus, dass das Konsumniveau innerhalb der russischen Mittelschicht sogar das ihrer Nachbarn in Europa überstieg. Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Russlands größeren Städten strebt nicht nach noch größerem Wohlstand oder noch mehr Besitz, sondern danach, diesen Besitz zu schützen und an ihre Kinder zu vererben. "Aufgrund ihres Aufstiegs während der Putin-Jahre hat die Mittelschicht ein komplexes Netz für ihre Bedürfnisse entwickelt", sagt Dmitriew. "Sie braucht legitime Wege, ihre Vermögen zu sichern und zu verwalten, was wiederum rechtlichen Schutz voraussetzt."

Das System des politischen Protektorats, das sich unter Putin entwickelte, bevorzugt hingegen jene, die engste Verbindungen zur Macht haben. Es ist nicht möglich, dieser großen und stetig wachsenden Gruppe der Gesellschaft denselben rechtlichen Schutz zu verschaffen, sagt Dmitriew. "Daher war es nur eine Frage der Zeit, bis diese Interessen in einen offenen Konflikt mit dem politischen System gerieten. Wir wussten nicht, wann es passieren oder was es auslösen würde, aber dieser Konflikt war unausweichlich."

In einer funktionierenden Demokratie würde ein solcher Konflikt zwischen politischen Parteien ausgetragen werden. Diejenigen, die die Interessen der Mittelschicht am besten verträten. gewännen nach und nach immer mehr Sitze im Parlament, wären eventuell in der Lage, eine Koalition zu bilden oder sogar einen Kandidaten aufzustellen, der gegen den amtierenden Präsidenten anträte. Derartiges war in Russland über fast ein Jahrzehnt nicht möglich. Neuen und unabhängigen Parteien ist es nicht erlaubt, an Wahlen teilzunehmen oder sich offiziell registrieren zu lassen. Das staatliche Fernsehen verweigert ihnen Auftritte in seinen Sendungen und somit, öffentlich mit der herrschenden Partei zu diskutieren. "Zehn Jahre lang wurde das Spielfeld methodisch flach getreten", sagt Alexej Nawalnyj, der Blogger, der nun die Straßenproteste anführt.

Aus diesem Grund gibt es in Russland heute keine politischen Parteien, die das Vertrauen der Mittelschicht genießen oder deren Interessen vertreten können. Die einzigen Oppositionsparteien in der Duma - die Kommunisten, die Nationalliberale Demokratische Partei und die im Kreml gegründete Partei Faires Russland - versuchen normalerweise, mit Einiges Russland um die Stimmen der Arbeiterklasse zu konkurrieren, von der viele Politiker, Putin eingeschlossen, lange Zeit annahmen, dass sie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ausmache. "Während sich die Gesellschaft weiter entwickelte, stagnierte das politische System", sagt Gennadij Gudkow, ein Duma-Vertreter der Partei Faires Russland.

Als Medwedew sich der Rochade beugte, verlor er all seine Glaubwürdigkeit als Politiker, und es gab keine andere Führungspersönlichkeit, die im Namen der Mittelschicht hätte sprechen können. Der Kreml schien das zu begreifen und beeilte sich, im Herbst die Lücke zu schließen. Mikhail Prochorow, ein junger fortschrittlicher Milliardär, wurde zum Vorsitzenden der kleinen Partei Prawoe Delo (Gerechte Sache), die grundsätzlich Medwedews Rhetorik übernahm: kleinen Unterneh-

men helfen, Europa einbinden, Korruption bekämpfen, Rechtsstaatlichkeit fördern.

In Russland gibt es heute keine Parteien, die die Interessen der Mittelschicht vertreten

Aber das Projekt endete in einem Fiasko. Zwei Monate vor den Wahlen versuchte der Kreml, Prochorow seine eigenen Kandidaten für die Parlamentsabstimmung aufzuzwingen. Als dieser sich weigerte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Daraufhin bezeichnete er den Kreml öffentlich als "Puppenspieler", der versuche, das politische System zu beherrschen. Der Skandal diskreditierte Prawoe Delo völlig, sodass die Partei weniger als 1 Prozent der Wählerstimmen erhielt.

Die Protestwähler der Mittelschicht wandten sich daraufhin den anderen Oppositionsparteien zu, was dazu führte, dass viele Unternehmer sich in der absurden Situation befanden, für die Kommunisten stimmen zu müssen, da das die Partei mit dem besten Ruf in Sachen Unabhängigkeit war. "Ich schäme mich, es zuzugeben, aber ich habe für Faires Russland gestimmt", sagt Nosik, der Internetunternehmer. Faires Russland war 2006 vom Kreml gegründet worden, um den Kommunisten Stimmen wegzunehmen, und trat damals auch der Sozialistischen Internationale bei. Aber in der aktuellen Duma ist Faires Russland die Partei,

73

die am ehesten als mittelschichtnah bezeichnet werden kann. So breit ist der Riss im politischen Spektrum inzwischen geworden.

Das Problem ist nicht, dass Putin sich nicht über die Existenz der Mittelschicht im klaren gewesen wäre oder die Notwendigkeit, sie politisch zu repräsentieren, nicht erkannt hätte. Immerhin wurde ja Dmitriews Institut, das Zentrum für Strategische Forschung, eigens gegründet, um Putin bei

Putin gehört in jeder Hinsicht einer anderen Generation an als die Menschen, die gegen ihn demonstrieren seinem Übergang zur Macht 1999 zu unterstützen. Seine Berichte wurden für Putins Büro geschrieben und lan-

deten auch auf seinem Schreibtisch. Putin mag die Größe der Mittelschicht unterschätzt haben, aber das Hauptproblem, so Dmitriew, war, dass Putin die Arbeiterklasse als ausreichende Unterstützung ansah. Er fühlte sich am wohlsten unter Fabrikarbeitern, Soldaten und Pensionären, während die europäischen Werte und Interessen der Mittelschicht im Gegensatz zu seiner Persönlichkeit standen, ähnlich wie bei einem Vater, der versucht, zur Rapmusik seines Sohnes zu tanzen.

Russland verfügt über mehr Internetuser als jedes andere europäische Land, doch Putin gehört nicht dazu. Noch im Jahr 2005 besaß er nach eigenen Angaben nicht einmal ein Handy. Während Medwedew Deep Purple und Pink Floyd liebt, hört Putin russische Klassik. Sowjetische Spione waren die Helden seiner Kindheit, und irgendwann reihte er sich als KGB- Agent in Dresden in ihrer Ahnenreihe ein. Putin gehört in so ziemlich jeder Hinsicht einer anderen Generation mit einer gänzlich anderen Weltanschau-

ung an als die Menschen, die heute gegen ihn demonstrieren.

#### Putin 2.0?

Im Januar schließlich, als Putins Versuche, die Proteste zu ignorieren, nur deren Intensität zu steigern schienen, unternahm er den ersten ernsthaften Versuch, sich der Mittelschicht anzunähern. Er wählte dafür ein eher altmodisches Medium, nämlich die Zeitung; in mehreren Artikeln legte er seine Vision der russischen Gesellschaft dar. "Die Mittelschicht hat begonnen, ihre Erwartungen bezüglich verschiedener Punkte deutlich zu machen", schrieb er im ersten Artikel, "Russland fokussiert sich", der am 16. Januar erschien. "Die Mittelschicht muss noch stärker wachsen und die Mehrheit unserer Gesellschaft stellen."

Obwohl die Artikel sprachlich in eine andere Ära abrutschen – in einem heißt es, "die russische Kultur verfügt über eine starke Tradition des Respekts für den Staat" –, scheinen sie doch einen neuen Putin zu versprechen, einen, der die Demokratie schätzt, der das Internet zu nutzen weiß und der liberale westliche Werte fördert. Kurz gesagt, sie bieten an, was die Bloggerszene "Putin 2.0" nennt. "Das ist im Moment die wichtigste Frage", sagt Nosik, der Internetunternehmer. "Kann Putin sich verändern?"

Auch wenn er dafür zwei Wahlgänge brauchen sollte, ist beinahe sicher, dass Putin die Präsidentschaftswahlen gewinnen wird. Es gibt schlichtweg niemanden, der ihn herausfordern könnte. Doch kann sich – selbst mit einem neuen Mandat – ein angejahrter Politiker, der zwölf Jahre lang unangefochten regiert hat, in einen Förderer des Pluralismus ver-

wandeln? Kann er seine Politik so weit verändern, dass er mit ihr eine Bevölkerungsgruppe anspricht, die er immer ignoriert hat? Kann er die rigide Machtstruktur, die er selbst geschaffen hat, neu gestalten? Und kann er in diesem System neue Akteure zulassen und sich mit ihnen unter fairen Bedingungen messen? Nosik bleibt optimistisch: "Natürlich ist es möglich. Alles, was Putin tun muss, ist, Medwedew zu werden."

Der Soziologe Dmitriew hingegen glaubt, der politische Alterungsprozess sei nicht umkehrbar, und er berge die Gefahr, dass es die Wähler ermüden könnte, "immer das gleiche Gesicht zu sehen". Schließlich und endlich wird Putin der Mittelschicht erlauben müssen, sich von einer starken Partei vertreten zu lassen. Wahrscheinlicher noch wird es mehrere solcher Parteien geben müssen, die untereinander um die Gunst der Wähler buhlen - eine Situation, die es für kurze Zeit in den Jahren direkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegeben, und die Putin gründlich beendet hatte.

Dennoch hat Putin in den vergangenen Monaten erste Schritte in diese Richtung unternommen. In Erwiderung auf die Proteste hat der Kreml ein neues Gesetz vorgeschlagen, das die Gründung neuer Parteien und deren Aufstellung bei den Wahlen erheblich erleichtert. Prochorow, der Milliardär, darf nun bei den Präsidentschaftswahlen gegen Putin antreten, augenscheinlich in einem Versuch, ein paar der Proteststimmen der Mittelschicht aufzufangen. Auch ist nicht ausgeschlossen, dass die beiden in einer Stichwahl gegeneinander antreten müssen, was den Wahlen ein erhebliches Maß an Legitimität verschaffen würde.

Am Ende wäre Putin immer noch der sichere Sieger, dieses Mal aber würde er in einem neuen Land vereidigt werden, in einem ohne Nichtangriffspakt zwischen ihm und der jungen Wählerschaft. Dmitrij Repin, der Leiter von "Digital October", berichtet, die Einstellung auf ihrer kleinen Insel habe

sich verändert. "Jeder hat an den Protesten teilgenommen. Jeder interessiert sich jetzt

Putin wird der Mittelschicht erlauben müssen, sich von einer starken Partei vertreten zu lassen

für die Wahlen und den politischen Fortschritt", sagt er. "Dieselben Menschen, die im Internet groß geworden sind, die dort ihre ersten Projekte über soziale Netzwerke und das Internet im Allgemeinen realisiert haben, setzen diese Fähigkeiten jetzt ein, um die Zivilbevölkerung zum Protest zu bewegen."

Die riesige Demonstration, die die Opposition am 4. Februar organisiert hatte, führte durch die Moskauer Innenstadt und endete am Bolotnaja-Platz, praktisch genau gegenüber von "Roter Oktober". Viele der Demonstranten gingen danach auf einen Kaffee oder ein Glas Wein ins Café Strelka. Einmal abgesehen von den Leuten, die an ihren iPads klebten, um in Tweets und Blogs über den Fortgang der Revolution zu berichten, wurde an jedem Tisch ausnahmslos über Politik gesprochen.



SIMON SHUSTER lebt und arbeitet als Korrespondent in Moskau u.a. für TIME Magazine und Foreign Policy.

75

IP · März/April 2012

## "Putin ist der Revolutionär Nummer eins"

Interview mit dem Duma-Abgeordneten Ilja Ponomarew

Es gärt in Russland. Sollte es bei den Präsidentschaftswahlen Anfang März erneut zu Unregelmäßigkeiten kommen, dürfte sich die Protestbewegung noch ausweiten. Doch wie homogen ist die Bewegung? Welche politischen Ziele verfolgt sie? Ilja Ponomarew, einer der führenden Vertreter der Opposition, über die dramatischen Veränderungen in der russischen Politik.

IP: Herr Ponomarew, was hat zu den jüngsten Protestkundgebungen in Russland geführt, und warum finden sie so große Resonanz in der russischen Gesellschaft?

Ilja Ponomarew: Ich glaube, das hat mit enttäuschter Hoffnung zu tun, mit verlorenem Vertrauen. Das Schlimmste, das Putin und Medwedew am 24. September 2011 mit der Ankündigung ihres Wechselspiels angerichtet haben, ist, dass sie die Hoffnung in der russischen Gesellschaft auf Veränderungen zerstört haben. Dmitri Medwedew war immer ein schwacher Präsident, aber er verkörperte zumindest die Hoffnung auf ein besseres Leben. Er fand Anklang bei dem Teil der Gesellschaft, der an Bildung und Fortschritt interessiert ist und der sich sagte: "Okay, wir leben in einer nicht ganz so perfekten, nicht ganz so demokratischen, nicht ganz so freien Gesellschaft, aber es gibt einige Reformen, es entwickelt sich etwas, sodass wir in Zukunft vielleicht bes-

ser leben können."

Dann gibt es eine andere Gruppe in der Gesellschaft, eher ältere, eher ärmere, in den ländlichen Regionen verwurzelte Menschen. Die sagten sich: "Wladimir Putin ist derjenige, der die Macht hat, aber es gibt ein Gegen-



Ilja Wladimirowitsch Ponomarew ist seit 2007 Duma-Abgeordneter und Mitglied der sozialdemokratischen Partei "Gerechtes Russland". Er wurde als IT-Unternehmer bekannt und gehört zu den bekanntesten Aktivisten der jüngsten Proteste. gewicht zu ihm, und wenn Minister über die Stränge schlagen, dann ist da immer noch Medwedew, an den wir uns wenden können." Nun kommt Putin zurück, und da es während der vergangenen zwölf Jahre, in denen er an der Macht war, keine Veränderung zum Besseren hin gegeben hat, sagen sich die Leute: "Nein, das wollen wir nicht. Ganz bestimmt nicht."

IP: War der "arabische Frühling" eine Quelle der Inspiration für die Bewegung?

Ponomarew: Nein, das glaube ich nicht. Natürlich gibt es eine gewisse Nervosität bei den Eliten, weil Putin nicht an der Tatsache vorbei kommt, dass Vergleiche zwischen ihm und Herrn Gaddafi gezogen werden. Beide haben den gleichen Dienstgrad – Oberst –, beide haben sich oft getroffen, es gab eine Zeit, als Herr Gaddafi an Putins Tür klopfte ...

IP: Aber in Sachen Mobilisierung via Internet gibt es doch eine Parallele? Sie waren der erste russische Politiker, der Twitter genutzt hat. Welche Rolle spielen soziale Medien, welche Rolle die neuen Medien generell?

Ponomarew: Die neuen Medien sind ausgesprochen wichtig in Russland. Ja, ich war der erste Politiker, der getwittert hat, nicht der erste, der Blogs geschrieben hat, aber auch da bin ich vorne dabei...

IP: Wie viele Follower haben Sie?

Ponomarew: Ganz so viele sind es noch nicht: bei Twitter 8000, auf Facebook 7000 bis 8000. Aber die Steigerung in den vergangenen Monaten war beträchtlich. Als die Proteste begannen, waren es gerade ein-

mal 2000; seitdem ist die Zahl um das Vierfache gestiegen. Und meinen Blog verfolgen täglich 20 000 Menschen. Für mich ist das eine wichtige Plattform, um mit meinen Anhängern in Kontakt zu treten. Überhaupt verbringen die Russen viel Zeit mit sozialen Netzwerken, mehr Zeit als die Menschen anderswo auf der Welt. Und das ist der Grund, warum unsere Netzwerklandschaft sich stark von der im Westen unterscheidet: Facebook ist bei uns weder die Nummer eins noch die Nummer zwei der sozialen Netzwerke, sondern die Nummer drei. Anf

Platz eins und zwei stehen russische soziale Netzwerke. Das alles hat natürlich auch

"Putin kommt nicht daran vorbei, dass Vergleiche zwischen ihm und Herrn Gaddafi gezogen werden"

damit zu tun, dass es bei uns an brauchbaren traditionellen Medien mangelt: Die sozialen Netzwerke sind der Ort, an dem die Menschen ihre Informationen austauschen.

IP: Was sind die politischen Ziele der Protestbewegung?

Ponomarew: Wir haben ein ganz einfaches Ziel: freie und faire Wahlen. Alles andere betrifft Details, wie sie zu erreichen sind; auch unsere Forderung, die politischen Gefangenen freizulassen, ist im Grunde ein Teil davon. Denn es geht darum, dass sie am politischen Leben und an freien Wahlen teilnehmen können. Wenn dieses Ziel erreicht wäre, dann würde die Demokratiebewegung so, wie sie ist, nicht überleben können. Wenn wir freie Wahlen hätten, würden verschiedene politische Gruppen ihre eigenen Ziele verfolgen. Wir hätten linke, nationalistische, liberale und

rechtsliberale politische Parteien, und jede würde für sich arbeiten.

IP: Auch in freien Wahlen würden Sie vielleicht noch ein paar Jahre mit Putin bekommen ...

Ponomarew: Das könnte natürlich passieren, aber seine Zustimmungsraten sinken täglich. Es ist hundertprozentig sicher, dass Putin ohne größere Wahlfälschungen bei den Wahlen im März keine absolute

"Je mehr Putin redet und je mehr Lügen er verbreitet, desto mehr Menschen gehen auf die Straße" Mehrheit im ersten Wahlgang bekommen wird. Ich schätze, dass seine derzeitige Zustimmungsrate – die

wirkliche, nicht die offiziell erklärte – bei 25 bis 30 Prozent liegt; das ist allerdings immer noch die höchste Zustimmungsrate aller Politiker im Land. Eine ausgesprochen solide Wählerbasis, aber keine, die genügen wird, um im ersten Wahlgang zu gewinnen.

**IP**: Wie würden Sie seine bisherige Reaktion auf Ihre Bewegung interpretieren?

Ponomarew: Putin ist an Arroganz kaum zu überbieten. Es gab ja mal diesen eigenartigen Artikel von dem seit 2003 inhaftierten Ex-Oligarchen Michail Chodorkowski, wonach Herr Putin der Liberale Nummer eins in unserem Land sei. Ich würde das dahingehend korrigieren, dass Herr Putin der Revolutionär Nummer eins und seine Partei Einiges Russland die effektivste revolutionäre Kraft in unserem Land sind. Denn wer hätte schon so viel dafür getan, die Menschen zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen wie Herr Putin

und seine Partei? Wenn er einfach die Klappe hielte und nichts sagte, wäre das für ihn weitaus nützlicher. Je mehr er redet und je mehr Lügen er dabei verbreitet, desto mehr Menschen gehen auf die Straße.

IP: Andere Beobachter sprechen nicht von einer Revolution der russischen Gesellschaft und des russischen politischen Systems, sondern eher von einer Transformation. Wohin könnte diese Transformation führen? Sie erwähnten die "15 Prozent", eine ursprünglich unpolitische, internetaffine Gruppe, die jetzt auf die Straße geht. Wird diese Gruppe wachsen, was für ein Russland will sie oder gibt es viele verschiedene Russlands?

Ponomarew: Das ist schwer zu sagen. Die Ursprünge unserer Bewegung in Moskau unterscheiden sich sehr stark von denen im Rest des Landes. Nehmen wir nur einmal die Piratenpartei in Russland, zu deren Gründern ich gehöre: Ich würde sagen, dass sie etwa 5 bis 6 Prozent Zustimmungsraten bei den Menschen hat, die jetzt auf die Straße gehen. Diese Quote ist deshalb so niedrig, weil viele Menschen schlicht und ergreifend nichts von der Existenz dieser Partei wissen, denn sie war nie im Fernsehen oder sonstwo präsent. Der Rest des Landes kennt sie einfach nicht. Wie die politische Landschaft aussehen würde, wenn wir freie Medien und freie Wahlen hätten, das ist die große Frage. Aber eines kann ich mit Sicherheit sagen: Die Menschen, selbst die in den großen Städten - von den ländlichen Gebieten rede ich gar nicht - interessieren sich nicht für freie Wahlen oder ähnliches, sie interessieren sich für Preise, für Löhne, Essen, Wohnen, Energieversorgung und öffentlichen Nahverkehr. Und nicht für ein neues politisches System im Land. Aber um vernünftige Löhne, Wohnungen oder Verkehrsinfrastrukturen zu bekommen, brauchen wir ein neues politisches System. Doch das verstehen diese Menschen nicht.

IP: Sie meinen, ein demokratischeres Sustem?

Ponomarew: Ja, ein offeneres System, mit mehr Wettbewerb. Aber unter Putin ist an eine wie immer geartete Form von Wettbewerb nicht zu denken. Kein Wunder, dass das Land stagniert.

IP: Und mit Blick auf die internationale Staatengemeinschaft: Wie würde sich ein Russland nach Putin positionieren?

Ponomarew: In jedem Fall würde Russland ein offeneres Land werden und besser in die Weltgemeinschaft integriert sein. Ich glaube, wir sollten so integriert wie möglich sein. Ich bezweifle - leider, denn ich wäre leidenschaftlich dafür -, dass wir in die Europäische Union aufgenommen werden können. Ihr Europäer werdet das wohl nicht zulassen. Aber ich bin der Meinung, dass Russland definitiv eine Brücke zwischen den Gesellschaften und Ökonomien des Ostens und des Westens bilden kann. In Sachen Logistik, Infrastruktur und Kultur gibt es einiges, was Russland anzubieten hat. Das ist unser großer Wettbewerbsvorteil. Putins imperiale Ambitionen führen zu nichts. Sie widersprechen unseren Interessen.

IP: Michail Gorbatschow pflegte von einem "gemeinsamen europäischen Haus" zu sprechen ...

Ponomarew: Ich glaube, das war ziemlich naiv. Ich würde in Anlehnung an De Gaulle von einem vereinten Europa vom Atlantik bis nach Wladiwostok sprechen. Das ist für

"Ein vereintes Europa vom Atlantik bis nach Wladiwostok ist für mich ein nachvollziehbarer Slogan"

mich ein nachvollziehbarer Slogan. Russland könnte eine Lösung für viele Probleme in Europa sein, denn es verstärkt den christlichen Einflussbereich, und es könnte ein natürliches Gegengewicht zu den Erfahrungen in Sachen Multikulti sein, die Europa gerade macht. Russland kann neue Märkte beisteuern, neue Arbeitsplätze, neue Möglichkeiten. Aber ich fürchte, die meisten europäischen Politiker würden ihre politische Karriere riskieren, wenn sie ein solches Projekt mit den unberechenbaren Russen vorschlügen. Leider.

Das Interview führten Henning Hoff und Joachim Staron

## Zivilmacht mit Zähnen

Deutsche Vorschläge für eine Neubelebung der GSVP

Patrick Keller, Almut Möller, Svenja Sinjen, Johannes Varwick | Angesichts der Schuldenkrise in der EU spielt die Sicherheitspolitik derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Dabei wird Europa künftig stärker für seine eigene Sicherheit verantwortlich sein. Deutschland sollte die Initiative für eine Revitalisierung ergreifen. Diese Arbeit fängt für Berlin vor allem zuhause an.

1. These: Deutsche Sicherheitspolitik hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Eine deutsche Initiative zur Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte dieses Problem aufgreifen und konstruktiv wenden, um überhaupt Wirkung entfalten zu können.

Die deutsche Enthaltung zu Libyen im UN-Sicherheitsrat wiegt immer noch schwer bei den Partnern in Europa. Es herrscht bestenfalls Verwirrung über die Berliner Außen- und Sicherheitspolitik, schlimmstenfalls wird Deutschland unterstellt, dass es sich aus diesem Politikfeld der EU ganz verabschiedet hat. So gilt Deutschland als schwer einschätzbar und getrieben von seinen wirtschaftlichen Interessen.

Einen neuen deutschen Impuls für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu geben, ist aus einem einfachen Grund schwierig: Europa hat keinesfalls nur darauf gewartet. Wenn eine deutsche Initiative glaubwürdig sein soll, muss sie diesen Vorbehalten Rechnung tragen. Das Glaubwürdigkeitsproblem sollte positiv gewendet und Teil der Initiative sein. So sollte etwa definiert werden, dass die deutschen Vorschläge zur Revitalisierung der GSVP unabhängig von den Reaktionen möglicher EU-Partner kurzfristig realisierbar und finanzierbar, also umsetzbar, sein müssen.

Ganz grundlegend erscheint es notwendig, dass sich Berlin seinen europäischen Partnern vor dem Hintergrund der Libyen-Entscheidung, aber auch der Reform der Bundeswehr, als sicherheitspolitischer Akteur besser erklärt und darstellt. Diesem Ziel könnte eine europäisch ausgerichtete Konferenz in Berlin dienen. Unter Beteiligung von Abgeordneten und Sicherheitsexperten würde die deutsche sicherheitspolitische Debatte (insbesondere die Reform der Bundeswehr, aber auch die Lehren aus Afghanistan und Libyen oder das

Thema Parlamentsvorbehalt) in einem europäischen Kontext diskutiert. So würde signalisiert, dass es in Berlin weiterhin ein Interesse an einer sicherheitspolitischen Debatte im europäischen Kontext gibt und Deutschland in Zukunft bereit ist, an der Stärkung europäischer Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten aktiv mitzuwirken.

Deutschland muss daran arbeiten, seine Glaubwürdigkeit als sicherheitspolitischer Akteur zu stärken. Dazu sollte Deutschland seine Haltung in zentralen sicherheitspolitischen Fragen den Partnern besser und frühzeitiger erklären.

2. These: Es muss definiert werden, was "mehr Europa" in Bezug auf die GSVP bedeutet. Die Fokussierung auf militärische Fähigkeiten ist dabei notwendig, aber nicht hinreichend. Ohne eine enger abgestimmte GASP ist auf längere Sicht auch keine erfolgversprechende GSVP denkhar.

Ein zentraler Aspekt sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit ist die Frage der militärischen Fähigkeiten. Der Zusammenhang zwischen einsatzrelevanten Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten und der Funktionsfähigkeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist gleichwohl nicht zwingend. Zudem kann die GSVP nur in dem Maße funktionieren und wachsen, wie sich die gesamte EU in Richtung mehr Staatlichkeit und hin zu einem einheitlichen politischen Akteur entwickelt. Die GSVP hat einen Quantensprung hinter sich; um die Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, ist aber ein weiterer Quantensprung notwendig. Insofern hat die Debatte um die GSVP enge Bezüge zur allgemeinen Zukunftsdebatte der EU. Ohne eine enger abgestimmte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist auch keine erfolgversprechende GSVP denkbar. Insofern ist die GSVP lediglich ein Teilaspekt der europäischen Außenbeziehungen. Dieser Teilaspekt ist aber von wachsender Bedeutung, weil ein Fehlschlag im Bereich der GSVP auch negative Rückwirkungen auf die GASP, wahrscheinlich sogar auf den gesamten europäischen Integrationsprozess, haben dürfte. Zudem erfordert ein gemeinsames Verständnis für Sicherheit ein gemeinsames Verständnis von Sicherheit. Deshalb ist eine gemeinsame europäische Sicherheitsstrategie zu erarbeiten, die für die Öffentlichkeit sichtbar in einem "Weißbuch Europäische Sicherheit" erläutert werden sollte.

Dabei sollte Deutschland auch visionäre Pläne für eine bessere europäische Arbeitsteilung bis hin zu pragmatischen Schritten zu einer Art europäischer Armee auf der Agenda halten, ohne zu erwarten, dass dies kurzfristig durchsetzbar wäre. Die Verflechtung und die gegenseitige Abhängigkeit der EU-Staaten untereinander sind bereits heute derart hoch, dass dieser "große Sprung" hin zu einer Euroarmee eines Tages die logische Folge des europäischen Integrationsprozesses sein dürfte.

Deutschland muss klarer und strategischer definieren, was "mehr Europa" in Bezug auf die GSVP bedeutet und dies mit politischen Initiativen verbinden. 3. These: Gemeinsame Schritte von einzelnen EU-Ländern außerhalb des Vertrags von Lissabon können sinnvoll sein, um einen europäischen Ansatz in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzutreiben.

Die Bestimmungen zur GSVP im Vertrag von Lissabon bieten die Möglichkeit, einen sicherheitspolitischen Ansatz der EU mit entsprechenden Fähigkeiten zu stärken und weiterzuentwickeln, denn die Instrumente bzw. der rechtliche Handlungsrahmen sind grundsätzlich vorhanden. Das Problem ist jedoch politisch: Es fehlt am Willen, die Instrumente zu nutzen. Aus der GSVP ist gegenwärtig "die Luft raus". Die zögerliche Herangehensweise von EU-Mitgliedern ist dabei auch im Kontext der europapolitischen Gesamtlage zu sehen: Sicherheitspolitik wird derzeit der Rettung des Euro und der Wirtschaftspolitik untergeordnet. Die Regierungen der EU-27 ziehen in der Europapolitik zu wenig an einem Strang, um Vertiefungsschritte im Rahmen der EU-Verträge realisieren zu können.

Es ist angesichts dieser Gesamtlage schwer nachvollziehbar, warum für eine Stärkung europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht auch außerhalb des GSVP-Rahmens stattfindende Kooperationen - wie etwa die britisch-französische Initiative - positiv gewertet werden und grundsätzlich zur Stärkung europäischer Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit beitragen können. Es ist außerdem eine politische Realität, dass sich Großbritannien, ohne das ein wirklicher europäischer Beitrag zur Sicherheitspolitik nicht denkbar ist, zumindest bis auf weiteres gegen

einen GSVP-Ansatz entschieden hat. Europäische Sicherheits- und Verteidigungskooperation sollte daher nicht auf den engen GSVP-Ansatz beschränkt werden.

Deutschland muss vermeiden, bilaterale Initiativen als Schwächung der GSVP zu bewerten. Stattdessen sollte alles, was zur Stärkung europäischer Fähigkeiten dient, deutsche Unterstützung finden.

4. These: Verbesserte Fähigkeiten der EU stärken nicht automatisch den europäischen Pfeiler in der NATO; es kommt vielmehr darauf an, wie diese Prozesse ausgestaltet werden.

Die EU und die sie tragenden Mitgliedstaaten sollten nach Kräften daran arbeiten, dass die USA trotz ihrer stärkeren Ausrichtung auf den asiatisch-pazifischen Raum eine "europäische Macht" bleiben. Bei der – notwendigen und sinnvollen – Weiterentwicklung ihrer sicherheitspolitischen Rolle sollten sich die EU-Staaten auf eine Weise verhalten, die die USA nicht noch weiter von Europa entfernt.

Die Beziehungen zwischen NATO und EU stecken trotz aller politischen Absichtserklärungen in einer Sackgasse. Deutschland sollte sich aktiver als bisher zu einer "NATO-First-Politik" bekennen und diese konzeptionell und operativ ausgestalten. Konkret bedeutet das, die Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der Allianz und die Herausbildung einer EU-Sicherheitsund Verteidigungspolitik als komplementäre Prozesse zu begreifen. In diesem Konzept bleibt die NATO der Eckpfeiler der europäischen Sicher-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

heit und Organisation erster Wahl insbesondere für den Bereich der kollektiven Verteidigung, aber auch für das militärische Krisenmanagement.

Die Frage an die Europäer muss daher lauten: Sind wir dazu bereit und in der Lage, und wie kann dies in der Praxis zur Geltung kommen? Wie können die militärischen Beiträge der europäischen NATO-Staaten mit den parallelen Entwicklungen im Bereich der GSVP gekoppelt werden? Wenn beispielsweise im Rahmen der GSVP eine permanente zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit auf strategischer Ebene aufgebaut würde, dann müsste diese fest und unzweideutig mit den Strukturen der Allianz verbunden werden. Eine reine Duplizierung der GSVP-Strukturen ohne entsprechende Verbindung zur NATO ist der falsche Weg.

Zudem ist trotz aller offiziellen Bekundungen und formalen Arrangements eine Debatte über eine Arbeitsteilung dringend notwendig. Die EU

als multiple Organisation könnte ihre Schwerpunkte dort ausbauen, wo ein über rein militärische Fähigkeiten hinausgehender Ansatz im Vordergrund steht. Das heißt nicht, dass auf die militärische Dimension auf EU-Ebene verzichtet werden soll. Die EU ist aber auch auf absehbare Zeit im besten Fall eine "Zivilmacht mit Zähnen" und sollte der um einen kräftigen europäischen Pfeiler ergänzten NATO Einsätze überlassen, bei denen Eskalationsdominanz und Mittel hoher Intensität erforderlich sind. Dass dazu eine Bereitstellung europäischer Fähigkeiten unter Verfügungsgewalt der Allianz (oder genauer gesagt: Beiträge einzelner europäischer Staaten, gegebenenfalls auch in Form von Battle Groups oder unter Nutzung des Instruments der ständigen strukturierten Zusammenarbeit) erforderlich ist, sollte selbstverständlich sein und von Deutschland aktiver materiell und konzeptionell unterstützt werden.

hungen auch auf militärischer Ebene. Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade bei einer Übung. Die 1989 gegründete Truppe nimmt seit einigen Jahren auch Vertreter der belgischen, spanischen und luxemburgischen Streitkräfte auf

Bilaterale Bezie-

IP · März/April 2012

Deutschland muss alles vermeiden, was die NATO schwächt, und die Komplementarität zwischen NATO und EU konzeptionell gestalten.

5. These: Pooling and Sharing sollte nicht primär als Instrument zur Kosteneinsparung verstanden, sondern als Instrument zum Erhalt und Aufbau weiterer europäischer militärischer Fähigkeiten genutzt werden. Nur so kann die GSVP wirksam gestärkt werden.

Die angespannte Lage der europäischen Haushalte wird ihre Wirkung auf den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erst in den kommenden Jahren voll entfalten. Bei unveränderten Streitkräftestrukturen und Beschaffungsverfahren wird der Spardruck zwangsläufig zum Abbau militärischer Fähigkeiten in Europa führen. Die europäische Handlungsfähigkeit im Bereich der Sicherheitsund Verteidigungspolitik wird damit weiter eingeschränkt. In Anbetracht des relativen Machtverlusts der USA sind die Europäer gleichzeitig gezwungen, immer mehr Verantwortung bei der Bekämpfung der komplexen Bedrohungen zu übernehmen.

Daraus ergibt sich, dass das Ziel einer jeden Initiative zur Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der systematische Aufbau fehlender militärischer Fähigkeiten ist (strategischer Lufttransport, strategische Aufklärung etc.). Pooling and Sharing darf vor diesem Hintergrund nicht in erster Linie als Instrument zur Kosteneinsparung gesehen werden. Es sollte stattdessen als Instrument verstanden werden, das nicht nur den Erhalt,

sondern auch den Aufbau militärischer Fähigkeiten Europas ermöglicht. Die Bereitschaft, sich an Pooling and Sharing zu beteiligen, setzt jedoch den politischen Willen zur Integration militärischer Fähigkeiten voraus. Je höher die Bereitschaft zur Integration ist, desto höher sind auch die durch Pooling and Sharing zu erreichenden Kostensenkungen. Die freiwerdenden Mittel können für den benötigten Fähigkeitserhalt und -aufbau eingesetzt werden.

Die Bilanz der bisherigen europäischen Pooling and Sharing-Anstrengungen ist ernüchternd. Die Furcht vor einem nationalen Souveränitätsverlust war bisher stets das größte Hindernis für ein erfolgreiches Pooling and Sharing. Solange die europäischen Nationen keine abschließende Einigkeit über die Frage erzielen, wann und wie Streitkräfte zukünftig eingesetzt werden (siehe Libyen), wird sich an dieser Ausgangslage nur wenig ändern. Für Deutschland ergibt sich daher die Notwendigkeit, einen Beitrag zur Harmonisierung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten. Initiativen wie eine neue europäische Sicherheitsstrategie können dieser Aufgabe förderlich sein, weil sie den sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskurs in Europa, aber auch in Deutschland zumindest beleben.

Da die Harmonisierung der GSVP trotz derartiger Initiativen grundsätzlich ein langfristiges Projekt sein wird, sollte Deutschland in der Zwischenzeit den Erhalt und Aufbau militärischer Fähigkeiten auf der Basis von so genannten "Insellösungen" vorantreiben – auch wenn dies nur die zweitbeste Lösung ist. Das heißt, dass Poo-

ling and Sharing entweder mit ausgewählten europäischen Partnern umgesetzt werden sollte, oder dass Pooling and Sharing nur für ausgewählte Fähigkeitsbereiche zur Anwendung kommt. Die Realität zeigt, dass "Insellösungen" in der Regel eine Kombination aus beidem sind (siehe z.B. das Arrangement zum A400M oder zum Joint Defence College der baltischen Staaten).

Es ist zu empfehlen, dass Deutschland in diesem Zusammenhang zweigleisig fährt: So sollte sich Deutschland als Lead Nation für kleinere Nationen anbieten und zugleich Pooling and Sharing-Projekte mit den großen europäischen Nationen initiieren. Die Kooperation mit großen Akteuren wie Großbritannien und Frankreich ergibt sich schon allein aus der Tatsache, dass dringend benötigte Fähigkeiten wie unbemannte Luftfahrzeuge, Raketenabwehr, weltraumgestützte Aufklärung oder ein europäisches Cyber-Abwehrzentrum kostenintensiv sind und nur gemeinsam mit großen Nationen bewältigt werden können.

Darüber hinaus könnten neue Kooperationen mit Großbritannien und Frankreich die Gefahr verringern, dass Deutschland seinen Einfluss bei der zukünftigen Gestaltung der GSVP verliert und das Feld diesen beiden Staaten überlässt. Schließlich könnte die Kooperation einen Beitrag zur Harmonisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der drei wichtigsten europäischen Führungsnationen leisten.

Die Kooperation mit kleineren Akteuren wie den Niederlanden oder Tschechien dient demgegenüber eher dem Fähigkeitserhalt. Böte sich Deutschland z.B. als Lead Nation im Bereich Luftwaffe an, könnten kleinere Nationen ihre Fähigkeiten in dieser Kategorie reduzieren oder gar aufgeben. Deutschland ist dabei aufgefordert sicherzustellen, dass seine Partner auch tatsächlichen Zugriff auf die Fähigkeiten haben, die es im Rahmen des Pooling and Sharing-Arrangements anbietet. Derartige Kooperationen könnten Deutschlands Rolle bei der Gestaltung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken und eine Harmonisierung in diesem Bereich fördern.

Deutschland muss die Ratio von Pooling and Sharing klarer herausstellen, mit eigenen Beiträgen vorangehen und dabei sowohl als Lead Nation für kleinere Nationen fungieren als auch Projekte mit den großen europäischen Nationen initiieren

6. These: Das deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz erschwert eine weitere Integration der GSVP, weil es Unsicherheit über die Verlässlichkeit von Pooling and Sharing-Arrangements schafft. Das Gesetz ist zwar eher Symptom als Ursache dieser Unsicherheit, sollte aber dennoch flexibilisiert werden.

Um den deutschen Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ranken sich Debatten, die weit hinter das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 reichen. Kritiker bemängeln zu Recht, dass glaubwürdige Sharing-Arrangements mit unseren europäischen Partnern nicht getroffen werden können, solange deren Einsatz – und sei es nur durch die Partner – dem Vorbehalt des Bundestags un-

terliegen. Erst 2011 hat die Debatte um den Einsatz von AWACS-Einheiten in Afghanistan dafür ein Beispiel geliefert. Die Verteidiger des Vorbehalts verweisen zwar darauf, dass der Bundestag noch nie ein von der Regierung gewünschtes Mandat verweigert hat. Das ändert jedoch nichts an der Wahrnehmung unserer Partner – zumal davon auszugehen ist, dass die Aussicht auf eine Abstimmung die Entscheidungsfindung der Exekutive negativ vorprägt.

Im Sinne einer verlässlichen, handlungsfähigen und demokratisch legitimierten Beteiligung Deutschlands an der weiteren Integration der GSVP sind daher zwei Ziele zu verfolgen. Erstens sollte in Deutschland auf eine belastbare außen- und sicherheitspolitische Strategie hingewirkt werden. Dies ist seit Langem bekannt und kann nur langfristig erreicht werden. Die Stichworte hierzu heißen "strategische Debatte in Deutschland fördern", "sicherheitspolitische Kenntnisse der Bevölkerung und der Eliten verbessern", "nationale Sicherheitsstrategie verfassen" usw. Es würde aber dem Streit um den Parlamentsvorbehalt die Spitze nehmen. Denn die unterstellte "Unzuverlässigkeit" des Parlaments ist lediglich Ausdruck des fehlenden strategischen Konsenses in der deutschen Politik insgesamt.

Zweitens sollte kurzfristig eine Modifikation des Parlamentsbeteiligungsgesetzes vorgenommen werden. Soweit Zweck oder Rahmenbedingungen eines Einsatzes einen kurzfristigen Operationsbeginn erfordern und dafür eine Entscheidung des Deutschen Bundestags nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, sollte der Gedanke leitend sein, dass die Bun-

desregierung berechtigt ist, bewaffnete Streitkräfte vorläufig einzusetzen. Vor einem solchen Einsatz müsste sich die Bundesregierung mit den Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag sowie den Vorsitzenden und Obleuten des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses ins Benehmen setzen. Stimmt der Bundestag dem Einsatz innerhalb von 30 Tagen nicht zu, ist der Einsatz unverzüglich zu beenden. Dieser Vorschlag zielt vor allem auf das Moment der Eilbedürftigkeit ab. Zusätzlich sollte mit Blick auf effektive Pooling and Sharing-Arrangements eine Passage aufgenommen werden, welche die 30-Tage-Regel auf Einsätze ausweitet, die ohne Gegenstimme im Europäischen Rat beschlossen wurden und für die auf Kapazitäten aus Sharing-Arrangements zurückgegriffen wird.

Deutschland muss seinen eigenen sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess reformieren, damit politischer Spielraum für gemeinsame europäische Lösungen im Sinne von Pooling and Sharing entstehen kann.

7. These: Die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) sollte gestärkt werden. Nur wenn sie zu einem echten Koordinationsgremium für die Rüstungs- und Beschaffungsplanung der EU-Staaten heranwächst, können dauerhaft effiziente Pooling and Sharing-Arrangements getroffen werden.

Durch den Vertrag von Lissabon ist die Europäische Verteidigungsagentur aufgewertet und ihre Aufgabenstellung konkretisiert worden. Folglich hat die EDA vor allem zwei Funktionen: Erstens soll sie feststellen, welche Verteidigungskapazitäten Europa benötigt. Zweitens soll sie darauf hinwirken, dass die Mitgliedstaaten (alle EU-Staaten außer Dänemark) ihre Planungen so abstimmen, dass Duplizierungen vermieden und Synergieeffekte erzielt werden. Idealtypisch ist die EDA also die zentrale Koordinierungsstelle für alle Pooling and Sharing-Maßnahmen.

In der politischen Realität hat sie diese Rolle bisher noch nicht ausfüllen können. Zu stark waren die nationalen Vorbehalte, die Entscheidungsund Koordinierungsautorität aus der Hand zu geben. Zu schwach war aber auch der politische Wille der EDA-Führung, den ihr gegebenen Handlungsspielraum auszureizen. Gleichwohl ist inzwischen offenkundig, dass die einzelnen bestehenden Initiativen (wie etwa die deutsch-schwedische Gent-Initiative) und verschiedene andere bilaterale Maßnahmen einer ordnenden Hand bedürfen, wenn sie dauerhafte Effizienzgewinne erzielen sollen. Daher steht eine Stärkung der EDA auch nicht am Ende einer weiteren Integration im Bereich der GSVP, sondern muss diese Integration schrittweise begleiten.

Deutschland sollte sich daher dafür einsetzen, die Treffen des EDA-Lenkungsausschusses (Hohe Vertreterin plus 26 Verteidigungsminister) zum zentralen Ort für zukünftige Initiativen zur gemeinsamen Rüstungsund Beschaffungsplanung zu machen.

Deutschland muss sich dafür einsetzen, die EDA zur zentralen Stelle für Initiativen zur gemeinsamen Rüstungs- und Beschaffungsplanung zu machen und somit Pooling and Sharing voranzutreiben.



Dr. PATRICK KELLER ist Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.



ALMUT MÖLLER leitet das Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen im Forschungsinstitut der DGAP.



SVENJA SINJEN ist Leiterin des Berliner Forum Zukunft im Forschungsinstitut der DGAP.



Prof. Dr. JOHANNES VARWICK lehrt Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Der Beitrag reflektiert die Ergebnisse mehrerer DGAP-Expertengespräche über die deutschen Optionen zur Revitalisierung der GSVP.

IP · März/April 2012

## Die erforschte Zukunft

Warum Szenarien helfen, sich auf kommende Sicherheitsgefahren einzustellen

Andreas Rinke und Christian Schwägerl | Niemand kennt die Zukunft, doch wer sie in Szenarien denkt, kann Sicherheitsbedrohungen besser wahrnehmen. Geheimdienste und Industrie machen sich dies längst zunutze, für die Verteidigungsministerien der USA oder Großbritanniens gehören Szenarien zum Alltag. Höchste Zeit, dass sich die deutsche Politik dafür öffnet.

Dass die Zukunft offen und unbekannt ist, gehört zu den Beschränkungen menschlichen Lebens. Der Wunsch, in die Zukunft zu blicken, spielt deshalb in Märchen und Mythen eine wichtige Rolle. In vielen Kulturen begründet er die Macht etwa von Schamanen oder Priestern. Im 21. Jahrhundert ist es sogar zu einem lukrativen Geschäftsmodell geworden, die Zukunft vorherzusagen.

So versucht die in Boston ansässige Firma "Recorded Future", aus der riesigen Menge an Daten im Internet verwertbare Informationen über kommende Entwicklungen von Unternehmen und Branchen herauszufiltern. Zu den Kunden in der Finanzindustrie gehören etwa Hedgefonds, die für die stündliche Auswertung von mehr als 100 000 Websites bis zu 9000 Dollar pro Monat zahlen. Das Geschäft mit der Zukunft ist so vielverspre-

chend, dass "Recorded Future" seine Expansion auch mit Risikokapital von Google und von dem für die CIA arbeitenden Unternehmen In-Q-Tel finanziert.<sup>1</sup>

#### Die Analyse der Zukunft

Die Analyse nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft hat also die nächste Stufe der Professionalisierung erreicht. Mit der digitalen Technik können scheinbar isolierte Meldungen aus aller Welt aus den Bereichen Medizin, Militär, Umwelt und Wirtschaft sortiert und eingeordnet werden, um große künftige Trends zu erkennen. Das Engagement eines Geheimdiensts zeigt dabei, wie groß der Bedarf an Expertise nicht nur für die ist, die Geld vermehren wollen, sondern auch für die, die Staaten und Gesellschaften schützen müssen.

88 IP⋅März/April 2012

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Quentin Hardy: Crushing the Cost of Predicting the Future, New York Times, 17.11.2011.

Denn seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 sitzt das Trauma tief, dass sich der mächtigste Geheimdienst der Welt zwar intensiv auf Gefahren vorbereitet - aber leider nicht erkannt hatte, dass die Bedrohung für die USA diesmal aus einer ganz anderen Richtung kommen würde. Seither ist die Offenheit für unorthodoxe Ansätze gewachsen, mit denen sich mögliche Gefahren erahnen und die gedankliche Unbeweglichkeit großer Institutionen umgehen lassen. Dazu gehören ein CIA-Schreibseminar für Science-Fiction-Autoren - und der weltweite Siegeszug der Szenarien-Technik.

Denn für das Erkennen von Sicherheitsbedrohungen haben Szenarien entscheidende Vorteile gegenüber klassischen Analysen der Experten. Letztere beschäftigen sich bisher meist mit der Vergangenheit. Szenarien dagegen wagen einen Blick in die Zukunft. Anders als Science Fiction basieren sie aber auf Fakten, sie sind nicht freischwebend. Sie nehmen einen erkennbaren und vorhandenen Trend auf und erlauben, eine oder mehrere wahrscheinliche Varianten einer daraus entstehenden Entwicklung durchzuspielen.

#### Gedankliche Lockerungsübungen

Szenarien sind also gedankliche Lockerungsübungen und schärfen zugleich die Wahrnehmung. Sie erlauben gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik, sich von den durch Er-

fahrungen oder durch altes Wissen geprägten Denkmustern zu lösen. Sie können Gesellschaften und Sicherheitsdienste zwar nicht auf die "schwarzen Schwäne", also die zufälligen, überraschenden Wendungen der Weltgeschichte vorbereiten. Aber sie sind eine gute Vorbereitung auf die "unknown knowns", um auf eine unumstritten kluge Bemerkung des umstrittenen früheren US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld anzuspielen.<sup>2</sup> Sie öffnen den Blick für das, was kommen könnte, wenn man in der Gegenwart nur auf die wirklich wichtigen Trends schaut.

Es ist wenig verwunderlich, dass zu den ersten, die das Mittel des Szenarios nutzten.

Unternehmen und Militärs gehörten. Für beide ist die Vorbereitung auf die Zukunft Be-

Shell profitierte nach dem Ölpreisschock davon, dass seine "Scenario Unit" die Folgen durchgespielt hatte

standteil einer notwendigen Überlebensstrategie. Die Militärs erproben deshalb mit "war games" Strategien und ihre Folgen. Und der Ölkonzern Shell profitierte nach dem ersten Ölpreisschock in den siebziger Jahren davon, dass er intern von einer "Scenario Unit" bereits die Folgen hatte durchspielen lassen.<sup>3</sup>

Bisher haben Politiker und regierungsnahe Einrichtungen zumindest hierzulande gezögert, die Methode der Szenarien zu nutzen. Die Angst überwiegt, falsch verstanden zu werden, wenn solche internen Planspiele be-

IP · März/April 2012

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Rumsfeld sagte am 12.2.2002 in einer Presseunterrichtung über den Irak-Krieg in Washington: "There are known knows. There are things we know we know. We also know there are known unknowns. That is to say we know there are some things we do not know. But there are also the unknown unknowns – the ones we don't know we don't know."

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Eckard Minx und Ewald Böhlke: Denken in alternativen Zukünften, Internationale Politik, 12/2006, S. 14–22.

kannt werden - was in unserer relativ offenen Demokratie nicht unwahrscheinlich ist. Gerade die Euro-Krise hat gezeigt, dass Medien das Nachdenken über das "Mögliche" schnell mit dem "Gewollten" und dem "Unabwendbaren" verwechseln. Die folgende Skandalisierung trägt dazu bei, dass einige Ministerien aus Sorge, einen politischen Preis dafür zahlen zu müssen, das Vorausdenken über mögliche Konflikte und Probleme gleich ganz systematisch meiden. Wer etwa über die Folgen eines Austritts Griechenlands aus der Euro-Zone auch nur nachdenkt, gerät in den Ver-

Szenarien sind ein Wagnis für Autoren und Wissenschaftler: Sie müssen sich auf Neuland vorwagen und exponieren dacht, genau diese Entwicklung anzustreben – oder setzt sich der Gefahr aus, dass ein Austritt realisti-

scher wird, wenn die Gedankenspiele öffentlich gemacht werden. Dazu kommt, dass Szenarien ein Wagnis für Autoren und vor allem Wissenschaftler sind, weil sie sich nicht mehr auf die traditionelle nachträgliche Erklärung beschränken, warum eine Entwicklung zwangsläufig so eintreten musste, wie sie kam, sondern sie sich auf Neuland vorwagen und exponieren müssen.

So verständlich diese Vorsicht auf den ersten Blick sein mag – sie ist falsch und kurzsichtig. Sicherheitsbehörden in anderen Ländern machen es längst vor, wie sinnvoll es sein kann, sich mit Trends zu beschäftigen, sich mit Aussagen für künftige Entwicklungen vorzuwagen und damit wichtige innen- und außenpolitische Debatten anzustoßen. So veröffentlichte der National Intelligence Council, das für die Strategieplanung zuständige Zentrum der US-Geheimdienste, bereits 2008 das Buch "Global Trends 2025: A transformed world". Für die Verteidigungsministerien der USA, Großbritanniens und Australiens gehört es zum Standard, sich über die Zukunft Gedanken zu machen – und die Gedanken der Öffentlichkeit auch kund zu tun.4

#### In allen Szenarien: Chinas Aufstieg

In Deutschland gibt es diese Debatte dagegen bisher kaum. Dabei geht es auch anders. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise ließ der Bundesnachrichtendienst von einer interdisziplinären internen Arbeitsgruppe drei Szenarien entwerfen, wie die Turbulenzen an den Finanzmärkten die Welt verändern, wer die "Gewinner" und wer die "Verlierer" sein könnten. Das war spannend und schon wegen des in allen Szenarien vorkommenden Aufstiegs Chinas zur Supermacht erhellend. Aber typischerweise hielt der BND die Studie unter Verschluss, statt mit ihr einen interessanten Beitrag zu einer ehrlichen Diskussion über die deutschen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu leisten.5

Jetzt aber kommt Bewegung in die Debatte. Im November 2011 hat die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zehn vor allem auf die nahe

90

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Als Beispiele seien erwähnt: US Government, National Intelligence Council: Global Trends 2025: A transformed world, Washington DC 2008; Australian Government, Department of Defense: Force 2030. Defending Australia in the Asia Pacific century, Canberra 2009; Ministry of Defense (UK): Future Character of Conflict, London 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Die Studie ist vertraulich; für die wohl bisher ausführlichste öffentliche Darstellung siehe Andreas Rinke: Die Metamorphose der Geopolitik, Internationale Politik, Juni 2009, S. 38–44.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Zukunft ausgerichtete politische Szenarien vorgestellt. Unter dem Titel "Ungeplant ist der Normalfall" spielen die SWP-Experten in zehn Fällen durch, was im Jahr 2012 an geopolitischen Umwälzungen passieren könnte, die nicht automatisch ganz oben auf der Liste der Experten stehen oder öffentlich nicht diskutiert werden. Die Begründung für diesen Ansatz formulieren die Herausgeber, Volker Perthes und Barbara Lippert, so: "Die meisten Krisen und Probleme, mit denen die Politik sich befassen muss, entstehen aus einer Kombination durchaus bekannter Elemente."6

Das Spektrum der Gedankenspiele reicht von der drohenden Blockadehaltung in den Geberländern der Euro-Zone über eine dramatische Zuspitzung in Nordkorea, die sehr aktu-

elle Möglichkeit, dass saudische Öllieferungen ausfallen, bis zum Umkippen des "arabischen Frühlings" in eine Radikalisierung der Länder Nordafrikas. Wie sich ein Ausfall saudischer Öllieferungen bemerkbar machen könnte, spielten Anfang 2012 Experten auch während der Herzliva-Konferenz des "Interdisciplinary Center" in Israel durch: "Öl zu einem Preis von 250 Dollar pro Barrel" hieß das Szenario, das als Auslöser einer neuen Ölkrise einen Terroranschlag auf eine Großraffinierie zugrunde legte. Weit hergeholt ist diese Frage nicht: Schon mehrfach wurden Anschläge auf Knotenpunkte der Ölindustrie vereitelt.

Im April erscheint von den Autoren das Buch "11 drohende Kriege", das sich mit möglichen, bisher noch Was könnte passieren, wenn die riesigen Gletscher des Himalaya nicht mehr ausreichend Wasser für China und Indien liefern? Der schmelzende Kumbu-Gletscher in der Nähe des Mount Everest, Nepal

IP · März/April 2012

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Volker Perthes und Barbara Lippert (Hrsg.): Ungeplant ist der Normalfall, SWP, Berlin 2011. Die Szenarien kreisen neben den erwähnten Themen auch um Geoengineering, erneute Grenzverschiebungen im Westbalkan, die neue starke Rolle der Türkei auf Zypern, Unabhängigkeitsbewegungen in EU-Staaten und den Bau von Atomkraftwerken in der arabischen Welt.

nicht oder nicht ausreichend diskutierten Sicherheitsrisiken im 21. Jahrhundert beschäftigt.<sup>7</sup> Der Ansatz ist noch ein Stück radikaler als der der SWP, weil die vorgestellten Szenarien viel weiter in der Zukunft spielen, ohne aber Prophezeiungen sein zu wollen. Nur werden bestimmte Gefahren der Gegenwart erst deutlich, wenn man auch die langfristigen Folgen betrachtet.

Was geschieht eigentlich, wenn die USA in einer Phase des wirtschaftlichen Niedergangs aufhören, ein erfolgreicher Schmelztiegel verschiede-

Viele Trends sind bekannt, aber relativ selten wird durchgespielt, welche langfristigen Folgen sie haben ner Ethnien zu sein? Was könnte passieren, wenn die riesigen Gletscher des Himalaya-Gebirges wegen

des Klimawandels nicht mehr ausreichend Wasser für China und Indien liefern? Wie können neue Technologien wie die Neuro- oder IT-Technologie auch die Kriegsführung verändern? Was passiert, wenn China seine Bevölkerung nicht mehr mit hohen Wachstumsaussichten ruhig halten oder den gigantischen Rohstoffhunger seiner Industrieunternehmen nicht mehr friedlich stillen kann? Und welche Folgen könnte eine fatale Mischung aus Überschuldung, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, Immigrationsdruck aus Afrika und der Unfähigkeit einer echten Integration von Migranten in die europäischen Gesellschaften und die EU haben?

Grundlage für die Szenarien ist die These, dass die Welt einigen wichtigen, sehr mittel- und langfristig wirkenden "Stressfaktoren" ausgesetzt ist, die unsere Zukunft maßgeblich prägen und sich gegenseitig beeinflussen werden. Dazu gehören demografische Trends, die sowohl eine weitere massive Zunahme der Erdbevölkerung, eine Alterung der Industriegesellschaften als auch stark veränderte ethnische, sprachliche und soziale Zusammensetzungen der Bevölkerung in vielen Ländern zur Folge haben. Zwar wird dies als allgemein bekannt vorausgesetzt, erstaunlicherweise wird aber relativ selten durchgespielt, welche langfristigen, auch sicherheitspolitischen Folgen dies haben kann.

Zu den Stressfaktoren gehören zudem die technologischen Entwicklungen, die in ihrer positiven wie negativen Wirkung als Transformationsfaktor völlig unterschätzt werden. Dabei wird die Weiterentwicklung etwa der Bio- und Gentechnik, des Internets sowie der Waffentechnologien unser Leben - übrigens auch die Art und Weise, wie Kriege geführt werden - massiv verändern. Ein weiterer Faktor ist die Neujustierung des Verhältnisses zwischen "Staat" und "Privat", die sich zum Beispiel in der immer stärkeren Anhäufung von Vermögen auf der privaten Seite und von Schulden auf der staatlichen Seite zeigt - mit gravierenden Folgen für die Entwicklung der Gesellschaft. Damit verbunden ist auch eine schleichende "Privatisierung der Sicherheit".

#### Langfristige Folgen benennen

Drei weitere große Trends werden in den Szenarien durchdekliniert, bei denen der Fernblick für das Erkennen

92

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Andreas Rinke und Christian Schwägerl: 11 drohende Kriege, München, April 2012.

ihrer Relevanz ebenfalls wichtiger ist als die tagespolitische Auseinandersetzung. Dazu gehören die Folgen des Klimawandels, bei dem es eine seltsame Diskrepanz zwischen den dramatischen Appellen der Gegenwart und dem Unwillen gibt, langfristige Folgen wirklich zu benennen. Dies betrifft etwa den Einsatz des Geoengineering, mit dem Temperaturänderungen künstlich beeinflusst werden – mit bisher noch unkalkulierbaren Folgen.

Dies trifft auch auf geopolitische Umwälzungen zu, vor denen die Welt steht. Der absehbare relative Abstieg des Westens und der unaufhaltsam wirkende Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer werden ebenfalls selten in der ganzen Breite ihrer Auswirkungen diskutiert. Ein weiterer Stressfaktor ist, dass die Welt gerade eine neue Phase der Ressourcenverteilung, im Grunde eine letzte "Kolonialisierung" erlebt. Denn es gibt mit den Weltmeeren, dem Weltraum und dem Internet große, für die Menschheit immer wichtiger werdende Bereiche, in denen es bisher weder klare Besitzverhältnisse noch klare Verhaltensregeln gibt.

Das Ziel fast aller Szenarien-Übungen ist, dass die beschriebenen Entwicklungen gerade nicht eintreten. Dies gilt auch für "11 drohende Kriege". Der Blick in die Zukunft soll die Öffentlichkeit, aber auch die politischen Akteure dafür sensibilisieren, was kommen könnte und wo mögliche Gefahren lauern. Sie sollen dabei so spannend beschrieben sein, dass sich Leser mit ihnen beschäftigen und nicht nur mit den in Medien meist geführten Debatten um Kurzzeit-Bedrohungen.

Wie schwierig der Blick in die Zukunft dabei bleibt, zeigte das vergangene Jahr. Die USA und die westliche Welt haben für den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus nach 9/11 zwar hunderte Milli-

arden Euro ausgegeben. Die dramatischste Veränderung in der arabischen Welt hat aber weder

Den Anstoß für den Umsturz in Arabien gab nicht Osama Bin Laden, sondern ein unbekannter Gemüsehändler

Osama Bin Laden ausgelöst noch dessen Tod. Den Anstoß für den Umsturz in Nordafrika hat der Selbstmord eines bis dahin völlig unbekannten Gemüsehändlers in Tunesien gegeben.

Zwar ist noch ungewiss, wie die Entwicklung in Nordafrika weiter verläuft, ob der islamistische Terrorismus nun geschwächt wird oder womöglich einen noch besseren Nährboden erhält. Aber die Lehre aus dem Umsturz ist, dass man zwar nicht den Anlass einer Veränderung, sehr wohl aber die langfristigen Gründe dafür erkennen kann.



Dr. ANDREAS RINKE ist politischer Chef-korrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin.



CHRISTIAN SCHWÄGERL ist Wissenschafts- und Umweltjournalist (*Spiegel*, *FAZ*) in Berlin und Buchautor ("Menschenzeit").

IP · März/April 2012

## Zwischen Schweiß und Träumen

Die Franzosen hadern mit der Krise, ihren Politikern und sich selbst

Christian Schubert | Es sind schwere Zeiten, die die Grande Nation durchlebt. Die meisten Franzosen fühlen sich heute ärmer als zum Amtsantritt von Nicolas Sarkozy vor fünf Jahren. Und dieser legt noch einen drauf: Selten hat ein Präsident so viele unbeliebte Maßnahmen kurz vor den Wahlen angekündigt. Kann er so seinen Herausforderer François Hollande überholen?

Wenn in Frankreich die Schließung eines Unternehmens droht, dann müssen sich die Politiker in Marsch setzen. Das gilt besonders für die Wahlkampfzeiten, in denen sich Regierungsvertreter und Opposition in den Fabrikhallen buchstäblich über den Weg laufen. So gaben sich kürzlich Forschungsminister Laurent Wauquiez und der sozialistische Politiker Arnaud Montebourg beim französischen Wäschehersteller Lejaby im Département Haute-Loire südlich des Zentralmassivs die Klinke in die Hand.

Zu politisch motivierten Rettungsversuchen kam es auch bei der Fährgesellschaft Seafrance, beim Konsumentenfinanzierer Cofinoga und bei Photowatt, einem Hersteller von Solarmodulen. Bei der Ölraffinerie Petroplus an der Seine 130 Kilometer nordwestlich von Paris kreuzten sich am gleichen Tag die Wege von Industrieminister Eric Besson und des ehemaligen sozialistischen Premierministers Laurent Fabius. Nicht weniger als

sieben Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im April und Mai pilgerten zu dem Ölverarbeiter, um vor den 550 Beschäftigten für die Rettung der Arbeitsplätze zu plädieren. Aufgrund der Überkapazitäten auf dem europäischen Raffineriemarkt haben die Verantwortlichen bisher aber keine Lösung gefunden.

Im Pariser Finanzministerium versucht eine eigene Einheit von Beamten, das Comité interministériel de restructuration industrielle (Ciri), schlingernden Unternehmen diskret aus der Zwickmühle zu helfen. Das Ciri vermittelt größeren Mittelständlern Kreditgeber und Investoren, stellt kostenlose Wirtschaftsprüfer zur Verfügung, hilft beim Ausarbeiten von Geschäftsplänen und organisiert staatliche Finanzierungsmittel. Seit der Finanzkrise 2008 ist die Abteilung besonders gefragt. 79 Unternehmen mit mehr als 120 000 Mitarbeitern leistete das Ciri 2010 Hilfestellung, etwa doppelt so viel wie 2007.

Die Regierung wird niemals "die Arme hängen lassen", wenn es um die Rettung von Arbeitsplätzen gehe, sagte im Januar Premierminister François Fillon - natürlich bei einem Fabrikbesuch. In vielen Ländern geraten regierende Politiker unter Druck, wenn Werke schließen und Arbeitsplätze verloren gehen. In Frankreich aber empfinden die Politiker einen besonders großen Handlungsbedarf. Die Franzosen sind auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weniger als andere Völker bereit, einem Schumpeterschen Konzept der schöpferischen Zerstörung zu folgen. Der Glaube an den Staat als Schlichter von Konflikten und als Beschützer vor sozialem Ungemach hat in Frankreich bekanntlich eine lange Tradition. Die Finanzkrise des Jahres 2008 mit ihren offensichtlichen Exzessen der Finanzwelt hat die Skepsis vor den privaten Kräften des freien Marktes noch verstärkt.

Auch Präsident Nicolas Sarkozy ist ein Anhänger dieses Credos, selbst wenn er zumindest in seiner Rhetorik als einer der wirtschaftsliberalsten Staatsführer Frankreichs gelten kann. Spätestens seitdem Sarkozy 2004 den französischen Industriekonzern Alstom durch eine staatliche Beteiligung vor der Übernahme durch Siemens rettete, glaubt er fest an die Berechtigung wirtschaftlicher Interventionen durch die öffentliche Hand. Im Fall von Alstom hat der Eingriff auch durchaus Erfolg gehabt. Einige Jahre später verkaufte der Staat seine Beteiligung gewinnbringend, und Alstom blieb französisch. Seine aktive Industriepolitik entspricht auch seinem Naturell des "Machers", der nicht tatenlos dem Niedergang französischer Unternehmen zusehen kann, sondern der Erwartung der Bürger entsprechend die Ärmel hochkrempelt.

#### Eine schwache Industrie

Doch wie sieht die Bilanz dieser Politik aus? Sarkozy hat sie in einem Fernsehinterview Ende Januar selbst erstaunlich schonungslos umrissen: 500 000 Industriearbeitsplätze hat Frankreich im vergangenen Jahrzehnt

verloren. In einem Bericht einer Regierungskommission zur französischen Industrie (anlässlich der

Das Außenhandelsdefizit ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen – auf nunmehr 70 Milliarden Euro

"Etats généraux de l'industrie" 2010) ist nachzulesen, dass der Anteil der Stellen in der Industrie an der Gesamtbeschäftigung zwischen 2000 und 2008 von 16 auf 13 Prozent sank.

In seinem Buch "Frankreich ohne Fabriken" blickt der Ökonom Patrick Artus vergleichend ins Ausland: Danach trägt das verarbeitende Gewerbe in Frankreich nur noch 14 Prozent zur Wertschöpfung im Lande bei. In Deutschland sind es doppelt so viele, in Italien mehr als 23 Prozent, und der Durchschnitt im Euro-Raum liegt mit gut 22 Prozent noch deutlich über Frankreich. Die Schwäche der Industrie hat sinkende Anteile der französischen Exporte auf dem Weltmarkt zur Folge. Zwischen 1993 und 2003 exportierte Frankreich noch regelmäßig mehr als es importierte, doch seit dieser Periode steigt das Außenhandelsdefizit kontinuierlich und hat im vergangenen Jahr den Rekordwert von rund 70 Milliarden Euro erreicht.

Der Dienstleistungssektor kann die industrielle Schwäche nicht ausgleichen, so dass sich der Abzug der Industrie auf die allgemeine Beschäftigung durchschlägt: Die Arbeitslosenquote hat laut Eurostat im Dezember 2011 9,9 Prozent erreicht, das ist ein Fünftel mehr als in Deutschland. 2,9 Millionen Franzosen sind bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert; wenn man noch jene hinzunimmt, die nur wenige Stunden arbeiten, sind es gut vier Millionen. Seit zwölf Jahren ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr so hoch gewesen.

Nüchtern muss inzwischen auch Präsident Sarkozy feststellen: Die Masse der französischen Unternehmen ist international nicht wettbewerbsfähig. Die Speerspitze der Wirtschaft – die im Börsenindex CAC versammelten 40 größten Aktiengesellschaften – vermitteln ein trügerisches Bild. Diese 40 Konzerne sind in der

Die Masse der französischen Unternehmen ist international nicht wettbewerbsfähig Regel gut geführt und international breit aufgestellt, doch sie sind nur ein Tropfen auf

dem heißen Stein, zumal Frankreich als Absatzmarkt sowie als Produktionsstandort für viele nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Ein Konzern wie Renault etwa verkauft nur noch ein Viertel seiner Autos in Frankreich und hat mehr Beschäftigte im Ausland als in der Heimat.

Ungleich wichtiger für die Politiker und den Wirtschaftsstandort Frankreich sind die zahlreichen kleinen und mittelgroßen Unternehmen. 60 Prozent der Franzosen arbeiten in Firmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Doch diese Kategorie ist verwundbar, wenn nicht schon angeschlagen. Die kleinen Betriebe sind oft nicht expansiv genug, viele schrecken vor Verkäufen und Investitionen

im Ausland zurück und bleiben daher meistens klein. Folglich gibt es auch zu wenig exportorientierte große Mittelständler. "In Deutschland gibt es 400 000 kleine und mittelgroße Unternehmen, die exportieren. In Frankreich sind es nur 100 000", klagt Handelsminister Pierre Lellouche. "Wir müssen unser Angebot verbessern." Als ein Mangel gilt eine unzureichende Produktpalette im hochwertigen Segment. Abgesehen von der Luxusgüterindustrie, wo große Konzerne wie LVMH und PPR die Branche nach oben ziehen, begnügen sich viele französische Unternehmen infolge von niedrigen Investitionen in Produktion, Forschung und Entwicklung mit dem mittleren bis niedrigen Oualitätsbereich. Dort aber sind sie für Billiganbieter aus dem Ausland leicht angreifbar, denn die Produktion am Standort Frankreich ist teuer. Über etliche Jahre lagen die Lohnsteigerungen über den Zuwächsen an Produktivität. Eine Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften wie in Deutschland kannte Frankreich nicht, und der Staat trieb die Arbeitskosten mit hohen Sozialabgaben zusätzlich in die Höhe.

An diesem Punkt sollte sich die Politik in der Pflicht fühlen. Doch jahrzehntelang betrachteten wechselnde französische Regierungen die Unternehmen als eine Art Selbstbedienungsladen, den sie vermeintlich ungestraft mit Steuern und Abgaben belegen konnten. Das gilt vor allem für die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, aber auch für die vergleichsweise hohe Körperschaftssteuer, selbst wenn diese viele Schlupflöcher zulässt. Wieder kann hier Sarkozy als Kronzeuge angeführt werden, der ungeachtet sei-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

ner Amtsführung in den vergangenen fünf Jahren kürzlich ein wahrheitsgetreues Zeugnis ablegte: "Bei einem Beschäftigten mit 4000 Euro Bruttogehalt zahlt ein deutsches Unternehmen 840 Euro Sozialabgaben im Monat, in Frankreich aber das Doppelte", sagte er im Fernsehen. Die Rechnung der Unternehmen ist somit leicht erstellt: Je mehr Beschäftigte in Frankreich gehalten werden, destoteurer wird es.

Wie ein Gefängniswächter dem Gefangenen, legt der Staat den Unternehmen eine schwere Kugel ans Bein. Denn aus zwei Gründen braucht er hohe Mittel: Der französische Staat gibt mehr aus als andere Länder, und das Sozialsystem benötigt für die Umverteilung viel Geld. Auf 56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sind die Staatsausgaben unter Sarkozy geklettert, sechs Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der EU. Nur Irland und Dänemark hatten 2010 höhere Staatsausgaben. Die Sozialausga-

ben sind auf 20 Prozent des BIP gestiegen, "einer der höchsten Werte in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)", wie die in Paris ansässige Organisation in ihrem jüngsten Länderbericht schreibt. Die krisenbedingte Ausweitung der Arbeitslosigkeit hat die Sozialausgaben zusätzlich aufgebläht.

Eine weitere Ursache ist der traditionell große Beamtenapparat Frankreichs. Sarkozy hat zwar mit einer gegen großen Widerstand durchgesetzten Regel gegenzusteuern versucht: Nur einer von zwei in Ruhestand gehenden Beamten wurde ersetzt. Doch die so eingesparten 150 000 Stellen entsprechen nur sieben Prozent der staatlichen Belegschaft. Sarkozy ließ auch mindestens die Hälfte der Einsparungen durch Gehaltserhöhungen an die verbliebenen Beamten zurückfließen. Die der Pariser Kontrolle entgehenden Regionen, Départements und Kommunen Auch der Präsident hat den Glauben an den Staat wiedergefunden: Nicolas Sarkozy mit seinem sozialistischen Herausforderer François Hollande bei der Besichtigung eines Sägewerks im zentralfranzösischen Tra-le-Bos, April 2011

IP · März/April 2012 97

stellten in den vergangenen Jahren zudem munter neues Personal ein.

Die Effektivität des französischen Staatsdiensts gilt dabei übrigens als gering, wenn man dem World Bank Governance Indicator Glauben schenkt. Danach liefern unter den großen OECD-Ländern nur der öffentliche Dienst von Italien, den Vereinigten Staaten und Japan schlechtere Leistungen.

Die hohen Staatsausgaben hat sich Frankreich bisher auch deshalb geleistet, weil sich der Staat am Kapitalmarkt leicht verschulden konnte. Seit 1975 hat keine französische Regierung mehr einen ausgeglichenen Haushalt präsentiert. Doch es fanden sich immer wieder Investoren, die bereitwillig die französischen Staatsanleihen zeichne-

Nicht mehr auf Augenhöhe mit Deutschland zu stehen, erzeugte einen tiefen Schock ten. Ein steigender Anteil kam davon aus dem Ausland, sodass die ausländischen Finanziers

heute zwei Drittel der französischen Staatsschuld halten. Der letzte Zahlungsausfall Frankreichs liegt schließlich lange zurück, das war im Jahr 1797. Der Bankier Michel Pébereau warnte 2005 in einem Bericht vor der "Leichtigkeit der öffentlichen Verschuldung", doch obwohl seine Studie von der Regierung beauftragt worden war, blieb sie ungehört.

Spätestens an einem Freitag, den dreizehnten – nämlich den 13. Januar 2012 – fand die vermeintliche Sorglosigkeit aber ein jähes Ende. Frankreich verlor an diesem Tag das seit den siebziger Jahren gehaltene AAA-Höchstrating von Standard & Poor's. Die Herabstufung erschütterte die gesamte politische Klasse Frankreichs. Nicht mehr auf Augenhöhe mit

Deutschland zu stehen, erzeugte einen tiefen Schock. Seit dem 13. Januar darf in keiner Wahlkampfrede die Erläuterung einer Strategie zur Schuldeneindämmung fehlen. Dabei sind die Fakten seit langem bekannt. Frankreich blickt heute auf eine Staatsschuld von rund 85 Prozent des BIP. Das ist viermal so hoch wie in den siebziger Jahren. 1788, neun Jahre vor dem letzten Zahlungsausfall, hatte die Staatsschuld Frankreichs auch die 80-Prozent-Grenze überschritten, berichten Wirtschaftshistoriker. Heute warnen Ökonomen. dass ab der 90-Prozent-Grenze eine Schuldenspirale droht, die schwer unter Kontrolle zu bringen ist.

#### Sarkozys Endspurt

Unter Sarkozy stieg die Fremdfinanzierung um knapp 500 Milliarden Euro. Diesen Hinweis lässt sich der in den Umfragen führende Präsidentschaftskandidat François Hollande von der Sozialistischen Partei selten entgehen. Die beiden Hauptkontrahenten, Hollande und Sarkozy, wollen die staatliche Neuverschuldung bis 2013 von 5,4 auf 3 Prozent des BIP senken. Doch sie schlagen unterschiedliche Wege ein. Hollande setzt auf eine höhere Belastung von Wohlhabenden und großen Unternehmen. Eine staatliche Mittelstandsbank soll die Kreditlücke auf dem privaten Bankenmarkt schließen. Kleinunternehmen werden steuerlich entlastet.

Sarkozy dagegen will in den vergangenen Monaten verpasste Reformchancen ergreifen und verlangt den Franzosen große Anstrengungen ab. Dabei geht er ein hohes politisches Risiko ein, denn seine Vorschläge unter dem Leitziel der Wettbewerbs-

fähigkeit sind unpopulär. Die Mehrwertsteuer will Sarkozy von 19,6 auf 21.2 Prozent erhöhen, obwohl diese Steuer bekanntlich die ärmeren Schichten härter trifft als die reicheren. Auch der für die Konjunktur wichtige Konsum der Haushalte könnte darunter leiden. Die erhofften Steuereinnahmen sollen allein den Unternehmen zugutekommen, indem ihre Sozialbeiträge sinken. Für die Arbeitnehmer ist keinerlei Beitragsentlastung vorgesehen. Zudem will der Präsident die gesetzlich vorgeschriebene Wochenarbeitszeit von 35 Stunden, nach deren Überschreitung Überstundenzuschläge bezahlt werden müssen, zugunsten der Unternehmen weiter auflockern. Nach seinem Willen sollen Gewerkschaften und Arbeitgeber in den Betrieben individuelle Arbeitszeitmodelle aushandeln dürfen, die Lohnverzicht gegen Beschäftigungssicherung vorsehen. Die Arbeitszeit soll an die Auftragslage angepasst werden können. Wenn Unternehmen und Gewerkschaften sich auf solche Modelle einigen, wäre dies das faktische Ende der 35-Stunden-Woche.

Selten hat ein französischer Präsident so viele unbeliebte Maßnahmen kurz vor den Wahlen angekündigt. Obendrein zitiert Sarkozy unablässig Deutschland als das leuchtende Beispiel. Mit dem Verweis auf "le socialiste Gerhard Schröder", der Reformen durchsetzte, zu denen Hollande niemals in der Lage sei, will Sarkozy gegen die Linke punkten. Doch er geht das Risiko ein, dass die Franzosen ihn nur als halbsouveränen Kandidaten an der Seite einer übermächtigen Angela Merkel sehen. Hollande spricht bereits von Sarkozys "Unterwerfung".

Doch der Präsident weiß, dass die Verteidigung seiner Bilanz allein in die Sackgasse führen würde. Sarkozy steht im Vergleich zu seinem reformscheuen Vorgänger Jacques Chirac sicher nicht mit leeren Händen da: Die Rentenreform, die das Eintrittsalter zum Bezug einer Vollrente von 60 auf 62 Jahre

erhöhte, war angesichts der lang anhaltenden Streiks im Jahr 2010 ein gelungener Kraftakt. Im Universi-

Selten hat ein französischer Präsident so viele unbeliebte Maßnahmen kurz vor den Wahlen angekündigt

tätsbereich sorgte Sarkozy für mehr Autonomie der Hochschulen. Die Unternehmen entlastete er von der Gewerbesteuer, und die Gewerkschaften im öffentlichen Verkehr verloren an Blockademacht, weil ihre Mitglieder die Arbeitsniederlegungen nun offiziell anmelden müssen, damit die Unternehmen sich besser auf Personalausfälle einstellen können.

Die Finanzkrise und Sarkozys fehlender Reformwille in der Anfangszeit werfen aber dunkle Schatten auf seine Bilanz. Am Alltag der Franzosen haben seine Reformen wenig verändert. Als Präsident der Kaufkraft, als der sich Sarkozy 2007 präsentiert hatte, darf er heute nicht mehr auftreten. Denn unter dem Druck der Globalisierung und beunruhigt von der Krise des Euro-Raums fühlen sich die meisten Franzosen heute ärmer als zum Amtsantritt von Sarkozy vor fünf Jahren.



CHRISTIAN SCHUBERT ist Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Paris.

IP · März/April 2012

## Unerlässliche Europäer

Warum die EU auf Großbritannien nicht verzichten kann

Alan Posener | Brauchen wir die Briten noch? Eine Frage, die sich seit dem britischen Veto gegen das Ergebnis des EU-Gipfels so mancher in Frankreich und Deutschland stellt. Doch ist es kein Gebot der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Vernunft, Großbritanniens Potenzen für die EU zu nutzen? Wollen wir etwa Europa von der Welt abschneiden?

Seit dem Gipfel vom 8./9. Dezember 2011 ist die Europäische Union gespalten. "Es gibt jetzt ganz klar zwei Europas: das eine, das vor allem Solidarität unter seinen Mitgliedern und Regulierung will. Und das andere, das sich nur an die Logik des gemeinsamen Marktes klammert", sagte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy vier Tage später im Interview mit Le Monde. Mitte Dezember interpretierte Bernd Ulrich in der Zeit die Gipfelergebnisse sogar "als eine Spaltung, freundlicher: eine Diversifizierung des Westens". Hier Europa, das nicht nur umweltpolitisch, sondern nun auch finanziell auf Nachhaltigkeit setze, dort die USA, die weiterhin die Umwelt verpesten und Schulden machen wollten. "Wenn die Europäer das Versprechen halten, das sie sich gegeben haben, dann sind sie eine Systemalternative", so Ulrich.

Das Wort sollte zu denken geben. Ebenso wie die Tatsache, dass "die Europäer" in dieser Lesart offensicht-

lich das "perfide Albion" ausschließen, das gegen das Gipfelergebnis sein Veto eingelegt hat. Wenn man bedenkt, dass der Leiter des Politikressorts der Zeit für das Jahr 2050 einen "europäischen Machtraum entstehen" sieht, "von Skandinavien bis nach Nordafrika, von Portugal bis Weißrussland, von Frankreich bis zur Türkei", ist man versucht, sarkastisch zu sagen: Viel Spaß beim Schaffen dieses "Machtraums" ohne Großbritannien, dafür mit Griechenland, Italien, Spanien, Portugal. Gewiss, Deutschland und Frankreich, die größte und zweitgrößte Volkswirtschaft des Kontinents, bilden den Motor der Europäischen Union. Aber ohne die drittgrößte, ohne Großbritannien, ist die Aufgabe nicht zu stemmen.

Nicht zuletzt geht es um politische, kulturelle und wirtschaftliche Einstellungen. "Europa ist östlicher, deutscher und gaullistischer geworden", stellte Eckhard Fuhr Anfang Januar in der *Welt* fest. "Nicht umsonst werden Atlantiker nervös angesichts des deutsch-französischen Schulterschlusses bei der Krisenbewältigung." Das sollte nicht nur "Atlantiker" beunruhigen: Jeden Liberalen - und damit sind nicht nur Anhänger der FDP gemeint - muss das Grausen packen, wenn ein (Stichwort Systemalternative) "östliches, deutsches, gaullistisches" Europa der "Solidarität und Regulierung" einem marktwirtschaftlich und atlantisch ausgerichteten Europa gegenübergestellt wird. Genau deshalb wird Großbritannien in Europa gebraucht: Weil die angelsächsische Tradition des Wirtschaftsliberalismus und gesellschaftlicher Liberalität, gekoppelt mit einer beachtenswerten industriellen, kommerziellen, finanziellen, kulturellen, diplomatischen und militärischen Potenz, kurz: eine einmalige Verbindung von "Hard" und "Soft" Power, Großbritannien für die EU zu einer unerlässlichen Nation macht.

#### Zocker? Von wegen!

Die neue antibritische Haltung in Deutschland und Frankreich ist so neu ja nicht, sondern eine Wiederbelebung des unter Gerhard Schröder und Jacques Chirac zur Zeit des Irak-Kriegs kultivierten Affekts gegen das britisch-amerikanische Sonderverhältnis, das wiederum auf noch ältere Ressentiments zurückgriff. Seit dem Crash von 2008 richten sie sich besonders gegen einen altbekannten Feind: das Finanzkapital, Wall Street und die City of London. "Wann hat man eigentlich zum letzten Mal das Wort "Finanzindustrie" gehört?" fragt Fuhr. "Klammheimlich hat es sich aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verabschiedet. Es enthält die Behauptung, Zocken sei eine wertschöpfende Tätigkeit wie Stahlröhren schmieden, Autos zusammenbauen oder Milchtüten füllen." Großbritannien ist bekanntlich der Hauptsitz der Finanzindustrie in Europa. Genauer gesagt werden hier laut Eurostat wertmäßig mehr als 35 Prozent aller Finanzdienstleistungen in der EU-27 erbracht. Außerdem ist die "City" Großbritanniens größter Exporteur, größter Steuerzahler und größter Arbeitgeber im Hochlohnsektor. 251 ausländische Geld-

institute arbeiten dort, 90 000 Banker allein in London, davon übrigens 8000 bei der Großbritanniens Finanzindustrie ist größter Exporteur, Steuerzahler und Arbeitgeber im Hochlohnsektor

Deutschen Bank, die dort einen Großteil ihrer Geschäfte abwickelt. Und die Banker generieren Arbeit für weitere Zehntausende, von der Wohnungsmaklerin über die Dolmetscherin und Sekretärin bis hin zum Kaffeekocher bei Starbucks.

Finanzdienstleistungen tragen auch nach der Krise 8 Prozent zum britischen Bruttoinlandsprodukt bei, in Deutschland sind es nicht einmal 1,5 Prozent. Nur noch acht Prozent der britischen Bevölkerung sind im produzierenden Gewerbe beschäftigt, während es in Deutschland über 24 Prozent sind. Da verbindet sich leicht eine Abneigung gegen "Zocker" mit alten nationalen Vorurteilen. Heute sind ja 80 Prozent der Arbeitskräfte dieser "Nation von Kleinkrämern", wie man schon im Kaiserreich spottete, im Dienstleistungssektor beschäftigt. Doch bei aller Bewunderung für den deutschen Arbeitsmann, der Stahl schmiedet, Autos baut und Milch abfüllt, sind freilich auch in Deutschland inzwischen fast 74 Prozent der

arbeitenden Menschen Dienstleister. Übrigens sind Wert und Volumen des britischen industriellen Outputs dem Rückgang der Arbeitskräfte zum Trotz seit den fünfziger Jahren kontinuierlich gewachsen. GlaxoSmithKline und AstraZeneca sind das zweit- und drittgrößte Pharmaunternehmen, Rolls Royce ist der zweitgrößte Produzent von Flugzeugtriebwerken und BAE Systems das zweitgrößte Rüstungsunternehmen der Welt. Selbst Autos werden dort noch gebaut, auch wenn die Firmen nicht mehr Briten gehören.

#### Kein Tüfteln ohne Kapital

Die Vorstellung, Autos bauen oder Milchtüten füllen sei eine wertschöpfende Tätigkeit, den Kredit für Autobauer und Autokäufer, Milchbauern und Müller-Milch organisieren jedoch nur "Zockerei", ist ein typisch deutsches Missverständnis. Eines, das in der Geschichte als Gegensatz von "schaffendem" und "raffendem" Kapital eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Dabei zählt natürlich auch der radikalste deutsche Kritiker der Fi-

Wert und Volumen des britischen industriellen Outputs sind seit Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen nanzindustrie darauf, dass seine kapitalbildende Lebensversicherung nach Ablauf die garantierte Rendite

abwirft. Und natürlich braucht der Stuttgarter Tüftler ebenso wie der Kreative in Prenzlauer Berg Venture Capital, damit sein Start-up auch starten kann. Es gibt eine Korrelation zwischen der Entwicklung der Finanzindustrie und dem Wachstum der Gesamtwirtschaft. Wenn Firmen und Individuen schnell an Kapital kommen, wächst ihre Investitions- und Konsumbereitschaft. Was mit der "schaf-

fenden" Industrie passiert, wenn es in der "raffenden" eine Kreditklemme gibt, haben wir 2008 erlebt.

Die Verachtung der "Zocker" ist allem Politiker-Populismus zum Trotz - den Regierungen fremd, die sich gern von der Steuer auf die im Finanzgewerbe erzielten Gewinne bedienen. In Großbritannien sind das 12 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen. Deshalb schwärmen EU-Politiker seit kurzem von einer Finanztransaktionssteuer. Angeblich soll sie "Exzesse" am Finanzmarkt verhindern; worum es wirklich geht, verriet der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer im Interview mit der Welt am Sonntag am 11. Dezember: "Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, könnten in Europa zusätzliche Wachstumsimpulse finanziert werden." Fragt sich nur, wer wen finanzieren soll. 55 Milliarden Euro jährlich würde eine solche Steuer generieren; allein 60 bis 70 Prozent davon würden in Großbritannien anfallen.

So verständlich der Impuls zur Bestrafung der Banker ist, so kurzsichtig ist er auch. Der Finanzdienstleistungssektor der EU-27 ist der zweitgrößte der Welt nach den USA, und der weltgrößte Exporteur von Finanzdienstleistungen. Zusammen kontrolliert der Westen, also USA plus EU, fast zwei Drittel der weltweit getätigten Finanzdienstleistungen. Das ist auch politisch von Bedeutung, wie die Rolle der Finanzindustrie bei den Sanktionen gegen den Iran beweist. Ganz wesentlich ist dieses gute Ergebnis für Europa von London abhängig, dem wichtigsten Scharnier zwischen den Märkten in Amerika und Asien einerseits, Europa andererseits und

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

übrigens auch Sitz der größten Schiffsmakler, ohne die weder VW exportieren noch Lidl importieren könnten. Im Welt-Ranking der internationalen Finanzplätze (Global Financial Centres Index, März 2011) liegt London auf Platz eins vor New York und Hongkong. Keine andere Stadt der EU findet sich unter den Top Ten. Frankfurt, der zweitwichtigste EU-Finanzplatz nach London, liegt weit abgeschlagen auf Platz 14. Unter den aufsteigenden Finanzplätzen finden sich vor allem asiatische Städte. Das World Economic Forum sieht Hongkong sogar schon vor New York und London. Wer ein Europa ohne die Londoner City schaffen will, der will Europa von der Welt abschneiden.

#### Weltumspannende "Anglosphäre"

In seinem bemerkenswerten Essay "Zur Verfassung Europas" hat Jürgen Habermas darauf hingewiesen, dass die "Völker eines Kontinents von schrumpfendem politischem und wirtschaftlichem Gewicht" sich nicht darauf beschränken können, die Europäische Union "defensiv zur Erhaltung ihres kulturellen Biotops" zu nutzen; vielmehr müssten sie ihren politischen Spielraum "auch offensiv für einen weiteren und noch mühsameren Aufbau globaler Steuerungskapazitäten" einsetzen. Es ist offenkundig, dass dies ohne Großbritanniens globale Erfahrungen und nach wie vor beträchtliches politisches Gewicht als Mitglied des UN-Sicherheitsrats und des Commonwealth, als Ursprungsland der weltumspannenden "Anglosphäre" und als Atommacht völlig illusorisch wäre.

Habermas glaubt, dass Deutschland sich auf Sarkozys Vorschlag einer "Wirtschaftsregierung" einlassen könne: "Das bedeutet ja nicht, dass man sich damit schon auf die etatistischen Hintergrundannahmen und protektionistischen Absichten ihres Initiators einlassen würde." Eine interessante Charakterisierung des franzö-

Ohne das "perfide Albion" Großbritannien lässt sich kein europäischer "Machtraum" schaffen: Premierminister David Cameron, isoliert beim Brüsseler EU-Gipfel, Dezember 2011

IP⋅März/April 2012

sischen Standpunkts seitens eines Philosophen, der prima facie kein Freund des angelsächsischen Kapitalismus ist. Aber das bedeutet es schon, wenn sich Deutschland – statt wie unter Helmut Kohl zwischen Frankreich und Groß-

Es ist kein Zufall, dass die erste "Außenministerin" der Europäischen Union aus Großbritannien stammt britannien, Etatismus und Deregulierung, Protektionismus und Handelsfreiheit zu vermitteln – Sarko-

zys "Europa der Regulierung" unter Ausschluss Großbritanniens anschließt, weil man Ausnahmeregeln für den Finanzplatz London ablehnt.

"Der ,engeren Zusammenarbeit" auf wirtschaftspolitischem Gebiet würde dann eine in der Außenpolitik folgen müssen", schreibt Habermas weiter. Doch eine EU-Außenpolitik ohne Großbritannien wäre absurd. Es ist eben kein Zufall, dass die erste "Außenministerin" der EU, Catherine Ashton, aus Großbritannien kommt. Dass sie eine blasse Figur ist und ihrem Amt keine Gestalt zu geben vermag, steht auf einem anderen Blatt. Das mag in Ashtons Person begründet sein, in der gewollten Machtlosigkeit des Amtes, aber auch in strategischen Differenzen innerhalb der Europäischen Union.

#### Zäsur Libyen-Krieg

Diese Differenzen brachen im Vorfeld des Libyen-Kriegs auf. Vor allem die EU-Staaten Großbritannien, Frankreich und Italien machten sich für einen Regimewechsel stark. Die Amerikaner waren zunächst "not convinced". Barack Obamas Verteidigungsminister Robert Gates kritisierte noch Anfang März 2011 "loses Gerede" über militärische Optionen. Als

aber am 17. März im UN-Sicherheitsrat Resolution 1973 eingebracht wurde, die einen Militäreinsatz zum Schutz der Rebellen billigt, stimmten die USA dafür, ebenso wie das EU-Mitglied Portugal. Deutschland aber enthielt sich, zusammen mit Brasilien, Russland, Indien und China. Unabhängig davon, wie man zur Libven-Aktion steht: Der offene Dissens zwischen Deutschland und Frankreich markiert eine Zäsur. Aktuell waren zwar innenpolitische Erwägungen ausschlaggebend. Sarkozy stand unter Druck, seit die allzu engen Beziehungen seiner Außenministerin zum tunesischen Diktator Ben Ali ruchbar geworden waren. Merkel stand wieder einmal vor einer Landtagswahl.

Doch der Dissens hat tiefere Wurzeln. Bereits als Sarkozy 2007 seinen Plan für eine "Mittelmeerunion" vorstellte, die alle Mittelmeeranrainerstaaten plus Mauretanien und Jordanien umfassen (und die nördlichen EU-Länder, darunter Deutschland, außen vor lassen) sollte, wurde die Idee von Merkel torpediert. Die Kanzlerin sah in Sarkozys Projekt den Versuch, eine eigene französische Interessensphäre zu schaffen. Und das sollte sie auch - als Gegengewicht zu einer aus Pariser Sicht bedrohlichen deutschen Interessensphäre, die von der Oder bis über den Kaukasus hinweg reicht. Die vorübergehende deutsch-französische Einigung in Sachen Euro-Rettung, die tiefgreifende Differenzen über den künftigen Kurs nur zukleistert, verdeckt auch eine strategische Rivalität der beiden größten Mächte innerhalb der EU.

Der Libyen-Krieg offenbarte jedoch nicht nur das Fehlen einer kohärenten europäischen Außenpolitik. Als der Einsatz gegen Gaddafi begann, feuerten französische Flugzeuge zwar die ersten symbolischen Schüsse; die Hauptfeuerkraft der ersten "Shock and Awe"-Angriffswelle kam jedoch von 124 amerikanischen und britischen Cruise Missiles vom Typ "Tomahawk". Genauer: Die USA feuerten 122 Tomahawks ab, die Briten zwei. Nach sechs Tagen hatte die Royal Navy zwölf Marschflugkörper abgefeuert und damit ein Fünftel ihres gesamten Arsenals aufgebraucht.

Nach drei Monaten erklärte der Chef der britischen Kriegsmarine, der Krieg sei über den September hinaus "nicht durchzuhalten". Anfang August kündigte Frankreich den Abzug seines reparaturbedürftigen Flugzeugträgers "Charles de Gaulle" an; zuvor hatte Italien seinen Flugzeugträger "Garibaldi" abgezogen; Norwegen hatte seine Beteiligung an der Aktion ganz eingestellt. Ohne die USA wäre nicht Gaddafi, sondern Europa zusammengebrochen. Aus dem Libyen-Debakel haben Großbritannien und Frankreich ihre eigenen Schlüsse gezogen und eine von beiden Seiten als "historisch" bezeichnete Ära der militärischen Kooperation eingeleitet. Gemeinsam wollen sie Flugzeugträger, U-Boote und Drohnen nicht nur entwickeln und bauen, sondern auch nutzen. Dass Deutschland nicht in diese Entente Cordiale einbezogen wird, spricht für sich.

Während sich also Deutschland und Frankreich in der Ostpolitik und der Mittelmeerpolitik gegenseitig lähmen, wendet sich Frankreich, wenn es um künftige europäische Machtprojektion – ob im Rahmen der NATO, der EU oder denkbarer Koalitionen der Willigen – an Großbritannien. Die USA, das hat Barack Obama zu Beginn des neuen Jahres im Pentagon verkündet, verlegen ihren außenpolitischen und erst recht ihren militärischen Schwerpunkt westwärts in den Pazifik, um China

zu kontern. Die Europäer werden sich um sich und ihre Umgebung

Ohne Großbritannien wäre der "Machtraum" der EU nur ein "Machttraum"

künftig – wie es im Falle Libyens bereits deutlich wurde – selbst kümmern müssen. Der "Machtraum", den die Zeit zu Recht der Europäischen Union zuspricht, wäre ohne eine Nation Großbritannien, die mit einer gewissen Selbstverständlichkeit und aus einer seit Kolonialzeiten ungebrochenen Tradition heraus die Bürden weltweiter militärischer Einsätze übernimmt, schlicht und einfach ein "Machttraum".

Es ist ein Gebot der wirtschaftlichen, politischen, diplomatischen und militärischen Vernunft, Großbritanniens Potenzen für die EU nutzbar zu machen. Das macht man nicht, indem man das Land isoliert und eine Parallelstruktur nicht nur der Mitglieder der Euro-Zone einrichtet (für die einiges spricht, und gegen die von britischer Seite nichts einzuwenden gewesen wäre), sondern der 27 minus Großbritannien.

#### Gelebte Wertegemeinschaft

Zum Schluss muss an den unerlässlichen britischen Beitrag zur Kultur des Kontinents erinnert werden. Damit ist nicht nur die Kultur im engeren Sinne gemeint, von der Popmusik über den Roman und den Film bis hin zur – wer hätte das gedacht? – Kochkunst. Die oft verspottete "alte Tante" BBC – in Wirklichkeit ein hochmodernes Medi-

enkonglomerat, das mehr Korrespondenten in mehr Ländern der Erde hat als irgendein anderer Sender – ist das wichtigste Sprachrohr des Westens. Die British Broadcasting Corporation ist der einzige Kanal, der nach dem Qualitätsabfall der amerikanischen Konkurrenten und dem Aufstieg von Al Dschasira in der außerwestlichen Welt und besonders in unserer Nachbarschaft, dem Nahen Osten und Afrika, Glaubwürdigkeit und Deutungs-

Großbritannien ist als Nation die Atlantikbrücke der Europäischen Union

macht besitzt. Fast genauso wichtig ist das Feedback aus der Welt in den Sender, der via In-

ternet, E-Mail, Twitter zu einem Weltmeinungsforum wird. Der Sender ist Symptom eines in Kontinentaleuropa seltenen Habitus; er verkörpert die entspannte Liberalität einer geografisch und gesellschaftlich exzentrischen Nation, die weder Faschisten noch Kommunisten in nennenswertem Umfang hervorgebracht hat, noch enragierte Antikommunisten und unbeugsame Antifaschisten ex post facto. Und wichtiger noch: Das Selbstverständliche einer Haltung, die hierzulande verdächtig erscheint, nämlich der gelebten Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. "Atlantikbrücke" heißt eine verdienstvolle deutsche Organisation; Großbritannien ist als Nation die Atlantikbrücke der EU.

Großbritannien hat einiges gemeinsam mit jener anderen unerlässlichen, gerade weil exzentrischen europäischen Nation, der Türkei, und es ist kein Zufall, dass die Briten zu den treuesten Lobbyisten eines türkischen EU-Beitritts zählen. Beide teilen die Erinnerung an eine große imperiale Vergangenheit, beide eine gewisse Skepsis gegenüber den europäischen Mittelmächten, beide eine gewisse Kaltblütigkeit in militärischer Hinsicht. Beide sind Ausnahmen vom allgemeinen europäischen Trend schrumpfender Bevölkerungen. Und beide sind Brücken-Nationen, ohne die Europa keinen weltpolitischen Einfluss im Sinne Habermas' gewinnen kann.

Manche Europäer, die insgeheim von einem kontinentalen Mini-Imperium unter deutscher oder einem gaullistischen Verein der Vaterländer unter französischer Führung träumen, fürchten, dass die Inklusion jener peripheren, über das Klein-Klein hinausweisenden Mächte Großbritannien und der Türkei die Europäische Union überdehnen und letztlich sprengen würde. Aber wenn die Euro-Krise eine bleibende Lehre bereithält, dann diese: dass nicht die Erweiterung der Union Sprengkraft birgt, sondern die Vertiefung. Will Europa nicht implodieren, muss es expandieren. Über die Türkei wird in einigen Jahren zu sprechen sein. Jetzt aber gilt es, so schnell wie möglich Großbritannien wieder in seine Rechte als führende europäische Nation einzusetzen. Niemand außer Deutschland kann das leisten. Niemand außer Deutschland hat so viel davon zu gewinnen.



ALAN POSENER ist Korrespondent für Politik und Gesellschaft der Welt am Sonntag.

# Die ganze Kompetenz der INTERNATIONALEN POLITIK



Als Abonnent erhalten Sie drei
Mal jährlich die im Handel nicht
erhältlichen Länderporträts der IP
– mit umfangreichen Daten, Fakten und Hintergründen zu Wirtschaft, Politik und Kultur ausgewählter Länder und Regionen.

### Die Zeit ist noch nicht reif

Aber glaubwürdige Planungen eines Militärschlags gegen Iran sollten beginnen

Jean-Loup Samaan | 2012 ist die Debatte über das Für und Wider eines militärischen Vorgehens gegen Irans Nuklearprogramm zurückgekehrt. Befürworter reden die enormen Schwierigkeiten einer solchen Operation klein. Auf sie vorbereiten muss sich der Westen dennoch. Nur vor einer glaubhaften Drohkulisse ließe sich am Verhandlungstisch noch etwas erreichen.

2011 war der arabische Frühling neuer Impulsgeber im Nahen Osten, doch in den ersten Wochen des neuen Jahres kehrte das iranische Nuklearprogramm zurück ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Vor allem die Diskussion um einen möglichen Militärschlag gegen iranische Nuklearanlagen ist wieder da.

Am 8. November 2011 legte die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) dem UN-Sicherheitsrat einen neuen Bericht zum Stand des iranischen Atomprogramms vor. In einem zehnseitigen Anhang berichtet die IAEO detaillierter als je zuvor über dessen militärische Dimensionen. Unter anderem ist von Projekten die Rede, die schon länger als zehn Jahre laufen. Dieser Bericht verschärfte die schwelende diplomatische Krise deutlich. Während die amerikanische Regierung und die Europäische Union mit neuen Sanktionen gegen iranische Ölexporte und Banken reagierten, häuften sich die Gerüchte über einen geplanten unilateralen Luftschlag Israels. Im Januar 2012 veröffentlichte Foreign Affairs einen Artikel von Matthew Kroenig mit der Überschrift "Time to Attack Iran" ("Die Zeit ist reif für einen Angriff auf den Iran").

In zugespitzten Formulierungen vertritt Kroenig darin die Meinung, dass Bombenangriffe auf den Iran die einzige Option sei, die den Entscheidungsträgern nun noch bliebe. Obwohl Kroenigs Artikel in vielen Details zu hinterfragen wäre, hat er eine hitzige Diskussion unter Experten ausgelöst. Größtenteils handelt es sich hierbei jedoch um eine Debatte über Kosten und Nutzen eines Militärschlags, die schon seit einem Jahrzehnt mit unterschiedlicher Intensität geführt wird. Seit die Existenz geheimer Anlagen 2002 von iranischen Dissidenten des "National Council of Resistance of Iran" aufgedeckt wurde, kursiert die Idee einer militärischen Intervention, um den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hin-

dern. 2006 schrieb der Journalist Seymour Hersh im *New Yorker*, die Regierung von Präsident George W. Bush stehe kurz vor einem Angriff.¹ Wenngleich Hersh damals einige Äußerungen seiner Gewährsmänner im Pentagon wohl zu wörtlich nahm, verweist der wiederkehrende Charakter dieser Debatte doch auf den Stellenwert der militärischen Option.

Bis heute treibt das Atomproblem eine große Kluft zwischen die verschiedenen Lager der Nahost-Sicherheitsexperten. Strittig sind vor allem drei Aspekte: die strategische Notwendigkeit eines Militärschlags, die Durchführbarkeit eines solchen Angriffs sowie dessen kurz- und langfristige Auswirkungen.

# Günstige Gelegenheit für einen Militärschlag?

Das erste und wichtigste Argument der Befürworter eines Angriffs ist, dass ein mit Atomwaffen bestückter Iran eine für die internationale Gemeinschaft inakzeptable Gefahr sei, da gegen den religiösen Eifer der iranischen Führung jedwede Abschreckungspolitik zwecklos sei. Mit anderen Worten: Die Handlungen des Iran sind nicht so rational wie die der Sowjetunion während des Kalten Krieges, und das seit nunmehr 67 Jahren herrschende nukleare Tabu, was den Einsatz von Atomwaffen angeht, könnte gebrochen werden. Vertreter der israelischen Verteidigungs-Community haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Iran nicht nur droht, Israel auszulöschen, sondern auch an den hierzu nötigen Waffen arbeitet. Hinzu kommt das Risiko, dass ein atomarer Iran in Sachen Weiterverbreitung eine Kettenreaktion im Nahen und Mittleren Osten auslösen könnte: Hat der Iran die Atombombe, werden auch die Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten nachziehen.

Ein zweiter zentraler Aspekt ist, dass die Befürworter eines Militäreinsatzes die Wirtschaftssanktionen, die von Seiten der UN, der EU und einzelner Staaten gegen den Iran verhängt wurden, mit großer Skepsis, wenn nicht gar Geringschätzung betrachten. Da wichtige Länder wie China, Russland oder Indien die Sanktionen nicht in vollem Umfang mittrügen, seien diese

von vornherein zum Scheitern verurteilt. Des Weiteren beharren die Fürsprecher von Der Iran droht nicht nur, Israel auszulöschen, sondern arbeitet auch an den hierzu notwendigen Waffen

Luftangriffen darauf, dass es immens wichtig ist, den richtigen Zeitpunkt eines Angriffs zu wählen, der nun gekommen sei. So stehe das Regime in Teheran angeblich an einem Punkt, an dem die Fertigstellung nuklearer Waffen binnen weniger Monate absehbar sei. Laut dem israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak wird der Iran schon bald eine "Immunitätszone" erreichen, in der es für westliche Mächte ungleich schwerer sein wird, ihn zur Aufgabe des Programms zu zwingen.

Vom praktischen Gesichtspunkt aus betrachtet gibt es, auch wenn viele Schlüsselinformationen der Geheimhaltung unterliegen, viele in der Presse und Politikjournalen veröffentlichte Einschätzungen, denen zufolge ein Luftangriff auf die iranischen Atom-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Seymour Hersh: The Iran Plans, The New Yorker, 17.4.2006.

anlagen machbar ist. 2007 schrieben Whitney Raas und Austin Long vom Massachusetts Institute of Technology, die israelische Luftwaffe sei imstande, die drei Nuklearanlagen in Natanz (Urananreicherung), Isfahan (Urankonversion) und Arak (Wasserkraftwerke und Reaktoren zur Plutoniumproduktion) zu attackieren: "Eine solche Operation wäre nicht risikoreicher als der israelische Angriff auf den irakischen Atomreaktor in Osirak von 1981 und würde in Sachen Verlangsamung des iranischen Atomprogramms mindestens ebenso viel erreichen."2

Darüber hinaus eröffnet der mit dem 31. Dezember 2011 vollendete Abzug amerikanischer Truppen aus dem Irak die Möglichkeit zusätzlicher Flugrouten; die Strecke über Jordanien und den Irak gilt als effizienter und sicherer als alle anderen. Dank des Truppenabzugs würde ein israelischer

Es geht nur um die Zerstörung der Atomanlagen, nicht um einen Sturz der Regierung in Teheran Angriff die Amerikaner nicht länger in eine delikate Situation bringen. Auch zeigen sich die Fürsprecher

einer Militäroperation zuversichtlich, dass israelische und westliche Streit-kräfte in der Lage seien, die Nebeneffekte eines Bombardements unter Kontrolle halten zu können – sei es durch das Aufzeigen expliziter "roter Linien", um die Situation zu deeskalieren, oder durch die Vereitelung möglicher iranischer Vergeltungsschläge. Matthew Kroenig, der zuvor im

amerikanischen Verteidigungsministerium beschäftigt war, schreibt in Foreign Affairs: "Die Vereinigten Staaten könnten im Vorfeld deutlich machen, dass sie nur an der Zerstörung der Atomanlagen interessiert sind, nicht an einem Sturz der Regierung."

Selbst wenn der Iran sich zur Eskalation entscheiden sollte, sind sich die Befürworter eines Militärschlags sicher, dass der Westen iranische Gegenangriffe abwehren könnte. Einige israelische Politiker, darunter Verteidigungsminister Barak und Premierminister Benjamin Netanjahu, haben sich überzeugt gezeigt, dass die iranischen Kapazitäten für Vergeltungsangriffe überbewertet seien; sie beruhten größtenteils auf Bluff. In einem im Januar 2012 veröffentlichten Bericht des Begin-Sadat-Centers, einer rechtsgerichteten israelischen Denkfabrik, erklärt Haim Rosenberg, das iranische Raketenarsenal "könne Israel nur begrenzt physischen Schaden zufügen".3 Auf längere Sicht würde ein Angriff, so meinen die Befürworter, die Entschlossenheit des Westens demonstrieren, und außerdem das Regime in Teheran davon abbringen, die Arbeiten am Nuklearprogramm unmittelbar wieder aufzunehmen. Manche Beobachter halten es sogar für möglich, dass ein solcher Militärschlag die iranische Führung ins Wanken bringen und die Opposition im Kampf für einen Regimewechsel stärken könnte. Insgesamt liefern all diese Argumente eine gute Grundlage zur Annahme, dass ein Militärschlag technisch, stra-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Whitney Raas und Austin Long: Osirak Redux? Assessing Israeli Capabilities to Destroy Iranian Nuclear Facilities, International Security, 4/2007, S. 30.

 $<sup>^3</sup>$  Haim Rosenberg: Missile Warefare: A Realistic Assessment, BESA Center Perspectives Paper, Nr. 161, 25.1.2012.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

tegisch und moralisch die am wenigsten schlechte Option ist, die Atomkrise zu lösen.

# Argumente gegen einen Militärschlag

Kommentatoren, die sich gegen einen militärischen Einsatz aussprechen, sind als Gruppe nicht so homogen wie die Befürworter. Am einen Ende des Spektrums befinden sich Pazifisten, die aus rein philosophischen Gründen eine Intervention mit Waffengewalt ablehnen; am anderen Ende stehen dagegen Pragmatiker, die zwar einige Annahmen mit den Befürwortern eines Militärschlags teilen, jedoch zu anderen Schlussfolgerungen kommen. Einige behaupten zum Beispiel, dass eine Atommacht Iran keine Katastrophe für die Region sei, da die Regierung in Teheran durchaus als rationaler Akteur auf Abschreckung reagieren würde. Unter Verweis auf Erfahrungen aus dem Kalten Krieg und dem indischpakistanischen Konflikt meinen sie, dass Atomwaffen eine rationalisierende Wirkung haben.

Zudem glauben die Skeptiker, die Dringlichkeit der Situation werde überschätzt. Wäre der Iran schon an dem Punkt angelangt, alle für Atomwaffen nötigen Ressourcen zu besitzen (nach allen vorliegenden Informationen, einschließlich des jüngsten IAEO-Berichts, zu urteilen ist dieser Punkt noch nicht erreicht), müsste er die Inspekteure der IAEO ausweisen, um letztendlich mit dem Bau der Atombombe zu beginnen. Nur dann gebe es für die internationale Gemeinschaft keinen anderen Ausweg mehr als einen Militärschlag. Dieser Punkt könnte in einem Zeitfenster von 6 bis 18 Monaten erreicht sein - es bliebe also noch mehr als genug Zeit zur Vorbereitung und Durchführung eines Angriffs. Der zentrale Aspekt dieses Szenarios ist, dass eine Militärintervention in diesem Fall sehr viel eindeutiger legitimiert wäre, als es in der ein rationaler Akteur und damit atomar abzuschrecken? Boden-Luft-Raketen neben einem Bild von Religionsführer Ayatollah Ali Chamenei auf einer Teheraner Rüstungsmesse, September 2005

Ist der Mullah-Staat

momentanen, undurchsichtigen Situation der Fall ist.

Zudem heben die Skeptiker eine große Unbekannte in der Gleichung hervor: die Machbarkeit eines Militärschlags. Die USA wären natürlich in der Lage, den Iran zu bombardieren. Das eigentliche Problem ist jedoch die Qualität der Geheimdienstinformationen: Wieviel weiß man wirklich über die iranischen Nuklearanlagen? Sollte die amerikanische (oder die israelische) Luftwaffe die Anlagen in Natanz, Arak und Isfahan zerstören, wie

Der Iran hat die Lektionen von Osirak gelernt und das Programm auf Standorte im ganzen Land verteilt sicher könnte man dann sein, dass damit auch tatsächlich die Knotenpunkte des iranischen Atompro-

gramms getroffen wurden? Die Iraner haben die Lektionen des israelischen Angriffs auf Osirak gelernt und ihr Programm auf verschiedene Standorte im ganzen Land verteilt, so dass immer Zweifel bleiben werden, ob die vorliegenden Informationen für die Zerstörung des gesamten Atomprogramms ausreichen.

Schließlich gehören für Kritiker der Ausgang und die Folgen einer Militäroperation zu den am heftigsten umstrittenen Aspekten eines Militärschlags. So sind Skeptiker verblüfft von der Einschätzung, die westlichen Mächte könnten im Falle eines Militärschlags eine weitere Eskalation der Situation verhindern und den Iran dazu zwingen, von Vergeltung abzusehen. Sie halten diese Annahme für optimistisch, wenn nicht gar naiv, und verweisen an dieser Stelle auf einen zentralen Widerspruch in der Argumentation ihrer Kontrahenten: Zunächst beschrieben diese, um einen Angriff zu rechtfertigen, den Iran als von einem irrationalen, fanatischen Regime beherrscht, das bereit sei, nuklearen Selbstmord zu begehen. Im nächsten Zug jedoch spielten sie die Gefahr einer möglichen Eskalation nach einem Militärschlag herunter. Demnach wäre eine Atommacht Iran irrational und selbstmordgefährdet, während ein Iran unter Luftbeschuss sein Handeln genau abwöge.

Doch selbst wenn dies so eintreten sollte, gäbe es, so glauben die Skeptiker, keine Möglichkeit, den Iran am sofortigen Neustart seines Nuklearprogramms zu hindern. In diesem Fall würde Teheran vermutlich in kompletter Geheimhaltung verfahren. Auch nach einer Zerstörung der Urananreicherungsanlage in Natanz könnten solche dort eingesetzten Zentrifugen schnell und von internationalen Beobachtern unbemerkt wieder gebaut werden. Dies sind die Hauptgründe, aus denen Skeptiker einen Militärsschlag mit extremer Vorsicht betrachten.

#### "Sanktionsbewehrte Diplomatie"

Nach fast einem Jahrzehnt voller Gerüchte um mögliche Luftangriffe auf das iranische Atomprogramm ist offensichtlich, dass der größte Fehler dieser Debatte in ihrem Referenzrahmen liegt. Danach nämlich habe die Politik nur zwei Wahlmöglichkeiten: Wirtschaftssanktionen oder Militärschlag. Um ihre Ansichten zu untermauern, haben sich die Kontrahenten die meiste Zeit damit beschäftigt, die Argumente der Gegenseite zu widerlegen. Das mag einerseits vielleicht intellektuell anregend sein, andererseits wirkt das auf der Ebene der praktischen Politik verheerend. So war die Politik der Wirtschaftssanktionen bisher vor allem durch die Unbeständigkeit der westlichen Mächte gekennzeichnet. Dies gilt im Hinblick auf die Durchsetzung (das Versagen der USA und Europas, Mächte wie China und Indien mit ins Boot zu holen), auf "rote Linien" (die angesichts iranischer Rücksichtslosigkeit immer wieder verschoben wurden) und auf die eigentlichen Ziele (geht es um einen Stopp des Nuklearprogramms oder doch um ein Regimewechsel?).

Die Militäroption hingegen wirkte bislang ironischerweise - oder traurigerweise - wie ein Bluff des Westens. Ein in aller Öffentlichkeit ausgetragener Streit über den Wert eines Militäreinsatzes hat dazu geführt, dass es den westlichen Verbündeten an Glaubwürdigkeit mangelt. Sowohl US-Verteidigungsminister Leon Panetta als auch sein Vorgänger Robert Gates haben eine militärische Intervention für unwahrscheinlich erklärt. Und obwohl die USA noch immer in der Lage wären, die iranische Infrastruktur zu zerstören, ist das Denken in Washington infolge der Irak- und Afghanistan-Kriege von "strategischer Ermattung" geprägt. Das beeinflusst die Selbsteinschätzung, wenn es um die Umsetzung eines Militärschlags geht.

Tatsächlich liegt der größte Fehler der aktuellen Debatte intellektuell wie politisch aber darin, dass Wirtschaftssanktionen die Glaubwürdigkeit der Militäroption untergraben, statt sie zu unterstützen. Jede Art "sanktionsbewehrter Diplomatie" ist von wirtschaftlichen und militärischen Komponenten gekennzeichnet. "Sprich sanft, aber halte einen großen Knüppel in der Hand, und du wirst weit kommen." So formulierte es einmal US-Präsident Theodor Roosevelt.

Trotz aller Fehler der Vergangenheit gibt es Anfang 2012 gute Gründe zu glauben, dass man dem mit der Entscheidung für oder gegen einen Militärschlag verbundenen Dilemma noch entgehen kann. Der weitrei-

chende Charakter der jüngsten, von den USA und Europa beschlossenen Sanktionen gegen den Iran

Bislang wirkte die Militäroption ironischerweise – oder traurigerweise – wie ein Bluff des Westens

könnte sich als entscheidend herausstellen. Mehr noch: Der Abzug amerikanischer Truppen aus dem Irak, die anschließende Stationierung von 15 000 US-Soldaten in Kuwait und das wachsende Bewusstsein innerhalb der NATO, dass sich die Atlantische Allianz auf die Herausforderung durch den Iran vorbereiten muss, sind Signale, dass sich die Wahrnehmung, ob die Militäroption glaubwürdig ist oder nicht, noch ändern könnte.

Denn die Vorbereitung eines möglichen Militäreinsatzes untergräbt die Wirtschaftssanktionen nicht, sondern führt ein weiteres Sanktionsmittel ein, um sie zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist es nicht unlogisch, eine mögliche Militäroption zu planen, während man alle diplomatischen Mittel ausschöpft. Vielmehr ist das das handfesteste Mittel, dem Iran vor Augen zu führen, wie hoch die Kosten wären, würde er den Rubikon überschreiten.



JEAN-LOUP SAMAAN ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Middle East Department des NATO Defense College in Rom.

## Die schwere Wiedergeburt des Irak

Wie Stabilität in einer instabilen Region aufgebaut werden kann

Florence Gaub | Eigentlich ist Optimismus angesagt: Der Irak besitzt noch mehr Öl als gedacht und damit zusätzliche Einnahmequellen. Die Bevölkerung ist gebildet und schreitet im demokratischen Lernprozess voran. Die Jahre der schlimmsten Gewalt sind vorbei; Ende 2011 zogen die US-Truppen ab. Doch an seinen Grenzen hat der Irak schwierige Nachbarn.

Politisch gesehen sind neun Jahre keine lange Zeit. Eine Statistik der Weltbank zeigt, dass es 36 Jahre dauert, eine staatliche Institution aufzubauen, 27 Jahre, um Korruption zu beseitigen und 41 Jahre, um einen Rechtsstaat zu etablieren. Die Aufmerksamkeitsspanne der internationalen Gemeinschaft dagegen ist wesentlich kürzer; ein Staat, der sich nicht schnell genug neu erfindet (wie Bosnien-Herzegowina oder der Kosovo), verschwindet aus den Nachrichten.

Dem Irak geht es ähnlich: Aus der westlichen Presse durch den "arabischen Frühling" verdrängt, ringt das Land mit Herkulesaufgaben wie Reform des Sicherheitssektors, demokratische Regierungsführung, Terrorismus und Gewalt zwischen verschiedenen Gruppierungen – all das in einem spannungsreichen regionalen Umfeld, das es in seinem Wiederaufbau nur zögerlich unterstützt oder sogar unter-

miniert. Dennoch: Die vergangenen Jahre im Irak waren nicht erfolglos.

#### Die Qual der Wahl

In den 80 Jahren seiner unabhängigen Existenz war der Irak höchstens bruchstückhaft und zeitweise eine Demokratie. Zwischen seiner Unabhängigkeit 1930 und dem Ende der Monarchie 1958 wurden zwar zehn Parlamentswahlen abgehalten - die aber durchgängig manipuliert wurden, um dem sunnitischen Königshaus eine ihm gewogene Volksvertretung zur Seite zu stellen. Unter den sukzessiven Diktaturen fanden Wahlen unregelmäßig und mit fragwürdigem Ausgang statt: So wurde Saddam Hussein 1995 mit 99,96 Prozent, 2002 mit 100 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Die fünf Parlamentswahlen unter seiner Herrschaft erlaubten keinen echten Pluralismus neben der herrschenden Baath-Partei.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> The World Bank: World Development Report 2011. Conflict, Security and Development – Overview, Washington DC, 2011, S. 11.

Eine wahre Demokratie mit Wahlen und frei rivalisierenden Parteien ist für die Iraker deshalb eine neue Erfahrung. Seit der Invasion 2003 haben die Iraker zwei Mal (2005 und 2010) über die Zusammensetzung ihres Parlaments abgestimmt; ein neu entwickeltes Wahlsystem garantiert Minderheiten und Frauen Parlamentssitze. Parteien formierten sich explosionsartig im ganzen Land. Bei den ersten Wahlen 2005 traten 20 000 Kandidaten und 34 Koalitionen an, und dass die Wahlbeteiligung trotz angespannter Sicherheitslage bei 60 und 70 Prozent lag, galt zu Recht als positiv. Viele Sunniten, die die ersten freien Wahlen aus Unzufriedenheit mit dem neuen politischen System boykottiert hatten, nahmen an den zweiten Wahlen 2010 teil.

Der Übergang zur Demokratie jedoch ist immer schwierig. Es ist die Phase, die am meisten Gewaltpotenzial birgt, vor allem, weil freie Wahlen im unmittelbaren Anschluss an das Ende eines autokratischen Systems die sozialen Spannungen eher verschärfen als reduzieren. Das war und ist im Irak nicht anders. Parteien und Koalitionen bilden sich vor allem entlang ethnisch-konfessioneller Linien. Das führt häufig zu antagonistischer Rhetorik, die sich eher hetzerischer Anschuldigungen bedient, als sich um Politikinhalte zu kümmern. Da arabische Sunniten unter Saddam Hussein bevorzugt wurden, stehen sie nun unter dem Generalverdacht der Kollaboration; vor den Wahlen von 2010 wurden rund 500 meist sunnitische Kandidaten wegen des Verdachts gesperrt, mit der Baath-Partei in irgendeiner Form verbunden gewesen zu sein.

Aus den Wahlen ging dennoch die Koalition Al-Irakija hervor, die säkular-nationalistisch gefärbt ist und sowohl von Sunniten als auch von säkularen Schiiten gewählt wurde, darunter vielen Militäroffizieren. Trotz des Wahlsiegs konnte die Koalition keine Regierung bilden, da der Rest des Parlaments von schiitischen Parteien dominiert wird, von denen manche mehr, manche weniger religiös motiviert sind.

Nach zehn Monaten Verhandlungen wurde schließlich eine große Koalition gebildet, doch der Frieden währte nicht lange. Im Dezember 2011, nur Tage nach dem Abzug der letzten amerikanischen Soldaten, wurde Tarek al-Haschemi, einer der führenden Politiker von

Al-Irakija, Sunnit und Mitglied des Präsidentschaftsrats, der Organisation von Terrorat-

Freie Wahlen im Anschluss an ein autokratisches System führen oft zu mehr sozialen Spannungen

tentaten und der Planung eines Staatsstreichs bezichtigt. Haschemi floh in den kurdischen Norden. Auch dies empfinden viele als Teil einer systematischen Abstrafung der Sunniten; den schiitischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki hält man für den Urheber des Haftbefehls.

Gewaltenteilung, konfessionsunabhängige Parteienbildung und Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit sind Themen, bei denen die junge irakische Demokratie noch Aufholbedarf hat. Es besteht jedoch begrenzter Anlass zur Hoffnung: Als einzige konfessionsübergreifende Partei konnte Al-Irakija die meisten Stimmen auf sich vereinen, und auch das schiitische Lager darf man nicht gänzlich als Handlanger des Iran verste-

hen. So verliert etwa Muktada al-Sadr, der Kopf der schiitischen Mahdi-Milizen, mit dem Abzug der amerikanischen Truppen eines seiner Hauptthemen. Bei aller hetzerischen Rhetorik und dem Mangel an politischer Reife sollte man nicht vergessen, dass dies typische Symptome einer jungen Demokratie sind.

#### Aus Alt mach Neu: die Armee

Die Auflösung der irakischen Armee im Mai 2003 schuf mehr Probleme als sie löste: Sie setzte nicht nur eine halbe Million waffenerfahrener Männer auf die Straße – sie sah nicht ein-

Alle Generäle und 70 Prozent des Offizierskorps haben schon unter Saddam Hussein gedient mal mehr einen Platz in den neuen Sicherheitsstrukturen für sie vor. Jeder, der in irgendeiner Form

Teil des Baath-Regimes gewesen war, wurde von der neuen, ursprünglich nur 44 000 Mann starken Armee ausgeschlossen. Diese Pläne mussten die USA bald aufgeben; der Irak brauchte dringend eine Sicherheitsstruktur, die um einiges größer sein musste, um Sicherheit überhaupt gewährleisten zu können.

Die "neue" irakische Armee ist deswegen in großen Teilen die alte irakische Armee – alle Generäle und 70 Prozent des Offizierskorps haben schon unter Saddam Hussein gedient. Dies macht das Militär vor allem eines: erfahren in Sachen Sicherheit. In nur sechs Jahren gelang es, 200 000 Mann einzustellen, in Terrorbekämpfung zu trainieren und operativ tätig zu werden. Wollte man eine militärische Institution aus dem Nichts schaffen, würde dies mehrere Jahrzehnte dauern.

Die irakische Armee genießt einen guten Ruf in der Bevölkerung. Sie garantierte einen sicheren Ablauf der Wahlen und steht nun vor der Herausforderung, die amerikanischen Truppen zu ersetzen. Das Gewaltniveau hat sich in den vergangenen Jahren stark reduziert, doch nun stellt sich die Frage, ob die irakischen Sicherheitskräfte auch ohne amerikanische Unterstützung in der Lage sein werden, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Denn nicht alles ist rosig in Sachen Militär: 30 Prozent der Offiziersposten sind aus Mangel an qualifiziertem Personal nicht besetzt, und während unter Saddam Hussein eine strenge Dekonfessionalisierungspolitik verfolgt wurde, werden Posten in den Sicherheitskräften nun nach ethnisch-religiöser Zugehörigkeit vergeben. Die obersten Ränge verfolgen dabei einen numerischen Proporz, d.h. 20 Prozent arabische Sunniten, 60 Prozent arabische Schiiten und 18 Prozent Kurden, was dem geschätzten Bevölkerungsanteil entspricht.

Das Problem besteht darin, dass politische Einmischung in innermilitärische Angelegenheiten grundsätzlich ungern gesehen wird - umso mehr, wenn eine Organisation, die sich auf das Prinzip der Meritokratie beruft, plötzlich ethnisch-konfessionelle Größen berücksichtigen soll. Im Falle des Irak kommt noch hinzu, dass die neue Quote vor allem die Gruppe bevorteilt, die unter Saddam Hussein benachteiligt war: die arabischen Schiiten. Vor 2003 waren 20 Prozent der irakischen Offiziere Schiiten; weil aber 70 Prozent der aktuellen Offiziere - und damit fast jeder über dem

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Rang eines Hauptmanns – aus der alten Armee stammen, bedeutet dies, dass die Schiiten bevorzugt befördert wurden. Sie machen auf höchster Ebene 60 Prozent aus. Das missfällt natürlich jenen, die ohnehin mit dem neuen System unzufrieden sind: den arabischen Sunniten.

Verstärkt wird diese Unzufriedenheit durch die Entscheidung, die US-Trainingsmission nur im winzigen Ausmaß von 150 Mann zu akzeptieren (die USA hatten 20 000 vorgeschlagen), und die NATO-Trainingsmission abzubrechen. Dabei hatten irakische Generäle sogar öffentlich zugegeben, dass sie noch bis 2020 Unterstützung bräuchten, um alleine operieren zu können.<sup>2</sup>

Frustration im Militär birgt immer Gefahrenpotenzial – vor allem aber in einem Land, in dem das Militär sich über Jahrzehnte an Einfluss in der Politik gewöhnt hat, sektiererische Politik ablehnt und sich selbst als die einzige wahre nationale Institution wahrnimmt. Man darf nicht vergessen, dass das irakische Militär den ersten arabischen Staatsstreich 1936 durchführte und bis zur Machtergreifung 1968 sechs Mal putschte. Tragischerweise war Saddam Hussein der erste irakische Zivilist, dem es gelang, das Militär des Landes unter Kontrolle zu bringen.

#### Armes reiches Land

Die irakische Wirtschaft hat keine leichten Jahre hinter sich. Der achtjährige Krieg gegen den Iran, der Krieg von 1991, die jahrelangen Sanktionen sowie die Invasion von 2003 bescherten dem Land massiven Schaden an der Infrastruktur, Millionen von Flüchtlingen sowie 130 bis 140 Milliarden Dollar Schulden,

Iraks Wirtschaft hat keine leichten Jahre hinter sich. Die Börse stieg 2009 immerhin von der Kreidetafel auf elektronischen Handel um: ein Broker in Bagdad, Januar 2012

 $<sup>^2</sup>$  Iraqi Army not ready to take over until 2020, says country's top general, The Guardian, August 2010.

wovon der Großteil Auslandsschulden sind. Das Entschuldungsprogramm, das die irakische Regierung vor allem mit den Mitgliedern des Pariser Clubs umgesetzt hat, hat diese auf 92 Milliarden Dollar reduziert – 67 Milliarden hiervon sind Schulden bei Golf-Staaten.

Mit dem Ende des Regimes von Saddam Hussein läutete die Übergangsverwaltung der internationalen Koalition im Irak unter Paul Bremer außerdem ein Ende der Plan- und die Einführung der Marktwirtschaft ein – was bisher jedoch eher stockend vorangeht. Da Übergänge dieser Art wirtschaftlich wie politisch immer schwierig sind, suspendierte das ira-

Das Erdöl ruft Verteilungskämpfe auf den Plan. Premier Maliki konzentriert viel Macht in seinen Händen kische Parlament Bremers Entscheidungen, insbesondere was den Ölsektor betrifft. Andere Bereiche,

wie Tourismus und Konsumgüter, haben von der Liberalisierung der Märkte bisher jedoch profitiert. Steuern wurden von 45 Prozent auf 15 Prozent gesenkt, die stabilisierte Sicherheitslage erlaubte eine Verlangsamung der Inflation und zog ausländische Investoren an. Ölexporte erreichten 2009 das Niveau von 2002, und die Entdeckung weiterer Ölfelder 2010 verspricht dem Irak noch mehr Einnahmequellen für die kommenden Jahrzehnte.

Ölvorkommen haben sich jedoch in den meisten Staaten als politischer Fluch erwiesen, denn natürliche Ressourcen sind eher der Autokratie als der Demokratie förderlich. Dass auch Ministerpräsident Maliki dazu neigt, viel Macht in seinen Händen zu konzentrieren – er ist derzeit Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Innen- und Verteidigungsminister sowie Minister für Nationale Sicherheit – bestätigt dies. Solange Erdöl 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, wird es die Tendenz geben, Macht autokratisch zu zentrieren, um die Verteilung der Erlöse zu monopolisieren. Hinzu kommt, dass Öl Abhängigkeit von internationalen Märkten und damit eine gewisse Unkalkulierbarkeit mit sich bringt.

#### Allein unter vielen

Im regionalen Gefüge war der Irak stets ein Paradox. Unbeliebt bei seinen Nachbarn aufgrund seiner panarabischen Rhetorik, die Gamal Abdel Nassers Ägypten Konkurrenz machte, aufgrund seiner Größe, strategischen Lage und seines Ölvorkommens war er jedoch gleichzeitig das Osttor der arabischen Welt und damit das Bollwerk gegen den expansionistischen Iran. Aus diesem Grund unterstützten die meisten seiner Nachbarn (außer Syrien) den Krieg gegen den Iran von 1980 bis 1988 mit Krediten. Als der Irak 1990 Kuwait besetzte, verbündeten sich dieselben Nachbarn (außer Jordanien) mit der internationalen Koalition zur Befreiung des Golf-Staates.

Diese Dualität im regionalen Zusammenspiel hat sich auch nach 2003 nicht geändert. Während die Golf-Staaten den iranischen Einfluss im Irak befürchten, haben sie gleichzeitig keine Maßnahmen ergriffen, um dem Staat eine regionale Alternative zu bieten. Außer Katar, das 2004 die Schulden des Irak erließ, zögern die anderen Golf-Staaten, vor allem Kuwait, dem Land eine Reintegra-

tion in den arabischen Raum zu erleichtern. Die Vereinigten Arabischen Emirate erließen erst im Januar 2012 Schulden in Höhe von 8,5 Milliarden Dollar, doch Kuwait und Saudi-Arabien bestehen nach wie vor auf der Rückzahlung der respektive 27 Milliarden und 30 Milliarden Dollar Schulden.

Vor allem die Beziehung mit Kuwait hat dabei politische Konsequenzen: Solange der Irak keine Einigung mit dem Golf-Staat gefunden hat, bleibt er unter Kapitel 7 der UN-Charta (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen), was ihn nicht nur in seiner staatlichen Souveränität begrenzt, sondern auch wirtschaftlich behindert. Unterstützung kann Bagdad außerdem nicht vom traditionell feindlich gesinnten Syrien erwarten, das seit 2003 Terroristen Durchgang in den Irak gewährte, oder von der Türkei, der die halbautonome Region Kurdistan großes Unbehagen bereitet. Die Annullierung des Gipfels der Arabischen Liga in Bagdad 2011 wurde im Irak gleichfalls als arabische Isolation interpretiert, wenngleich wahrscheinlich Sicherheitsbedenken ausschlaggebend waren. In diesem Kontext ist es nicht verwunderlich, dass der Irak iranische Angebote einer Wirtschafts- und Militärkooperation annimmt und sich mit seinem östlichen Nachbarstaat besser versteht, als dies seinen anderen Anrainerstaaten lieb ist.

#### Neun Jahre später: die Bilanz

Eigentlich besteht Anlass zu Optimismus: Der Irak besitzt noch mehr Öl als gedacht, seine Bevölkerung ist gebildet, politisch interessiert und schreitet im demokratischen

Lernprozess voran.
Die schlimmsten
Jahre der Gewalt
zwischen ethnischen und religiö-

Der Irak versteht sich heute mit seinem Nachbarn Iran besser, als es den anderen Anrainern lieb wäre

sen Gruppierungen sind vorbei, und die US-Truppen sind Ende 2011 abgezogen. Statistisch gesehen verbessern sich die Chancen des Irak 2013, zehn Jahre nach der Invasion,<sup>3</sup> die Gewaltspirale endlich zu verlassen, damit sich die Wirtschaft erholen und der Wiederaufbau in vollen Gang kommen kann.

Doch der regionale Kontext macht es dem Irak nicht einfach: Die internationalen Spannungen mit dem Iran und die Instabilität Syriens werden sich sehr wahrscheinlich auch für den Irak bemerkbar machen, dem aber wenig eigener Gestaltungspielraum zur Verfügung steht. Die Faustregel lautet: Je stabiler der Irak nach innen ist, desto weniger werden sich die regionalen Ereignisse auf ihn auswirken.



Dr. FLORENCE GAUB ist Dozentin in der Nahost-Abteilung des NATO Defense College in Rom.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Paul Collier, Anke Hoeffler und Mans Soederbom: Post-Conflict Risks, Center for the Study of African Economics, University of Oxford, August 2006, S. 9, http://economics.ouls.ox.ac.uk/13631/1/uuid83a31fbc-081c-4392-9f96-ab6cdbacc13e-ATTACHMENT01.pdf.

## Mare nostrum

Das Mittelmeer - die Agora für Europa und Nordafrika

Thomas Schmid | Nach langer Schreckstunde begannen europäische Politiker wohl, nach Nordafrika zu reisen – doch ganz so, als trenne den Norden und den Süden des Mittelmeers eine scharfe Kante. Dabei gälte es, das Bindende des Mittelmeers zu entdecken; zu erkennen, dass Europa ohne Sinn für das ganze Rund des Meeres von seinen stärksten Wurzeln abgeschnitten wäre.

Aus dem arabischen Frühling droht ein Herbst, gar ein wüster Winter zu werden, gewiss. So wunderbar die Tatsache ist, dass in einer Region, in der die Stimme des Volkes seit Menschengedenken nichts zählte, eine plötzlich hervorbrechende Bewegung von unten imstande war, Regime wie morsche Bäume zu fällen: Es kann nicht wirklich verwundern, dass dem Sturz der Potentaten keineswegs der direkte Weg in die Demokratie folgte. Woher soll er auch kommen, der Wille, sich auf das fragile Gebilde aus Gewaltenteilung und gebändigter Staatsmacht einzulassen? Dass dort, wo der abendländische Weg schon vor sehr langer Zeit nachhaltig verlassen wurde, die scheinbaren Gewissheiten des Islams nach dem Ende der Despotie zum wichtigsten Haltegriff plötzlich führungslos gewordener Gesellschaften werden könnten, hat eine gewisse Logik. Viel wird für die Region und für Europa davon abhängen, ob es in Tunesien, Libyen und vor allem Ägypten gelingt, eine gemäßigte Form des politischen Islamismus zu etablieren, der bereit und fähig ist, zu verhandeln, Kompromisse einzugehen, sich selbst zu bremsen sowie andere Überzeugungen, Wertvorstellungen und Lebensweisen ohne Vorbehalt zu akzeptieren. Es klingt zwar pathetisch, könnte aber die Wahrheit sein: Dies wird die Schicksalsfrage der Region sein.

Demokratie ist voraussetzungsvoll, kein Wunder, dass sie nicht automatisch auf den Trümmern der Despotie erblüht. Erstaunlich und schwer verständlich ist etwas Anderes. Als Anfang vergangenen Jahres wider alles Erwarten Zine el Abidine Ben Ali und dann Hosni Mubarak gehen mussten, rückte das den Südrand des Mittelmeers plötzlich in den Mittelpunkt des Interesses, und es kam sogar – nicht nur bei den in die Jahre gekommenen Altfreunden der Rebellion – so etwas wie Begeisterung auf. Doch war es eine Begeisterung, die jener früheren für die Dritte Welt und deren Befreiungsbewegungen durchaus ähnlich war. Die Aufstände wurden als etwas Exotisches, fast Pittoreskes wahr-

genommen. Mancher wollte nicht wirklich wahrhaben, dass beim Aufbruch etwa der tunesischen Jugendlichen zumindest auch der Wunsch am Werk war, an den wirtschaftlichen wie auch politischen Segnungen westlicher Demokratien teilzuhaben, zu ihnen aufzuschließen. Mancher wollte nicht sehen, dass diese Revolte, wie vor Jahrzehnten die osteuropäischen Revolten, nicht antisondern prokapitalistisch war. Sie wurde als eine Tausend-und-eine-Nacht-Revolte wahrgenommen.

#### Das Weltgeschehen am Mittelmeer

Als europäische Politiker nach einer ziemlich langen Schreckstunde allmählich begannen, in die Länder der arabischen Rebellion zu fliegen und Solidarität wie Hilfsbereitschaft zu bekunden, fiel vor allem auf, wie fremd ihnen diese Länder waren. Sie reisten in der irrigen Überzeugung, der Nordrand des Mittelmeers sei eine scharfe Kante, die den europäischen Kulturraum vom arabischen

trennt. Gewiss, die vergangenen Jahrzehnte geben wenig Anlass, Verbindendes zu finden. Europa und Nordafrika sind Wege gegangen, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Hier: Demokratie, Wirtschaftsfreiheit, Menschenrechte und die friedliche intergouvernementale gegenseitige Verschränkung und Selbstbindung ehedem verfeindeter, einan-

Mancher wollte nicht wahrhaben, dass die arabische Revolte nicht anti-, sondern prokapitalistisch war

der zumindest misstrauisch beäugender Staaten. Und dort: Despotie, eine an freier Entfaltung gehinderte Ökonomie, Willkür, ein Nationalismus, der zur Ersatzreligion hochgerüstet wurde, und ein latenter Hang zur Theokratie. Wie soll es da möglich sein, die neuesten Geschehnisse am Südrand des Mittelmeers als etwas zu begreifen, das uns ganz unmittelbar angeht? Und zwar nicht nur, weil es Europa sicherheitspolitisch und geostrategisch betrifft, sondern auch, weil es unsere Sache ist, was dort "unten" geschieht.

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, dass es im Norden Afrikas auch um uns geht, muss man nur ein Buch aufschlagen, das vor 76 Jahren - in der großen Zeit der berichtend-essayistischen Reiseliteratur – erschienen ist. Es trägt den Titel "Das Weltgeschehen am Mittelmeer" und den weit streuenden Untertitel "Ein Buch über Inseln und Küsten, Politik und Strategie, Völker und Imperien". Geschrieben hat es die Journalistin Margret Boveri, damals 36 Jahre alt und außenpolitische Redakteurin beim renommierten Berliner Tageblatt. Mit 34 Jahren relativ spät in den journalistischen Beruf eingestiegen, hatte sie auch dank der Förderung durch einen Mentor, den Chefredakteur der Zeitung, eine blitzschnelle Karriere hingelegt. Gerade erst Volontärin, schrieb sie schon Leitartikel auf der Seite 1 des Blattes, in denen sie sich kühn, oft allzu kühn, den ganz großen außen- und weltpolitischen Fragen widmete. Innenpolitik interessierte sie nicht. Sie war, wie ihre Biografin Heike B. Görtemaker schreibt, ehrgeizig, äußerst arbeitsam, scheute keine Risiken, nahm kein Blatt vor den Mund und verfolgte ihre Ziele mit ungewöhnlicher Konsequenz.

Ab und an stieß sie, die damals von der – wie sie sagte – "nationalen Revolution" durchaus nicht nur abgeschreckt war, mit der Zensur zusammen. Sie

war keine Freundin der angelsächsischen Welt. Später schrieb sie, da war der Zweite Weltkrieg gerade erst zu Ende, eine polemische "Amerika-Fibel für erwachsene Deutsche" (1946). Und in den Vorkriegsjahren, in denen Hitler Anlauf zum großen Krieg nahm, hatte auch sie publizistisch das Ressentiment gegen "Albion" und den allzu nüchternen Geist der Briten geschürt. Ihre Begeisterung für den verworrenen Mittelmeerraum hat beileibe nicht nur, aber auch diese trübe Quelle. Zugleich war sie, Tochter eines deutschen Vaters und einer amerikanischen Mutter, kosmopolitisch aufgewachsen. Als der Vater, wie die Mutter Biologe, eine Zeitlang am Zoologischen Institut von Neapel arbeitete, ging sie dort zur Schule und lernte perfekt Italienisch. In diesen Jahren mag sie, die durchaus auch etwas Nördlich-Strenges hatte, den Überschwang und die Fülle der südlichen Sonnen- und Meerwelt in sich aufgesogen haben. Eine Faszination, die ihr Mittelmeerbuch durchzieht, das halb Hymne, halb geostrategische Grundsatzschrift ("Weltgeschehen") ist.

#### "Eine sonnenhafte Tragik, ganz anders als die Tragik der Nebel"

Margret Boveris Grundidee ist naheliegend, man möchte fast sagen: banal. Zugleich aber ist sie höchst originell: Denn kaum jemand Anderes ist auf diese simple Idee gekommen, die der Blick auf die Landkarte ebenso nahe legt wie der Rückblick in die Geschichte der vergangenen drei Jahrtausende. Sie nimmt das große Oval des Mittelmeers nicht als eine Wasserfläche, die trennt, sondern

Boveri nimmt das Mittelmeer nicht als Wasserfläche, die trennt, sondern die auch Verbindendes stiftet als eine Fläche, die zwar trennt, die dank ihrer Befahrbarkeit aber – und das ist das Wichtigere – auch verbindet, Verbindendes stiftet. Und die damit einen gemeinsamen Raum schafft. Gleich im Vorwort schreibt sie: "Es ist ein Unrecht am Mittelmeerraum, wenn man eine seiner Eigenschaften allein darstellt, seine Altertümer, seine reiche

bunte Geschichte, seine Vegetation und Farbenpracht oder seine politische Zusammensetzung." Und in geradezu holistischer Bewegtheit fügt sie hinzu: "Das ganze Mittelmeer soll es sein." Und dann programmatisch: Das Buch versuche, "etwas vom bleibenden Wesen des Mittelmeers zu geben: die Struktur, das Naturell, die historischen Tendenzen, die immer wiederkehren".

Es ist schon die Natur, die hier eine noch heute von jedem Reisenden erspürbare Gemeinsamkeit geschaffen hat. Im ganz hohen Ton hebt das Buch so an (und einmal wenigstens soll hier die Autorin im Zusammenhang zitiert werden): "Wir kennen ihn nur als Einheit, diesen weiten leuchtenden Mittelmeerraum, dem das Meer das Gepräge gibt, der durch hohe Bergzüge weithin geschützt ist gegen die Kälte des Nordens, gegen den Sand und die unerträgliche Hitze des Äquators. Wir kennen den einen blauen wolkenlosen Himmel, der sich von Mai bis Oktober über das Ganze spannt, der immer gleich erfrischend, aufheiternd, klärend wirkt in seiner strahlenden Stetigkeit. Wir kennen die heftigen Regengüsse, die im Winterhalbjahr plötzlich über das Land niedergehen – kein zarter, milder, beruhigender Landregen, sondern ein unvermutetes Aufgehen des Himmels, ein Herausfallen des Wassers, als werde es aus riesigen himmlischen Bottichen geleert. Wir kennen den Scirocco, der an

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

den ungeschützten Stellen dieses großen Runds von der Wüste her einbricht und der bis hinauf an die Alpengrenze die Luft schwer und dick macht, der alle üblen Gerüche hervorholt und mischt und zu einer Bedrückung werden lässt, der manchmal einen ganz feinen roten Staub hinterlässt, den Sand der Wüste, den die Macht des Sturmes meilenweit über das Wasser getragen hat." Von dieser so anrührenden wie gut begründeten Schwärmerei ist es kein weiter Weg zu den essayistischen Lobgesängen Albert Camus' auf die Fülle und Schärfe seiner algerisch-mittelmeerischen Heimat, die der Schriftsteller im fundamentalen Kontrast zum Nordraum des europäischen Kontinents sieht: "Das Mittelmeer hat seine sonnenhafte Tragik, die so ganz anders ist als die Tragik der Nebel."

"Ehrgeizig, scheute keine Risiken und nahm kein Blatt vor den Mund" – Anfang der dreißiger Jahre bereiste die Journalistin Margret Boveri den gesamten Mittelmeerraum; ihr Reiseessay ist "halb Hymne, halb geostrategische Grundsatzschrift"

#### Das Meer zu queren, das Andere zu suchen

Man mag darüber lächeln – es ist aber mehr als eine romantische Illusion, dass es hier auch die Natur war, die der Kultur auf die Beine geholfen und sie das Laufen gelehrt hat. Überall – das vergessen wir zuweilen wegen der heutigen Verödung manches Landstreifens am Mittelmeer – die gleichen Pflanzen, von der Palme über Zypresse, Agave und Opuntie bis zum Ölbaum, der die mittelmeerische Urfrucht liefert: die Olive, die in Salben heilt, deren Öl rund um das Oval herum die Speisen grundiert und in West wie Ost ewige Lichter nährt. Überall, damals jedenfalls noch, das gleiche so geduldige wie störrische Transporttier, der Esel. Überall die Tonkrüge, die von Jesu Zeiten bis ins 20. Jahrhundert hinein die Frauen auf Kopf oder Schulter trugen. Überall die Wiedergänger von Agora und Forum: Piazza, Souk, Bazar, die bis vor gar nicht so langer Zeit überall Orte leidenschaftlichen Debattierens waren. Überall Hafenstädte, die sich in ihrer Anlage – gegen Angreifer geschützt und doch übers

Meer hin offen – ähneln. Überall Weihrauch, mal zu katholischer, mal zu islamischer Verwendung. Überall auch, mit der Säule beginnend, architektonische Formen, die variantenreich um das Mittelmeeroval wanderten, verbreitert, universalisiert worden sind. Einheit in der Vielfalt: Die Unterschiede seien, so Margret Boveri, "doch nur Belebung und Variation in der großen Einheitlichkeit". Auch wenn es, nicht nur zeitbedingt, etwas organizistisch klingt, es ist doch eine offensichtliche Wahrheit in dem enthalten, was die Autorin prunkend behauptet: "Das große Oval war wie eine Naturbühne, wie eine riesige Arena mit dem gemeinsamen Dach des Mittelmeerhimmels und mit einheitlichem Klima für die Menschheit aufgestellt worden."

Und diese verstand es, die Chance dieser reichen Grundausstattung zu nutzen. Im schönsten, dem historischen Teil des knapp 550 Seiten dicken Buches, das sich späterhin zuweilen in Diplomatie und Geopolitik verliert,¹ zeigt Boveri im Zeitraffer, wie das Meer Erkundungen ermöglichte, Neugier Auslauf gab und den derart auf das Andere erpichten Mittelmeeranrainern half, Brü-

Immer wieder steht der nordafrikanische Raum an der Spitze der mittelmeerischen Zivilisation cken zu schlagen und das Eigene im Anderen zu spiegeln oder es um das Andere zu ergänzen. Phönizier, Griechen, Karthager: Handel, kriegerische Emeuten, Kolonisation; Schritt für Schritt wurde der Mittelmeerraum als wirtschaftlicher, politischer, kultureller Raum geschaffen. Immer wieder steht dabei – wie im Mittelalter dann wieder

- der nordafrikanische Raum, den wir zu Unrecht für einen Abonnenten auf Unentwickeltheit halten, an der Spitze der mittelmeerischen Zivilisation. Und Rom war es dann, das zum ersten Mal rund um das Mittelmeer einen politisch gestalteten Raum schuf, in dem Vielfalt und Rechtseinheitlichkeit herrschten. Ein Universalismus, den Christen- und Papsttum später beerbten, durchaus Hand in Hand mit dem schon torkelnden Imperium Romanum: Das absteigende Imperium und die aufsteigende christliche Religion, welche die unerhörte Botschaft der Liebe verkündete, regierten einen Moment lang das große Rund des Mittelmeers.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Das Buch ist in gewisser Weise eine Kompilation. Auf den einleitenden historischen Teil folgt ein Kapitel über die Tore des Mittelmeers: Dardanellen, Gibraltar, Suez-Kanal und die Straße von Otranto zwischen dem süditalienischen Brindisi und der Küste Albaniens. Diese Tore - so die These des Kapitels - trennen, stellen aber ebenso Verbindungen her. Dem schließt sich ein wunderbares Kapitel über die Vielfalt der Mittelmeerinseln an, die quer durch die Geschichte hindurch so etwas wie Brückenköpfe waren; sie waren es, die vor allem dazu beitrugen, West und Ost bei allem Trennenden unzertrennlich zu verbinden. Die restlichen sieben Kapitel sind den um das Mittelmeer gruppierten Staaten gewidmet. Sie fußen wesentlich auf ausgedehnten Reisen der Autorin in die Region und bestehen zum Teil aus Reportagen, die Margret Boveri für das Berliner Tageblatt geschrieben hatte, die aber nicht veröffentlicht wurden. In diesem Teil des Buches geht es sehr geostrategisch zu. Man liest ihn mit häufigem Befremden, weil die Autorin hier eine eigentümliche Begeisterung für mehr oder minder rücksichtslose Machtpolitik und entschlossene Führergestalten - etwa Mussolini, der damals den Abessinien-Krieg führte - an den Tag legt. Man lese jedoch auch diese Teile: Man kann an der Argumentation der in jedem Fall klugen und erfindungsreichen Autorin lernen, wie man damals auf jene europäischen Konfliktschichtungen blickte, die wenig später in den Zweiten Weltkrieg mündeten.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

#### Eine überbordende Vielfalt, und doch darin der Wille zur Gestalt

Das ist lange vorbei, und alle späteren Versuche, die alte Einheitlichkeit wieder herzustellen, scheiterten über kurz oder lang - vor allem seit sich neben den christlichen Wegen West- und Ostroms der Islam etabliert hatte: eine Konfrontation, die heute wieder aktuell geworden ist. Umso wichtiger wäre es, eine alte Wahrheit wieder in Erinnerung zu rufen und zu beleben. Es ist ein Prozess, eine Auseinandersetzung, eine Konfrontation und ein überaus komplexer kultureller Prozess, aus dem die so ganz unterschiedlichen Kräfte und Mächte hervorgingen, die sich gegenseitig ebenso bekämpften wie beeinflussten. Nicht behaglich bei sich hinterm Ofen zu bleiben, sondern auszuschreiten, das Meer zu queren, das Andere zu suchen: Das scheint ein Gesetz zu sein, das im Prinzip für alle Völker gilt, die in wilder Folge um das Meer herum siedelten, das den nicht milden, sondern herrschaftlichen Anspruch, Mitte zu sein, schon im Namen trägt. Neugier, Handel, Austausch und kulturelle Durchdringung stehen gerade nicht im Gegensatz zu Landnahme, Eroberung, Kolonisierung und dem Willen zum Imperium. Beides sind in gewissem Grade zwei Seiten derselben Medaille. Was gerne für Europa - wenn man will: die kontinentale Nordhälfte des Mittelmeerraums - in Anspruch genommen wird, gilt im Grunde vor allem und erst recht für den mediterranen Raum: Er ist zum einen durch Unübersichtlichkeit, eine überbordende Vielfalt geprägt - eine schier endlose Fülle von Einzelheiten. Und zum andern herrscht oder lauert in ihm doch stets auch der Wille zur Gestalt, zum Imperium, zur größeren Einheit. Wenn es gut kommt, in föderaler Vielfalt, wie einst im Imperium Romanum; wenn es schlecht kommt, in der brutalen Einfalt, welche die Nationalsozialisten dem europäischen Reich verpassen wollten, das nach dem Krieg geschaffen werden sollte und das ein ganz und gar deutsches Reich hätte werden sollen.

"Rom war es dann, das rund um das Mittelmeer einen politisch gestalteten Raum schuf, in dem Vielfalt und Rechtseinheitlichkeit herrschten. Ein Universalismus, den Christen- und Papsttum später beerbten." Karte von 1570

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

"Überall die gleichen Pflanzen; überall die gleichen Hafenstädte, die sich in ihrer Anlage – gegen Angreifer geschützt und doch über's Meer hin offen – ähneln." Blick über die Straße von Gibraltar nach Tanger

Die Europäische Union ist eine ziemlich gute Alternative zum nationalsozialistischen Europaprojekt. In Anbetracht der Verhältnisse – starkes Deutschland, starkes Frankreich und starkes Großbritannien, aber schwacher Süden - geriet sie notgedrungen zu einer kontinentalen Veranstaltung mit Hang nach Norden. Die glückliche Nord- und dann Osterweiterung trugen des Weiteren dazu bei, diese Tendenz zu verstärken. Und erst recht gilt das für den gegenwärtigen Integrations- und Vertiefungsblitz, den die Finanz- und Euro-Krise in die EU geschleudert haben. Vorbei vorerst die schöne alte Zeit, in der der europäische Integrationsprozess über mehr als zwei Kapitalen verfügte und eine von ihnen – bewusst gesetzt – die lange vor sich hindösende Stadt war, von der aus vor mehr als zwei Jahrtausenden das Imperium Romanum auf den Weg gebracht worden war, dessen Frieden kein erzwungener war und schon gar keine Friedhofsruhe darstellte. Die EU hat heute neben dem Kunstkopf Brüssel nur zwei Zentralen, Berlin und Paris, und genau besehen nur eine, und die ist sicher nicht Paris. Seit ihrer Gründung ist die Europäische Union erst halb, dann ganz auf Distanz zum Gründungsraum von Abendland, Fortschritt, Aufklärung und Menschenrechten gegangen - auf Distanz zum Mittelmeerraum, der nicht mehr als Einheit gesehen wird und der nur zu einem Drittel der EU angehört.

#### Auch nördlich der Alpen sind wir Teil der mittelmeerischen Zivilisation

Auch wenn dabei vielen überhaupt nicht unwohl ist, es ist nicht gut so. Das hat Frankreichs ebenso energischer wie sprunghafter Staatspräsident Nicolas Sarkozy, in dessen Familie viel Europa und Mittelmeerraum zusammenkommen, vermutlich zumindest geahnt, als er die Idee einer Mittelmeerunion aus der Taufe hob. Es war nicht nur das Flüchtlingsproblem, das ihn spüren ließ, dass

es kein guter Zustand ist, wenn die Europäische Union nach Süden hin einfach aufhört und das Meer zur Grenze erklärt, an der die Frontex, nicht aber Flüchtlinge etwas zu sagen haben, die die nördlichen Gestade des Mittelmeers auch deswegen ansteuern, weil sie – wenn man will: in ihrem genetischen Code – das Wissen von der Zusammengehörigkeit des Mittelmeerraums mit sich tragen. Doch leider hat Sarkozy das Projekt der Mittelmeerunion, deren zugrunde liegende Idee man in Berlin beharrlich nicht zur Kenntnis nehmen wollte, nicht

konsequent verfolgt und ist es zweitens nur innereuropäisch und machtpolitisch angegangen. Angesichts eines starken und immer souveräner werdenden Deutschlands, das nicht mehr lange zögern würde, seine ihm zugewachsene Führungsrolle auch wahrzunehmen, sah er in der Mittel-

Wie Napoleon betreibt Sarkozy Mittelmeerpolitik als Kontinentalpolitik

meerunion vor allem einen Weg, seine eigenen Truppen aufzustocken und durchsetzungsstärker zu machen. Napoleon Bonaparte, einer seiner Vorgänger, legte ein großes politisches Interesse am Mittelmeerraum an den Tag. Wie dieser betreibt auch Sarkozy, wenngleich mit ausschließlich zivilen Methoden, Mittelmeerpolitik als Kontinentalpolitik. Es geht ihm nicht um die Erweiterung der EU zu einem Gesamtraum, dem Europa unendlich viel zu verdanken hat. Und ohne den es – was wichtiger ist – auf Dauer amputiert und von seinen stärksten Wurzeln abgeschnitten wäre.

So kommt es, dass man in der gesamten EU das gegenwärtige Weltgeschehen am Mittelmeer zwar als etwas sieht, das uns aus diesen oder jenen politischen, strategischen, wirtschaftlichen Gründen interessiert und Auswirkungen auf uns haben wird, das uns aber im Wortsinne äußerlich ist. Ein vertiefter Blick auf die Vegetation, die Kulturen, die Geschichte des Mittelmeerraums könnte uns lehren, dass das ein schwerwiegender Irrtum ist. Denn auch nördlich der Alpen sind wir Teil der mittelmeerischen Zivilisation. Nicht weil uns die Römer von den Bäumen und aus den Wäldern geholt hätten. Sondern weil es ohne die Ideen und Taten aus, um nur einige zu nennen, Jerusalem, Athen, Karthago, Rom, Alexandria, Byzanz und Salamanca Luther, Locke und Kant, um wiederum nur einige wenige zu nennen, so wenig gegeben hätte wie die französische, die amerikanische und die industrielle Revolution mit ihren ungeheuren Zugewinnen an Wohlstand, Mobilität und Wissen.

Tunis, das nur zehn Kilometer vom untergegangenen Karthago entfernt liegt, ist unsere Nachbarstadt. Irgendwie sind wir alle Tunesier.



THOMAS SCHMID ist Herausgeber der *Welt*-Gruppe.





Brief aus ... Tokio

## Die Flüchtlinge von Kazo

Japan, ein Jahr nach Fukushima

Christoph Neidhart | Im alten Mittelschulhaus von Kazo sind Flüchtlinge aus dem Dorf Futaba untergebracht. Ihr Dorf liegt direkt hinter dem GAU-AKW Fukushima I. Sie haben keine Ahnung, wann und ob sie zurück können. Auch die Dorfverwaltung ist hier, fast 200 Kilometer vom Ort, den sie verwaltet. Im November fanden hier Lokalwahlen für das Präfekturparlament statt, aber die meisten Flüchtlinge wollten davon nichts wissen. Nach Kazo, einem verschlafenen Nest nördlich von Tokio, sind sie gekommen, weil ihr Bürgermeister Katsutaga Idogawa eine Woche nach der Havarie das ganze Dorf, 6900 Menschen, auf eigene Initiative in einem Bus- und Pkw-Konvoi in die "Super-Arena" von Saitama evakuiert hat. Er wollte das Dorf zusammenhalten. Zwei Wochen später wurde die Super-Arena, die größte Sporthalle im Raum Tokio, wieder gebraucht. Inzwischen hatte Idogawa das seit vier Jahren leerstehende Schulhaus umgewidmet.

Aus der Saitama-Arena berichtete das Fernsehen fast täglich. Auch noch über den Umzug ins alte Schulhaus. Und zuletzt, als das Kaiserpaar die Flüchtlinge besuchte. Seither sind die Leute von Futaba ziemlich allein. Es lebt sich nicht gut in Kazo, ein Schulhaus ist nicht fürs Wohnen gebaut.

Ende Januar traf sich die parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Nuklearkatastrophe in Kazo. Danach führte der Präsident der Kommission Kivoshi Kurakawa, ein emeritierter Medizinprofessor, ein so genanntes Town-Hall-Meeting für die Flüchtlinge aus Futaba durch; erstmals hörte ein Vertreter der Macht sie an. Sie klagten über zerstörte Familien, über ihr Vertrauen, das die AKW-Betreiber missbraucht hätten, und über ihre Hoffnungslosigkeit. Das Gespräch wurde live im Internet übertragen, aber es schauten zu keiner Zeit mehr als tausend Leute zu.

Kurz zuvor hatte sich Idogawa an die Presse gewandt: Tepco wollte die Entschädigungen für die verlorenen Häuser der Flüchtlinge kürzen. Tepco sind zahllose Schlampereien, Fälschungen, gezieltes Unterlaufen von Sicherheitsauflagen und Inkompetenz nachgewiesen worden. Die Leute aus der Sperrzone haben deswegen ihre Jobs, ihr Zuhause, ihre Freunde verloren. "Wir haben stets ohne Einschränkungen mit Tepco zusammengearbeitet", so Idogawa. Die Haltung von Tepco sei "nicht die von Gentlemen".

Nicht nur die Menschen von Futaba, die große Mehrheit der Japaner hat den Versicherungen der Kernkraftbetreiber bis vor einem Jahr geglaubt. Zumal sie kaum kritische Stimmen zu hören bekamen. Die Elektrizitätswerke hatten die Medien und viele Politiker gekauft. Japans AKW-Kritiker, von denen es schon zuvor viele gab, wurden von den Medien ignoriert; die Polizei belästigte sie, im Volk galten sie deshalb als Verirrte. Inzwischen ist eine Mehrheit der Japaner gegen Nuklearenergie. Nur wollen die Politik und die großen Medien das nicht wahrhaben. Die Regierung von Yoshihiko Noda unterstützt Tepco sogar dabei, AKWs nach Vietnam zu exportieren.

Wenn man in Japan nicht mehr weiter weiß und sich die Verantwortung nicht mehr vertuschen lässt, dann beruft man eine Kommission ein. Das ist nicht nur in Japan so. Doch wahrscheinlich nur hier bildet man, wenn die Kommission nicht zu den erwünschten Ergebnissen kommt, eine weitere. Und noch eine. Oder andersrum: Die erste Kommission kommt meist zu einem Ergebnis, wie es sich die Verantwortlichen für den Unfall oder den Skandal gewünscht hatten. Im Fall Tepco stellte die erste Kommission fest, Tepco habe keine größeren Fehler gemacht. Die Folgekommissionen müssen dann korrigieren, was die erste (oft bewusst) übersehen hat.

Dies ist ein Winter der Kommissionen: Mindestens drei Kommissionen, dazu die Polizei, untersuchen den Skandal um den Optik-Konzern Olympus, der jahrelang seine Bilanzen fälschte. Die Katastrophe von Fukushima wird von einem halben Dutzend Kommissionen untersucht. Die erste, die Tepco einen Persilschein

ausgestellt hat, nannte sich "unabhängig", war aber von der AKW-Betreiberin selbst einberufen worden. Im Hinblick auf mögliche Gerichtsverfahren habe sie vor allem Tepcos Ausgangslage verbessern wollen, deutete man ihren verharmlosenden Bericht.

Eine der Kommissionen wird von Yotaru Hatamura geleitet, einem Professor für die The-

orie des Scheiterns. Er hat Tepco und den Nuklearbehörden ein hohes Maß an Inkompetenz

Wenn die erste Kommission nicht zum erwünschten Ergebnis kommt, setzt man halt eine weitere ein

nachgewiesen. Aber er will explizit keine Verantwortlichen nennen. Seine Kommission hat fast 500 Interviews mit Beteiligten geführt, ihnen aber Vertraulichkeit zugesichert.

Die bisher einzige Kommission, von der man hofft, die Öffentlichkeit erfahre, was in Fukushima wirklich geschah, ist die parlamentarische Kommission, die auch als einzige jetzt mit den Flüchtlingen in Kazo sprach. Aber das Interesse an dieser Kommission an noch einer Kommission - ist gering. Und die Medien zeigen noch immer einen ablehnenden Reflex gegen Kritik an der Kernenergie: Tepco hat jahrezehntelang in diesen Reflex investiert. Deshalb wissen nur wenige Japaner von den Flüchtlingen im alten Schulhaus von Kazo. Und dass die Kommission von Kiyoshi Kurakawa sie angehört hat, noch weniger.



CHRISTOPH
NEIDHART ist
Korrespondent
der Süddeutschen
Zeitung in Tokio.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

## Schottlands "little Englander"

Droht dem Vereinigten Königreich nach der Isolierung in der EU der Zerfall?

Henning Hoff | 2014 wird für Schottland wohl ein ereignisreiches Jahr: Die "nation" (neben England, Wales und Nordirland eine von vier im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland) ist Ausrichter der Leichtathletikwettkämpfe Commonwealth Games, organisiert den Ryder Cup, wo sich alle zwei Jahre die besten Golfer Amerikas und Europas messen - und könnte im Herbst dann ein unabhängiger Staat werden. Denn Alex Salmond, der gewiefte Anführer der Scottish National Party (SNP) und seit 2007 als "Schottischer Erster Minister" Chef der Regionalregierung von Edinburgh, will 80 Jahre nach der Parteigründung den alten Traum der schottischen Nationalisten wahrmachen: per Volksabstimmung ein unabhängiges Schottland herbeiführen.

Das Datum ist nicht ohne Bedacht gewählt. 2014 jährt sich die Schlacht von Bannockburn zum 700. Mal, in der Schottlands König Robert the Bruce den englischen Monarchen Edward II. 1314 vernichtend schlug einer der wenigen großen Kämpfe in den sich über Jahrhunderte hinziehenden schottischen Unabhängigkeitskriegen, in denen sich die Schotten so eindeutig behaupten konnten. Seit der Gründung der englisch-schottischen "Union" von 1707 geht es weniger blutig zu, zumindest jenseits der Fußballplätze. (Dort kam es noch 1977 nach einem schottischen Sieg im Wembley-Stadion zu solch wüster Randale, dass die Fußballverbände Begegnungen seitdem auf einem Minimum halten.)

Salmonds Ankündigung Mitte Januar erwischte die konservativ-liberale Koalitionsregierung von Premierminister David Cameron auf dem falschen Fuß. Denn London war noch damit beschäftigt, sich neu zu sortieren nach dem Fehlschlag beim Brüsseler EU-Gipfel Anfang Dezember, wo sich Cameron, schlecht vorbereitet

Stockphoto

und nicht ganz auf der Höhe europäischer Politik, mit seinem Insistieren auf Ausnahmeregeln für die Londoner City isoliert fand. Das Ganze war umso erstaunlicher, hatte doch der britische Schatzkanzler George Osborne schon im September 2011 von der "unbarmherzigen Logik einer Währungsunion" gesprochen, "die von einer Einheitswährung zu größerer fiskalischer Integration" führe - und damit nicht nur die Ergebnisse des Brüsseler Gipfels vorweggenommen, sondern mit diesem Aufruf an die Adresse "des Kontinents", sich stärker zu einen, auch das jahrhundertealte Rational britischer Europapolitik eines "divide and rule" gewissermaßen auf den Kopf gestellt.

Dass sich nun die gut fünf Millionen Schotten - oder zumindest die schottischen Nationalisten unter ihnen - allen Ernstes vom Vereinigten Königreich (mit insgesamt etwa 62 Millionen Einwohnern) lossagen wollen, traf das Land in einem heiklen Moment. Es hat den an Sparhaushalten und einer zuletzt schrumpfenden Wirtschaft leidenden Briten den Beginn einer Selbstfindungsdebatte beschert, nicht zuletzt den Engländern. Die fühlen sich seit langem gewissermaßen als Verlierer im modernen Großbritannien, wo Schotten, Waliser und Nordiren seit den Tagen von Tony Blairs Labour-Regierung mit mehr oder weniger Autonomie ausgestattet sind und eigene Regionalparlamente wählen, in Westminster aber beispielsweise schottische Abgeordnete über die Höhe englischer Studiengebühren mit abstimmen, während die SNP-geführte Regionalregierung in Edinburgh, die einen "progressiven" und linken, fast schon sozialromantischen, kostspieligen Kurs fährt, schottische Studenten davon ausgenommen hat (selbst wenn sie in England studieren; englische Studenten an schottischen Universitäten müssen dagegen zahlen).

Camerons versuchter Konter, das Vorhaben des SNP-Chefs sei erstens illegal, denn das Parlament von Westminster hätte da noch ein Wörtchen mitzureden, und zweitens sollte das Referendum doch sofort oder zumindest binnen der nächsten 18 Monate stattfinden, lief dann ins Leere. Salmond verbat sich diese "fast thatcheristischen" Einmischungen, die Unabhängigkeit Schottlands sei allein schottische Sache; und überhaupt könnte England doch froh sein, wenn es einen "missmu-

tigen Untermieter" loswerde und dafür einen "guten Nachbarn" bekäme. Auf die von

37 Prozent sind für eine Unabhängigkeit, 42 Prozent dagegen, und 21 Prozent sind noch unentschieden

Salmond konzipierte Volksabstimmungsfrage: "Stimmen Sie zu, dass Schottland ein unabhängiges Land werden sollte?" antworteten bei einer repräsentativen Umfrage Anfang Februar 37 Prozent der Befragten mit Ja, 42 Prozent mit Nein, und 21 Prozent waren unentschieden. Eine überwältigende Dreiviertelmehrheit war zugleich dagegen, dass ein unabhängiges Schottland den Euro als Währung übernehmen sollte.

Ein Abstand von fünf Prozent zwischen Unabhängigkeitsgegnern und -befürwortern lässt sich in gut zwei Jahren leicht aufholen und umkehren, doch letzterer Umfragebefund deutet an, dass die schottischen Nationalisten womöglich zu spät dran sind. Vor ein paar Jahren noch konnte Salmond

mit der Vision eines "nördlichen Bogens des Wohlstands" wuchern, der sich von Reykjavik über Dublin und Edinburgh bis nach Oslo ziehen sollte – mit einem EU- und Euro-Mitglied Schottland, das sich ebenso progressiv wie integrativ vom ewig europaskeptischen England absetzen würde. Das fällt heutzutage, wo die Euro-Staaten weiterhin um eine Lösung der Schuldenkrise ringen, ungleich schwerer.

Ein Erfolg der Separatisten bei der Volksabstimmung ist dennoch möglich. "Erleben wir bald das Ende Britanniens?", fragte die konservative Boulevardzeitung *Daily Mail* (30. Januar 2012) und wartete mit dem Populärhistoriker Dominic Sandbrook

Ist das Vereinigte Königreich vielleicht "die erfolgreichste Partnerschaft der Geschichte?" auf, der warnte: "Langsam aber sicher kommt die Idee Großbritanniens selbst aus der Mode. Und wenn

wir nicht vorsichtig sind, werden wir etwas verlieren, das zutiefst wertvoll ist - wenn das erst einmal zertrümmert ist, lässt es sich nicht wieder zusammensetzen." Die Briten empfänden sich als "besondere Gemeinschaft, zusammengewürfelt auf einer kleinen, regendurchtränkten atlantischen Insel, die dennoch stets mutig nach außen schaut, ohne Furcht, sich den Herausforderungen der Welt zu stellen", schrieb Sandbrook weiter und griff tief in die Mythenkiste: "Als sie zusammenstanden in Waterloo, Omdurman, an der Somme und in Dünkirchen, wussten die Männer Englands, Wales' und Schottlands, dass sie ein Volk waren, verbunden durch die Bande von Geschichte, Sprache, Werten und Blut. Sie hätten für Alex Salmonds kleingeistigen, kurzsichtigen, engstirnigen Nationalismus keine Zeit gehabt." Man dürfte nicht vergessen: Beim Vereinigten Königreich handele es sich schlicht "um die erfolgreichste Partnerschaft der Geschichte".

Andere wie der frühere Chefredakteur des Skandalblatts *The Sun*, Kelvin MacKenzie, fanden das Ganze halb so schlimm. Cameron sei doch "verrückt", bei Salmonds Offerte nicht sogleich einzuschlagen, so McKenzie in der beliebten BBC-Sendung "Question Time" (13. Januar 2012). Da bei Wahlen zum Westminster-Parlament zuletzt die Labour-Partei immer alle schottischen Wahlkreise gewonnen habe, sei doch dessen konservative Mehrheit in London beim Wegfall der Sitze "auf ewig" gesichert.

Die linksliberale Sonntagszeitung The Observer (15. Januar 2012) sah in Salmonds angekündigtem Sezessionsversuch ebenfalls eine Chance: "Je eher eine vernünftige Debatte beginnt, die Beschimpfungen aufhören und ein paar bittere Wahrheiten ausgesprochen werden, desto besser. Die Chance, die Weiterentwicklung des Vereinigten Königreichs zu erörtern, ist durchaus willkommen. Könnte es eine lose Föderation werden, in der Schottland zum Beispiel eine "gesicherte Autonomie' genießt, unabhängig in allem bis auf die Benennung des Zustands als solchen und abzüglich des Schattens, den die angebliche englische Superiorität wirft?"

Denn eine echte schottische Trennung könnte komplizierter werden als gedacht, beispielsweise in Sachen Verteidigung. Die Vorstellung, man könne die derzeit in Schottland stationierten Verbände einfach aus den britischen Streitkräften herausbrechen "wie ein Stück aus einer Tafel Schokolade", sei "lachhaft", erboste sich Verteidigungsminister Phil Hammond in der Tageszeitung The Scotsman (20. Januar 2012). Doch genau das hat die SNP vor. Ungleich heikler ist allerdings die Zukunft der britischen Atomstreitmacht, der auf U-Booten stationierten Trident-Raketen. Aus ökologischen, pragmatischen und Kostengründen gebe es für die aktuellen Standorte Coulport und Faslane keine Alternative, berichtete der linksliberale Guardian (30. Januar 2012) unter Berufung auf eine Studie britischer Atomwaffengegner der Campaign for Nuclear Disarmament. Eine Verlegung in die Vereinigten Staaten oder nach Frankreich würde einen Verstoß gegen den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag bedeuten.

Was bei all dem der SNP in die Hände spielt: Südlich des früheren Hadrianwalls hätte die Unabhängigkeit Schottlands wohl schon heute eine Mehrheit. Laut dem Thinktank Institute for Public Policy Research (IPPR) ist die Zahl derjenigen, die sich eher als Engländer denn als Briten sehen, in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Diejenigen, die sich so verstehen, neigen ungleich stärker dazu, den EU-Austritt Großbritanniens zu befürworten, als die, die sich für Briten halten.

Vor diesen Hintergrund erkannte der *Economist* eine unheilige Allianz der schottischen Nationalisten mit englischen Rechtsauslegern, die letztlich beide "nations" zurück in die Vergangenheit führten (19. Januar 2012). "Der Anführer der SNP hat das Recht, für Schottlands Unabhängigkeit zu plädieren", hieß es in der "Bagehot"-Kolumne des internationalen Magazins. "Aber dabei macht er aus Engländern

Ausländer, und er versagt Millionen von Bindestrich-Briten, von den Anglo-Schotten zu

Heikel wäre die Zukunft der Atomstreitmacht, der auf U-Booten in Schottland stationierten Trident-Raketen

den schwarzen Briten, das Land, in dem sie sich zu Hause fühlen: Großbritannien. Das ist weder progressiv noch modern."

Der Daily Telegraph, die auflagenstärkste, in der Regel europaskeptische Qualitätszeitung und "Stimme Mittelenglands", schloss sich dem Befund an und brachte auch noch eine Spitze gegen die EU unter (14. Januar 2012). Was sei das für eine Wahl, schrieb der frühere Telegraph-Chefredakteur und Biograf Margaret Thatchers, Charles Moore: "Auf der einen Seite diese gewaltige, sperrige Euro-Zone, die versucht, Uniformität durchzusetzen; auf der anderen diese kleinen, monokulturellen Staaten, die vor Stammesstolz schier platzen und um ihre Geburt kämpfen", und er fragte rhetorisch: "Sehen diese nichtbritischen Identitätsmodelle wie die Zukunft aus?"



Dr. HENNING HOFF ist Editor-at-Large

133

## Merkel for President?

Sieben Versuche, Europa zu retten

Gunter Hofmann | Europa ist Dauerthema – in Mode ist die EU nicht. Populärer sind Vorschläge, aus dem Euro zu flüchten, oder Brandreden gegen das "sanfte Monster Brüssel". Immerhin, an Versuchen, gegen die verbreitete Stimmung anzuschreiben, mangelt es nicht. Ein Blick auf Publikationen, die den Ursachen der Krise nachspüren und nach Pfaden aus dem Chaos suchen.

Von allen europäischen Untergangs-Stories, die derzeit zu lesen sind, stammt zweifellos die intelligenteste aus der Feder der Direktoren des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Jens Beckert und Wolfgang Streeck. Der Euro-Verbund könne am Ende noch scheitern, argumentieren sie - und das, obwohl die Berliner Regierung aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen bereit sei, für den Fortbestand der Währungsunion mit ihrem festen Wechselkurs "erhebliche Opfer" zu bringen. Die derzeitigen Auseinandersetzungen würden darum geführt, "wie hoch der von Deutschland zu entrichtende Preis sein wird und ob institutionelle Formen gefunden werden können, die diesen gegenüber der deutschen Wählerschaft möglichst verstecken".

Grundsätzlich, so die Autoren weiter, sei es in einer Fiskalunion wie in einer unglücklichen Ehe: Die Partner seien so unterschiedlich, dass sie nicht miteinander auskommen könnten – doch ohne einander gehe es eben auch nicht. Demokratie und nationalstaatliche Souveränität würden "gemeinsam untergehen" in einem Europa, das sich unter dem Druck der Krise weiter zur Währungs- und Fiskalunion entwickle und nach den "Bedürfnissen der internationalen Finanzindustrie geformt" werde.

Wem das zu viel an Untergangsstimmung ist, der sollte doch mitbedenken, dass es sich ableitet aus einer Diagnose der Verschuldung (die als ausschließliche Krisenursache betrachtet wird), die wir in allen westlichen Industrieländern beobachten, wenn auch in unterschiedlichen Spielarten, die schließlich die Politik in die Hände der "Finanzmärkte" gespült hat, und die es der Politik unmöglich macht, künftig noch einmal ihren Primat zurückzuerobern.

#### Bürde der Hegemonie

Weniger analytisch stringent, und darin symptomatisch für den Main-



Jens Beckert und Wolfgang Streeck: Die Fiskalkrise und die Einheit Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2012, Beilage zu Das Parlament, Seite 7 ff.

stream der derzeitigen Debatte, fällt der Auftakt des Merkur aus, der sich im Untertitel immerhin "Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken" nennt. Im ersten Heft unter der Ägide des neuen Herausgebers Christian Demand schreibt Christoph Schönberger über den "Hegemon wider Willen", dem er den Rat erteilt, er solle zu seiner Rolle offen stehen. Die "Bürde der Hegemonie" müsse Deutschland nolens volens tragen, ein "mentales und institutionelles Sich-Einkrümmen, ein selbstbezogenes Verwalten der eigenen Besitzstände" könnten wir uns nicht leisten. Dem Hegemonialen möchte Schönberger zugleich die Spitze brechen und verlangt "Verzicht auf nationale Introvertiertheit", "aufmerksame Kenntnis, Beobachtung und Beeinflussung der europäischen Nachbarn", "das Voraus- und Mitdenken für Europa insgesamt".

Gern hätte man erfahren, ob das nun aus Schönbergers Sicht von der Berliner Politik derzeit eingelöst wird oder ob er Nachbesserungsbedarf sieht und, wenn ja: gemessen an welchen Kriterien er das tut. Oder könnte es sein, dass dies nur die Begleitmusik zu einer Politik liefert, die wir ohnehin erleben?

Zurückfragen möchte man aber ganz grundsätzlich, ob es nicht förderlicher wäre, statt über Deutschlands Rolle als eines vorsichtigen, aber doch mächtigen Platzhirschen nachzudenken, eine intellektuelle Vorstellung davon zu entfalten, wie eine "Europäisierung Europas" heute aussehen soll und wie man dahin gelänge. Ob Europa danach lechzt, unter deutscher Führung – und davon ist ja in Wahrheit die Rede – zu genesen, mag man bezweifeln. Selbst diejenigen, die es so

formulieren, verteilen ja keine Blankoschecks, sondern verknüpfen den Wunsch nach Führung mit einem klaren Ziel.

#### Unterwegs auf der Titanic

Vorausschicken muss man diese Trendmeldung, um zu verstehen, worum es geht, zum Beispiel bei Martin Hüfner. Der erfahrene Banker und Buchautor liefert der politischen Elite "neun gute Gründe, den Euro zu retten". Das Problem, kurz gerafft, besteht für Hüfner darin, dass Europa und der Euro nicht zusammenpassen, er nehme sozusagen "die Währung der Vereinigten Staaten von Europa" vorweg. So sei die Krise "das Beste, was dem Euro passieren konnte": Wir fuhren auf der Titanic und bemerkten nicht, wie unsicher die Gewässer waren - die Preise stabil, der Wechselkurs stieg, ausländische Zentralbanken horteten Euros für ihre Währungsreserven.

Hüfners Rat: Rasch Haushaltspläne koordinieren und eine Wirtschaftsregierung für "Euro-Land" wenigstens in Ansätzen konzipieren. Länder mit einem etwas höheren Wachstum sollten eine etwas restriktivere Finanzpolitik betreiben, Länder mit weniger konjunktureller Dynamik eine expansivere Politik. So könnten die enormen Ungleichgewichte austariert werden. Ein System von Transfers "unter dem Deckmantel der Solidarität" allerdings wünscht Hüfner sich nicht.

Das geht vielleicht ein bisschen weiter als es das amtliche Berlin derzeit tut, aber überraschen kann es nicht wirklich, dass Hüfner fast en passant plötzlich herausposaunt: "Merkel for President!" Ein "Quan-



Christoph Schönberger: Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union, in: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 1/2012, Seite 1 ff.



Martin Hüfner: Rettet den Euro! Warum wir Deutschland und Europa neu erfinden müssen. Hamburg: Murmann Verlag 2011, 280 Seiten, 21,90 €



Norbert Walter: Europa. Warum unser Kontinent es wert ist, dass wir um ihn kämpfen. Frankfurt: Campus 2011, 253 Seiten, 24,99 €

tensprung" wäre es, wenn sie sich bereit fände, als Präsidentin des Europäischen Rates zu kandidieren. Dann wäre der "Widerstand gegen eine politische Union eher zu brechen". Voilà – der sanfte Hegemon, den der *Merkur* im Sinn hat, hätte damit ein Gesicht. Und dann würde Europa sich so endgültig und gern der deutschen Kur unterziehen wie Nicolas Sarkozy jetzt schon?

#### Krise mit Sprengkraft

Auch Norbert Walter, ehemaliger Chefvolkswirt der Deutschen Bank und Direktor am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, drängt darauf, um Europa zu "kämpfen". Das ist Bekenntnisliteratur, er schwärmt vom urbanen Europa, das für Migranten offen steht und sich weiter öffnet – alles sympathisch, man kann mit dem Kopf nicken.

Auf die reale Krise geht Walter in seinem Buch selbst nicht ein, dieses Kapitel überlässt er Werner Becker (Deutsche Bank). Becker erzählt eine "Erfolgsgeschichte" des Euro, spricht aber zugleich von einer "durchwachsenen Bilanz". Das ist lehrreich, kundig und abwägend. Bei den Schwachpunkten stehen für Becker die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands, Irlands, Spaniens und Portugals im Vordergrund. Die Löhne stiegen, so Becker, weit über das hinaus, was die Produktivitätsentwicklung zuließ. Am Ende plädiert er für eine "geordnete Umschuldung" (die aber de facto schon im Gange ist).

Die Großen haben sich darauf vorbereitet, die Kleinen wird es hart treffen. Eine interne Abwertung findet längst statt, da es die externe bisher nicht gibt. Den "worst case" schließt Becker keinesfalls aus: dass nämlich die Konsolidierungsprogramme scheitern, während gleichzeitig die Rettungsschirme in Anspruch genommen werden – das könnte Europa geradezu sprengen.

Dagegen lesen sich George Soros' Interventionen, eine Sammlung seiner öffentlichen Einmischungen aus den vergangenen zwei Jahren, eher schon wie eine Alternative, ohne dass er sich deshalb auf den Kriegspfad begäbe. Soros versteht sich spürbar als Ratgeber und Akteur auf den Märkten zugleich. Er wurde bekanntlich zum Kritiker des vorherrschen-Glaubensbekenntnisses Marktfundamentalisten, "die Finanzmärkte würden für die optimale Verteilung der Ressourcen sorgen, wenn nur die Regierungen aufhören würden, sich in sie einzumischen".

Da der Euro unter einem Konstruktionsfehler leide, argumentierte er schon früh, müsse man sehr rasch und mit einer großen politisch-ökonomischen Operation reagieren: Wer ein Europa der zwei Geschwindigkeiten verhindern und eine drohende Rezession nicht verschlimmern wolle, springe mit der Idee Fiskalunion zu kurz, eine "treasury" müssten die Europäer sich bauen. Am besten sofort, es drohe eine "deflationäre Schuldenfalle".

Für Soros sprechen nicht nur seine Argumente, sondern auch die Art des Argumentierens: Die deutsche Politik, konzediert er, sei "ehrlich überzeugt", auf dem richtigen Weg zu sein, und der Erfolg gebe ihr ja auch scheinbar recht. Es handele sich nun einmal um die erfolgreichste Volkswirtschaft Europas, "wieso sollte der Rest Europas nicht genauso sein?" Aber damit werde etwas Unmögliches angestrebt, denn in einem

geschlossenen System wie dem Euro-Verrechnungssystem könnten nicht alle zur gleichen Zeit Gläubiger sein. Eine Reform und Rekapitalisierung des Bankensystems, die Einführung von Eurobonds und ein Ausstiegsmechanismus – auf diese drei Punkte spitzt er seine Position zu. Angela Merkel müsste aus seiner Sicht für einen "radikalen Sinneswandel" zu Hause sorgen. Eine Wahl habe Deutschland ohnehin nicht.

#### Milde gesagt: unterkomplex

Nach seinem Bestseller "The Big Short" über die Credit Default Swaps, jenem Instrument, mit dem Investment-Manager der Wall Street ihren eigenen Untergang vorbereiteten, schickte die amerikanische Zeitschrift Vanity Fair Michael Lewis nun ins europäische Finanzchaos. Die Auftraggeber waren gewiss, er werde einer noch größeren "Blase" auf die Spur kommen als der Investment-Blase in den USA. Daraus entstand "Boomerang", eine Art Fortsetzungsroman.

Und wirklich fällt das Sittengemälde aus Irland, Island und Griechenland fast noch vernichtender aus als jenes über die Wall Street. Jedes Land habe auf seine eigene Weise versagt, aber derart horrend wie das griechische Beispiel sei sonst keines. Locker, aber bedrückend schildert Lewis den "totalen Zusammenbruch jeglicher Moral". Der "Kulturwandel" jedoch, den er für unerlässlich hält, erscheint gerade auf Grund dieser Lektüre schlicht undenkbar. "Gemeinsinn" lässt sich nicht per Verordnung herstellen.

In Berlin traf Michael Lewis auch Jörg Asmussen, bis Ende 2011 Staatssekretär im Finanzministerium des

einzigen Landes in der entwickelten Welt, "das keine Angst haben muss, dass seine Wirtschaft zusammenbricht, wenn Investoren seine Anleihen nicht mehr kaufen". Asmussen sitze in einem Gebäude, das Monument des Größenwahns der Nationalsozialisten sei. Was in gewisser Weise stimmt, aber was will Lewis damit andeuten? Der Staatssekretär, kalt und kurzhaarig: Entweder alimentieren die Europäer, sprich: die Deutschen, Griechenland, oder die Griechen werden so effizient und produktiv wie die Deutschen. Das Einzige, was wirtschaftlich plausibel erscheint - die Deutschen zahlen sehr viel - ist politisch undurchsetzbar. In einem anderen Land hätte einer wie Asmussen sich bei Goldman Sachs verdingt, schreibt Lewis, aber der blieb deutscher Beamter. Einer, der immer und überall funktioniert, liest man heraus.

Wie haben die Deutschen versagt? "Andere Länder nahmen fremdes Geld auf, um damit die verrücktesten Dinge zu finanzieren. Und die Deutschen beziehungsweise ihre Banken benutzten ihr Geld, um Ausländern die verrücktesten Dinge zu ermöglichen." Naiv hätten die Banker gehofft, die Welt halte sich an Spielregeln. Aber mit dieser Naivität seien sie auf die Nase gefallen, sagt Lewis. Seine Beobachtungen über die heimliche Lust am Schmutz, die sich hinter dieser Fassade aus Intaktheit, Unbestechlichkeit und Fehlerlosigkeit verberge, verifiziert Michael Lewis dann bei einem Besuch auf der Hamburger Reeperbahn.

Schon die Asmussen-Skizze ist, milde gesagt, unterkomplex – spätestens bei solch banaler Völkerpsychologie aber fühlt man sich fast bemü-



George Soros:
Gedanken und
Lösungsvorschläge
zum Finanzchaos in
Europa und Amerika.
Kulmbach: Börsenmedien/PlassenVerlag 2012,
200 Seiten, 24,90 €.
Erscheint am
10. April 2012



Michael Lewis: Boomerang. Europas harte Landung. Frankfurt: Campus 2011, 248 Seiten, 24.99 €



Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp 2011, 140 Seiten, 14.00 €

ßigt, eine Politik zu verteidigen, die Kritiker von Mario Monti bis Jean-Claude Juncker oder eben George Soros mit besseren Argumenten und weniger Klischees in Frage stellen. Gewiss: Auch Soros blickt nur auf einen Ausschnitt der Krise, auf das "Finanzchaos". Aber was seine Bereitschaft zum Diskursiven, zum Analysieren, Erklären und Abwägen angeht – das ist aller Ehren wert.

#### Unter Utopieverdacht

Kein anderer Beitrag zur Krise aber versucht derart umfassend ein Fundament für das Gesamtproblem zu zimmern wie Jürgen Habermas mit seinem Essay "Zur Verfassung Europas". Der ordoliberale Traum von den freiwillig vereinbarten Stabilitätskriterien, an denen sich die nationalen Haushalte orientieren, sei gescheitert, bilanziert er trocken. Eine gemeinsame politische Willensbildung lasse sich so nicht ersetzen. Diese Art von "Exekutivföderalismus" eines Rates, der sich selbst ermächtigt, wäre für ihn das Muster einer "postdemokratischen Herrschaftsausübung".

Sein Gegenvorschlag läuft auf eine neue demokratische Selbstorganisation hinaus: Auf der europäischen Ebene sollten die Bürger gleichzeitig als Unionsbürger wie auch als Angehörige eines spezifischen Staatsvolks urteilen und mitentscheiden. Habermas spricht von einer "geteilten Souveränität": Unionsbürger und europäische Völker sind verfassunggebende Subjekte.

Besonders das Parlament würde beträchtlich aufgewertet.

Mehr noch: Bürgersolidarität, so Habermas, könne sich nicht einstellen, wenn sich zwischen den Mitgliedstaaten soziale Ungleichheiten strukturell verfestigen. Die Europäische Union müsse gewährleisten, was das Grundgesetz die "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" nennt. Für all das wurde Habermas - wieder einmal - unter Utopieverdacht gestellt. Wie falsch! Utopisch, so lese ich seine Botschaft zwischen den Zeilen, ist nicht das Plädover für eine bessere Verfassung, sondern der Glaube, man könne sich von Gipfel zu Gipfel und Schirm zu Schirm weiterhangeln wie bisher.

Habermas' Argumentationen sind ansteckend, und das nicht nur in ihrem Engagement, denn er sucht tatsächlich eine demokratische Legitimationsbasis. Zugegeben: Mehr als die propagierte "Fiskalunion" ist das schon. Würde einem auch bei seinem Entwurf eines demokratischeren und sozialeren Europas automatisch "Merkel for President" in den Sinn kommen? Bei Jürgen Habermas doch eher nicht, und bei George Soros erst recht nicht.



Dr. GUNTER HOFMANN lebt als Autor der ZEIT in Berlin.

## Die grüne Revolution

Ein Masterplan für die globale Energiewende

Paul Hockenos | Jedes Haus ein Minikraftwerk? Warum nicht, meint der Washingtoner Ökonom Jeremy Rifkin. Der Abschied von fossilen Brennstoffen und Atomenergie sei machbar und notwendig. Ob Rifkins Vision einer "dritten industriellen Revolution" in allen Details Realität wird, steht dahin. Ein wichtiger Debattenbeitrag ist sein Werk allemal.

Jeremy Rifkin ist ein ausgesprochener Fan der deutschen Energiewende – jenem Plan, sich von nuklearen und fossilen Brennstoffen zu verabschieden und in den kommenden Jahrzehnten ganz auf erneuerbare Energien umzusteigen; wobei der Begriff "Energiewende" oder die Bezeichnung, die ihre eigentlichen Erfinder, die Grünen, verwenden ("Green New Deal"), Rifkin nicht reicht: Bei ihm geht es um die "dritte industrielle Revolution".

Rifkin, Gründer und Vorsitzender der Stiftung Economic Trends in Washington, ist als Querdenker bekannt. Seit fast 40 Jahren schreibt er Bücher, deren thematische Bandbreite von der Biotechnologie über Wirtschaft und Umweltverschmutzung bis hin zur postindustriellen Gesellschaft reicht. Seine Kritiker halten ihn für oberflächlich, seine Fürsprecher hingegen, darunter viele europäische Politiker wie Angela Merkel, loben sein mutiges, unkonventionelles Denken in einer Zeit, in der die Politik nur selten

über den Tellerrand der nächsten Finanzkrise hinweg zu sehen vermag.

In seinem neuen Buch greift Rifkin viele seiner früheren Themen auf, geht aber einen gewaltigen Schritt weiter. Seiner Ansicht nach kommt unser Zeitalter der Verbrennungsmotoren samt Vorstadtidylle mit quietschenden Reifen zum Stehen. Die einzige Option, die verbleibe, sei eine Revolutionierung der Funktionsweisen unserer Gesellschaft. Die "dritte industrielle Revolution" sieht eine Zukunft vor, die auf erneuerbaren und kohlenstofffreien Energiequellen und ihren Einsatz quer durch alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche basiert. Obwohl das skizzierte Szenario viel mit der deutschen Energiewende gemein hat, geht es doch viel weiter und läuft explizit auf eine Art Revolution hinaus.

Den Hintergrund bildet, wenig überraschend, der Niedergang des gegenwärtigen Zeitalters der "zweiten industriellen Revolution". Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde Wachstum,



Jeremy Rifkin: Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter.
Frankfurt am Main: Campus Verlag 2011, 304 Seiten, 24.99 €

vor allem in den USA, mithilfe von Verbrennungsmotoren, durstigen Luftverkehr und Autobahnnetzen erzeugt, während in der Wirtschaft und darüber hinaus zentralisierte, hierarchische Strukturen vorherrschten. So viel Wohlstand und Fortschritt dieses System der Welt (zumindest der so genannten Ersten Welt) beschert haben mag, so schnell gelangt es nun an sein unweigerliches Ende. Versiegende Ölfelder, anhaltende Wirtschaftskrisen und die Ausbreitung des Internets läuten ein neues Zeitalter ein.

#### Netze mit Köpfchen

Der springende Punkt bei der "dritten industriellen Revolution" ist der Umstieg von fossilen Brennstoffen auf ein "grünes", erneuerbares Energiesystem, bestehend aus Solar- und Windenergie, Biomasse sowie Hydro- und Geothermal-Quellen. Ein zentraler Bestandteil einer solchen Energiewende wird die Schaffung eines intelligenten Stromnetzes sein. Dieses ermöglicht es vielen Kleinanbietern etwa von Windoder Solaranlagen, den Strom ins allgemeine Netz einzuspeisen. Solche Netze existieren bereits, auch in Deutschland. Hier legt der Staat den Preis fest, zu dem die Kleinanbieter ihren Strom abgeben können. Mit Hilfe von innovativen Kommunikationstechnologien könnte ein interaktives Energienetzwerk geschaffen werden, in dem das Kaufen und Verkaufen von Energie so einfach sein wird, wie man es heute schon von Musikstücken im Internet kennt.

Eine solch existenzielle Veränderung in der Erzeugung und Verteilung von Energie würde nicht etwa unseren Lebensstandard aufs Spiel setzen, son-

dern ihn absichern und möglicherweise sogar die Armut in der Dritten Welt verringern. Durch die innovationsträchtige "dritte industrielle Revolution" würden in verschiedensten Branchen Hunderttausende, wenn nicht Millionen neuer Jobs geschaffen. Dies gelte nicht nur für die erneuerbaren Energien, sondern auch für den Bauund Immobiliensektor. In der Technologiebranche werde die enorme Nachfrage an Wasserstoffspeicherungstechnologien oder an Wasserstoff- und Elektroantrieben für den Transport einen Boom erzeugen. Darüber hinaus, prophezeit Rifkin, würden sich Politik, internationale und soziale Beziehungen mindestens in dem Ausmaß verändern, wie die zweite industrielle Revolution die Nachkriegszeit geprägt hat.

Rifkins Zukunftsvision sieht vor, dass jede Stadt oder Region ihren Strom aus unterschiedlichen Kombinationen erneuerbarer Quellen bezieht. Jedes Gebäude, ob Büro, Wohnhaus oder Einkaufszentrum, könnte ein potenzielles Minikraftwerk werden, das Strom produziert – je nach Gegebenheiten durch Wind- oder Sonnenenergie, Wasserkraft, gewonnen beim Abwasserabfluss, durch Erdwärme oder Kompostierung.

Schon jetzt hat sich die florierende Branche der Erneuerbaren darauf verlegt, winzige Photovoltaikteilchen direkt in Dachziegel, Wände, Glasflächen und Rolladen einzubauen. Selbst kompakte Windkraftanlagen können nun schon auf die Dächer von Wohnhäusern montiert werden. Zwar ist man oft noch auf staatliche Zuschüsse angewiesen, jedoch, argumentiert Rifkin, wurden auch schon die Energiequellen der zweiten industriellen

Revolution stark subventioniert. Endlich, so Rifkin, müsse es keinen Kompromiss mehr geben zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Nachhaltigkeit. Die Um- und Nachrüstung von Gebäuden mit dem Ziel, eine größere Energieeffizienz zu erreichen, werde einen enormen Bauboom zur Folge haben.

#### Alternative Antriebstechnologien

Bei Rifkin findet sich eine ganze Reihe von Beispielen, von Utrecht bis China, die zeigen, dass erneuerbare Energien und alternative Antriebstechnologien auf dem Vormarsch sind. So sind schon heute 4000 Elektroautos auf den Straßen von Oslo unterwegs. Rifkin hält auch weiterhin am Konzept des wasserstoffbetriebenen Autos fest, während viele seiner Kollegen diese Innovation abgeschrieben haben.

Ein größer werdendes Netzwerk, in das der Stromüberschuss von privaten Kleinerzeugern eingespeist wird, findet naturgemäß bei den Energiekonzernen nur wenig Anklang. Dabei könnten auch sie laut Rifkin zu den Gewinnern seiner Revolution gehören. Nach seinen Vorstellungen würden sie sich aus der eigentlichen Stromproduktion zurückziehen und sich stärker dem Vertrieb widmen, also dem Managen von Kauf und Verkauf des Stroms. Natürlich könnten sie trotzdem auch weiterhin selbst grüne Energie zum System beisteuern.

Kein Zweifel, die "dritte industrielle Revolution" würde unser Leben revolutionieren. Hierarchien würden abgebaut, Macht würde dezentralisiert. Als einen Hauptfaktor sieht Rifkin die Entwicklung des Internets: "Die Demokratisierung der Informations- und Kommunikationswelt hat

die Natur des globalen Handels und der sozialen Beziehungen gravierend verändert, in einem solchen Ausmaß, wie es die Erfindung des Buchdrucks getan hat. Stellen Sie sich vor, welche Auswirkungen eine Demokratisierung der Energieversorgung hätte, wenn diese online koordiniert werden kann." Wenn Energieproduktion und -politik eine lokale und gemeinschaftliche Angelegenheit werden, kann jede Stadt oder Gemeinde für sich selbst entscheiden, wie sie mit dem Energiebedarf, den Verkehrsnetzen und der Stadtplanung umgehen will.

Tatsächlich begeistert sich Rifkin etwas zu sehr für seine eigene Vision. Seine Argumente und Thesen werden immer weniger stichhaltig, je weiter er sich von seinen Kernthemen Energie und Volkswirtschaft entfernt. Nach seiner Überzeugung wird die "dritte industrielle Revolution" wie das Zeitalter der Aufklärung jeden Aspekt unseres täglichen Lebens neu konfigurieren. Von Besitzrechten bis hin zum Grundschulwesen würde alles neu definiert und ausgerichtet auf das Grundethos der Revolution: Gemeinschaftlichkeit, Selbstversorgung, Umweltgerechtigkeit, Grenzenlosigkeit.

Wird es dazu kommen? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Rifkins "dritte industrielle Revolution" muss aber gar nicht alle Probleme unserer Welt lösen, um einen wichtigen Debattenbeitrag zu liefern.



PAUL HOCKENOS ist freier Autor in Berlin.



**INTERNATIONALE POLITIK** ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2500 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und dem Internetportal www.aussenpolitik.net bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen "Europa-Archiv" gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

#### **PRÄSIDIUM**

#### Exekutivausschuss

Dr. Arend Oetker, Präsident; Paul Freiherr von Maltzahn, Geschäftsführender stellv. Präsident; Christopher Freiherr von Oppenheim, Schatzmeister; Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndikus; Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts; Prof. Dr. Joachim Krause, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums; Dr. Sylke Tempel, Chefredakteurin INTERNATIONALE POLITIK; Dr. Elke Dittrich, Leiterin der Bibliothek und Dokumentationsstelle der DGAP; Prof. Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher, Ehrenmitglied; Dr. Tessen von Heydebreck; Dr. Werner Hoyer; Hans-Ulrich Klose; Philipp Mißfelder

#### Gesamtpräsidium

Prof. Dr. h.c. Roland Berger, Prof. Dr. Harald Braun, Elmar Brok, Eberhard Diepgen, Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. Thomas Enders, Dr. Stephan Goetz, Gerda Hasselfeldt, Dr. Michael J. Inacker, Martin Jäger, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Hagen Graf Lambsdorff, Dr. Klaus Mangold, Kerstin Müller, Dr. Günther Nonnenmacher, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Bernhard Reutersberg, Aleksandra Rhomberg, Rudolf Scharping, Herbert J. Scheidt, Volker Schlegel, Dr. Benno Schwarz, Prof. Dr. Rita Süssmuth, Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt, Dr. Antje Vollmer, Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Heinrich Weiss, Dr. Stefan Zoller

#### Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.: Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher Prof. Dr. Joachim Krause Paul Freiherr von Maltzahn Dr. Arend Oetker Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

#### Chefredakteurin

Dr. Sylke Tempel (V.i.S.d.P.)

#### Redaktion

Colin Adams, Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann-Awad, Dr. Joachim Staron, Rachel Tausendfreund Redaktionelle Mitarbeit: Jonas Meyer, Romy Siegert, Adam Sulewski Projektmanagerin: Charlotte Merkl

#### Beirat

Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University Dr. Guido Goldman, Harvard University Dr. Michael J. Inacker, METRO Group Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin Dr. Günther Nonnenmacher. Frankfurter Allgemeine Zeitung Prof. Dr. Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik Prof. Dr. Helmut Reisen. OECD Development Centre Dr. Gary Smith, American Academy Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung Prof. Angela Stent, Georgetown University Daniel Vernet, Le Monde Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam Prof. Dr. Norbert Walter

#### www.internationalepolitik.de

ISSN 1430-175X

#### Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46 Fax: +49 (0)30 25 42 31-67 ip@dgap.org

#### Marketing und Anzeigen

DGAP Consulting GmbH Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin Stefan Dauwe dauwe@dgap-consulting.com Tel.: +49 (0)30 2630 20 65

#### Layout

Thorsten Kirchhoff

#### Verlag/Abonnenten-Service

BVA Bielefelder Verlag/ Standort Köln Friesenplatz 16 | 50672 Köln Tel.: +49 (0)221 2587 248 Fax: +49 (0)221 2587 249 ip@internationalepolitik.de

#### Druckerei

Sachsendruck Plauen GmbH Paul-Schneider-Straße12 | 08525 Plauen

#### Pressevertrieb

SI special-interest MD & M Pressevertrieb Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

#### Erscheinungsweise

zweimonatlich

#### Bezugspreise

Einzelpreis IP	14,90€
Einzelpreis Länderporträt	9,90€
Jahresabonnement Inland*	118,00€
Jahresabonnement Ausland*	128,00€
Luftpost*	155,00€
Studentenabonnement*	73,00€
Studentenabonnement Ausland*	83,00€
(Nachweis erforderlich)	
Probeabonnement (2 Ausg.)*	19,50€

<sup>\*</sup> IP inklusive Länderporträt

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

#### IP im Internet

Weitere aktuelle Beiträge und Hintergrundanalysen finden Sie unter www.internationalepolitik.de

Beachten Sie auch unser englisches Online-Journal www.ip-journal.org

## Merkels ungehaltene Rede

Was die Bundeskanzlerin zur europäischen Finanzkrise eigentlich sagen wollte

Am 7. Februar 2012 hielt Angela Merkel im Neuen Museum vor europäischen Studenten ihre Standardrede zur Rettung der Euro-Zone. IP veröffentlicht exklusiv Passagen, die die Kanzlerin verlegt hatte, die unser Korrespondent aber im verschneiten Lustgarten fand.

"... Ich erinnere mich noch, wie dieses Museum in den achtziger Jahren aussah: eine verfallene Kriegsruine mit drei Wänden, den Elementen ausgesetzt. Nach einiger Zeit erhielt das Gebäude ein Notdach, und in den vergangenen Jahren konnte ich von meiner Wohnung aus beobachten, wie das Museum restauriert wurde. Lange, bevor das Gebäude aus den Ruinen emporstieg, stärkten die Bauarbeiter aufwändig die Fundamente.

Unser europäisches Haus ist in einem besseren Zustand, als es das Neue Museum war; aber Jahre der Vernachlässigung haben dazu geführt, dass wir eine Runderneuerung brauchen - während die Uhr tickt, die Haushaltsmittel stark begrenzt sind, die Märkte aufmerksam zuschauen und unsere Bürger auf der Baustelle wohnen müssen. Wir haben mit dem Euro-Rettungsschirm ein notdürftiges Dach gezimmert, nun diskutieren wir im Erdgeschoss strukturelle Fragen. Einige wollen eine schnelle Renovierung nach den alten Plänen. Aber was passiert, wenn das Haus beim nächsten Finanzbeben absackt - oder völlig zusammenbricht?

Ich möchte ein europäisches Haus, das in der Lage ist, Stresstests einer globalisierten Welt zu widerstehen. In der Debatte heißt es oft, Deutschland könne oder solle mehr tun. Andere sagen, wir sollten weniger fordernd auftreten. Worin sie übereinstimmen ist, dass Deutschland die Finanzierung bereitstellen, bei der Bauplanung aber kein Mitspracherecht haben soll...

Ja, wir verlangen schwierige Reformen – nicht als preußische Peiniger, sondern aufgrund unserer starken Überzeugung, dass sie unsere gemeinsamen europäischen Fundamente stärken werden. Bei einer Einigung bin ich zuversichtlich, dass die deutschen Wähler ihren Beitrag zu Europas Zukunft leisten werden, wie sie es in der Vergangenheit stets getan haben.

All das darf uns nicht von der ungleich dringenderen Frage ablenken: Erfordert die Zukunft europäischer Demokratie mehr oder weniger geteilte Souveränität? In einem Radiointerview von 1991, das kürzlich noch einmal ausgestrahlt wurde, sagte ich, dass es entmutigend sei, wie lange Entscheidungen im dezentralisierten westdeutschen System bräuchten. 'Demokratie ist wichtig', sagte ich, 'aber sie ist manchmal eben auch anstrengend, wenn ein Problem brennt.'

Wir sind gewählt worden, um die brennenden Probleme zu lösen. Mein Appell an Sie lautet, dass Sie sich in die Debatte über das Europa von morgen einmischen. Es ist anstrengend, aber lohnend; es ist Ihr Kontinent, es ist Ihre Demokratie."

DEREK SCALLY ist Berlin-Korrespondent der Irish Times.